



EIDGENÖSSISCHE AUSLÄNDERKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES ÉTRANGERS
COMMISSIONE FEDERALE DEGLI STRANIERI
SWISS FEDERAL COMMISSION FOR FOREIGNERS

Jahres bericht

■ '07

Inhalt

akzente	5	
	Eine Ära geht zu Ende	5
aspekte	6	
	Politische Entwicklungen in Europa	6
	Politische Entwicklungen in der Schweiz	8
	Integrationsbemühungen in den Kantonen und Gemeinden	15
	Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer	17
	Interessantes aus der Forschung	18
aktivitäten	20	
	Fusion von EKA und EKF zur Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen	20
	Politische Arbeit	21
	Integrationsförderung	25
	Sieben Jahre Integrationsförderung	28
	Veranstaltungen	31
	Schweizer Integrationspreis 07	34
	Publikationen und Medienarbeit	36
rückblick	39	
	37 Jahre EKA – Chronik einer Kommission	39
anhang	59	

Impressum

Redaktion	Elsbeth Steiner, Simone Prodoliet Pascale Steiner
Fotos	Gian Vaitl, Dag Hakon Hellevik Archiv EKA, Museum für Gestaltung Zürich (Plakate)
Übersetzung	Anna Hirsbrunner
Gestaltungskonzept	RH Design, Worb
Druck	BBL, 3003 Bern
Bestellungen	Sekretariat EKM Quellenweg 9 3003 Bern-Wabern Tel. 031 325 91 16 ekm@bfm.admin.ch

www.eka-cfe.ch / www.ekm.admin.ch

vorwort

Ein Kapitel geht zu Ende. Es begann 1970, als im Zusammenhang mit den Überfremdungsinitiativen die Eidgenössische Konsultativkommission für das Ausländerproblem eingesetzt wurde. Nun liegt mit dem Jahresbericht 2007 der letzte Bericht der Eidgenössischen Ausländerkommission vor. Sie wird per 1. Januar 2008 mit der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen zusammengelegt und heisst neu Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM).

Es ist nicht an uns, Bilanz über 37 Jahre Tätigkeit zu ziehen. Wir beschränken uns in diesem Bericht darauf, an die verschiedenen Etappen der Kommission, ihre Arbeit und ihre wichtigsten Exponenten zu erinnern. Aber wenn man die Geschichte der Beziehungen zwischen Schweizern und Zugewanderten in unserem Land betrachtet, kann man sich durchaus die Frage stellen, ob sich die Perspektive, die Haltung gegenüber denen, die in dieser Zeit zu uns gekommen sind, wirklich verändert hat.

Gibt es einen grossen Unterschied zwischen der Wahrnehmung, der Akzeptanz und der Anerkennung der Bedeutung der Einwanderung und der Migrantinnen und Migranten in den Jahren zwischen 1960 und 1970 und der Zeit nach 2000? Haben wir den wahren Beitrag der Ausländerinnen und Ausländer zum Aufbau unseres Landes, seiner Wirtschaft, seiner Demographie, seiner Kultur immer richtig eingeschätzt und gewürdigt? Viele Schweizerinnen und Schweizer sind sich dieses Beitrags sicher bewusst, aber wie viele andere gibt es, die diesen Beitrag immer noch verkennen und Ausländern mit Misstrauen und Vorurteilen begegnen?

Welchen Platz räumt man in der Politik und in den Medien dem Beitrag ein, den die Migration an Wachstum und Reichtum unseres Landes leistet und der im kürzlich publizierten Bericht der OECD über die Schweiz für das Jahr 2007 besonders hervorgehoben wird? In einem Klima, in dem mit Emotionen und Pauschalurteilen operiert wird, erhalten Ereignisse, die zwar klar zu verurteilen sind, die aber so aufgebauscht werden, dass tendenziell ganze Gemeinschaften und ausländische Minderheiten in Verdacht kommen, leider eine sehr hohe, oft eine zu hohe Aufmerksamkeit.

Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU wurde zwar angenommen. Aber die erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten und dritten Generation wurde abgelehnt, während die Anforderungen an Migranten aus Drittländern im neuen Ausländergesetz verschärft wurden, mit dem Risiko, dass hoch qualifizierte Personen aus diesen Ländern, die von der Wirtschaft benötigt werden, abgeschreckt werden. In der Frage der Sans Papiers gab es keine Lösungen, teilweise nicht einmal Fortschritte.

Ein grosser Schritt vorwärts wurde in den letzten Jahren bei der Integration gemacht. Integration wird jetzt sowohl auf Bundes- als auch auf Kantons- und Gemeindeebene als staatliche Aufgabe anerkannt, und Behörden, politische Parteien (natürlich mit Nuancen), Vereine und schweizerische und ausländische Organisationen haben sich sehr dafür interessiert. Man anerkennt heute, dass die Situation relativ positiv aussieht. Und die Bemühungen sollen noch intensiviert werden. Die EKA hat sich gemeinsam mit zahlreichen Partnern stark engagiert und sich gleichzeitig bemüht, sachlich, glaubwürdig und fair zu informieren.

Integration, Information, die Beziehungen zwischen Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft werden natürlich auch in der neuen EKM wichtige Anliegen bleiben, aber sie werden in einen grösseren Denk- und Handlungsrahmen integriert sein, der alle Aspekte der Migration und der Situation von Ausländern und Ausländerinnen einbezieht, unter Berücksichtigung des innenpolitischen und des immer wichtiger werdenden internationalen Kontexts.

2008 beginnt also ein neues Kapitel, mit neuen Herausforderungen und neuem Elan. Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die der EKA ihre Zusammenarbeit, ihre Unterstützung und ihr Vertrauen geschenkt haben. Und danke, dass Sie die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen mit dem gleichen Wohlwollen weiter begleiten.

Francis Matthey, Präsident EKA

Dieser Jahresbericht blickt vor allem auf das Jahr 2007 zurück, aber nicht nur. Er gibt auch einen kleinen Einblick in die Geschichte der EKA, die 1970 begonnen hat. Nachfolgend einige Auszüge aus den persönlichen Betrachtungen:

«Die EKA hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Dabei prägten nicht nur die politischen Debatten rund um die schweizerische Ausländerpolitik die Inhalte der Diskussionen der Kommission. Jeder Präsident und jede Präsidentin verlieh der Kommission ihr spezifisches Gesicht und eine persönliche Note. Über die 37 Jahre hinweg lässt sich aber auch eine bedenkenswerte Konstanz in der Themenbearbeitung feststellen. Gefordert wurden vor allem verbesserte Rahmenbedingungen für die ausländische Wohnbevölkerung: sei es in der Schule, am Arbeitsplatz, im Bereich des Wohnens, der Sozialversicherung oder bei den politischen Rechten und der Einbürgerung.»

Simone Prodoliet

«Integration ist zwar endlich als staatliche Aufgabe anerkannt, sie ist aber auch häufig ein bequemes Schlagwort, eine Zauberformel, auf die oft vorschnell zurückgegriffen wird. Integration kann nicht mit rein materiellen Mitteln oder auf Anordnung erreicht werden. Sie erfordert einen bestimmten Ansatz, einen Tonfall, eine Einstellung, die von Respekt und Wertschätzung dem andern gegenüber geprägt sind, eine nichtdiskriminierende Haltung im Alltag, sei dies nun in der Schule, in der Lehre und im Beruf, im Wohnbereich oder im Gesundheitswesen.»

Francis Matthey

«In unserem Land klaffen der politische Diskurs über Integration und die Integrationsrealität weit auseinander. In der politischen Debatte über Ausländer, Asylsuchende und Einbürgerung könnte man den Eindruck gewinnen, das Land stehe am Abgrund. Probleme und Negativschlagzeilen beherrschen die Schlagzeilen. Polarisierung und ideologische Positionen beherrschen den Diskurs. Links und Rechts schienen sich im «Ernstnehmen der Lage» übertrumpfen zu wollen und sehen die Integrationspolitik gescheitert. Neuanfänge werden gefordert. Analysiert man die Argumente, so sind es fast die genau gleichen wie in den zehn, zwanzig und dreissig Jahren davor. Das politische Personal ist inzwischen mehrfach ausgewechselt, doch die nachfolgenden Politikergenerationen führen im Wesentlichen denselben sterilen politischen Diskurs wie die vorigen.»

Walter Schmid

«Die Förderung der Integration durch Projekte habe ich als eine einmalige Chance erlebt. Wir konnten dazu beitragen, dass über die Integrationsförderung insbesondere die (freiwillige) Arbeit der vielen Gruppierungen und Organisationen von Migrantinnen und Migranten Anerkennung findet. Es war für mich ein Privileg, an dieser Entwicklung teilzunehmen.»

Anna Rüdeberg-Pompei

«Integration, Information, die Beziehungen zwischen Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft werden natürlich auch in der neuen EKM wichtige Anliegen bleiben, aber sie werden in einen grösseren Denk- und Handlungsrahmen integriert sein, der alle Aspekte der Migration und der Situation von Ausländern und Ausländerinnen einbezieht, unter Berücksichtigung des innenpolitischen und des immer wichtiger werdenden internationalen Kontexts.»

Francis Matthey

Politische Entwicklung in Europa

Charakteristisch für die Migrationspolitik Europas ist die Zweiteilung der Bevölkerung in EU-/EFTA-Angehörige und in Personen aus Drittstaaten. Auf der Ebene des EU-Rats sind Bestrebungen im Gang, die Flüchtlings- und Arbeitsmigrationspolitik zu harmonisieren. Der Umgang mit «ungewünschter» und irregulärer Migration wird von den Mitgliedstaaten nach den jeweiligen Bedürfnissen und politischen Kräfteverhältnisse geregelt. Gerade im Hinblick auf die Kontrolle der EU-Aussengrenzen ist die EU bemüht, die Lasten unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen.

2007 hat Malta zu Händen der EU ein Gesuch gestellt, wonach Bootsflüchtlinge, die in internationalen Gewässern gerettet werden, nach einem Schlüssel proportional zur Einwohnerzahl auf die Mitgliedsländer verteilt werden. Dieses Gesuch war für die EU-Innenminister Anlass, die Debatte im Hinblick auf eine gemeinsame Haltung neu aufzunehmen. Einig war man sich, dass Migration demographisch und wirtschaftliche nötig sei. Gesteuert sollte sie jedoch entlang der jeweiligen nationalen Bedürfnisse werden.

Konzepte wie «Mobilitätspartnerschaften» oder «zirkuläre Migration» schienen in der Diskussion auf. Mit den Mobilitätspartnerschaften sind Abkommen mit Herkunftsländern gemeint, mit denen legale Migration gemeinsam gefördert und illegale gemeinsam bekämpft wird. Bei der zirkulären Migration geht es darum, Migranten für eine begrenzte Zeit in einem EU-Staat aufzunehmen, wo sie begleitend zu ihrem Arbeitseinsatz auch aus- oder weitergebildet werden. Nach Ablauf dieser Frist sollen sie freiwillig in ihre Heimat zurückkehren und dort ihre neu gewonnenen Fähigkeiten nutzen.

Franco Frattini, der Innenkommissar der EU, vertrat vor dem EU-Rat die Ansicht, dass im Hinblick auf die Zuwandernden nicht die Quantität, sondern die Qualität künftig die grösste Herausforderung darstelle. 85% der Migranten, die nach Europa kommen würden, seien beruflich nicht ausgebildet, lediglich 5% seien hoch qualifiziert. Hingegen sei mehr als die Hälfte der Zuwanderer in die USA gut ausgebildet. In Anlehnung an die amerikanische «Green Card» schlug Frattini deshalb die Einführung einer «Blue Card» vor, welche den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben würde, hoch qualifizierte Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten relativ rasch, unkompliziert und zeitlich beschränkt nach Europa kommen zu lassen.

Die Entscheidung über die Aufnahme eines Einwanderers soll jedoch den einzelnen EU-Staaten überlassen bleiben. Das Anliegen Frattinis stiess bei der EU-Kommission auf offene Ohren. Sie beschloss einen entsprechenden Gesetzesentwurf.

EINE «BLUE CARD» FÜR EUROPA?

Bei der Bekämpfung der illegalen Migration verstärkte die EU 2007 ihr Arsenal an Abwehr- und Kontrollinstrumenten. Dazu gehörte insbesondere die Stärkung der Agentur für den Schutz der Aussengrenze Frontex, die nun auch bei Rückführungen von illegal Einreisenden oder illegalen Aufenthalten stärker zum Einsatz kommen soll. Daneben sind die Mitgliedsländer bemüht, in Ausweispapieren und Reisedokumenten einheitliche biometrische Daten aufzunehmen, sowohl bei Staatsbürgern der EU-Staaten als auch bei Langzeit-Aufenthalten aus Drittstaaten. Selbst im Visum von Kurzaufenthalten sollen künftig digitale Passbilder und Fingerabdrücke gespeichert werden. Mitte Juni 2007 verabschiedeten die EU-Innenminister das sogenannte Visum-Informationssystem (VIS). Damit werden die bereits bestehenden Systeme von Dublin (Datenbank für Asylbewerber mit der Fingerabdruck-Datei Eurodac) und Schengen, in dem

aspekte

Daten über verdächtige Personen und gesuchte Gegenstände erfasst und ausgetauscht werden, ergänzt. Eine neue Dimension des grenzüberschreitenden Datenaustauschs wurde mit der Übernahme des Prüm Vertrags ins EU-Recht eröffnet, auf die sich die EU-Innenminister ebenfalls einigten. Fahrzeugdaten werden für die Vertragsstaaten künftig online und ständig abrufbar sein, während DNA-Profile und Fingerabdrücke routinemässig, aber anonym abgeglichen werden können.

Neben den Harmonisierungsbestrebungen und den verstärkten Sicherheitsdispositiven auf EU-Stufe standen den Mitgliedstaaten im Vollzug nach wie vor weitgehende Spielräume offen, die sie gemäss ihren spezifischen Bedürfnissen und politischen Kräfteverhältnissen nutzten.

So machte sich 2007 die Regierung Prodi an die Ausarbeitung neuer Immigrationsrichtlinien. Institutionelle Sponsoren – Unternehmerverbände, Gewerkschaften oder Lokalbehörden – können finanziell für Zuwandernde bürgen und ihnen Arbeit beschaffen. Zuwandernde, die über genügend Mittel für den legalen Aufenthalt verfügen, können für sich selbst bürgen. Drittstaatenangehörige, die italienisch sprechen und einen Arbeitsvertrag vorweisen können, haben das Recht auf eine Aufenthaltsbewilligung. Solche, die seit 5 Jahren legal in Italien leben, werden wie EU-Bürger behandelt: Sie dürfen an Ausschreibungen für Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung teilnehmen, erhalten das lokale Stimmrecht und Zugang zur sozialen Fürsorge. Mit gezielten Steuerungs- und Integrationsmassnahmen will die Regierung illegale Einwanderung entkriminalisieren.

In einem Gegensatz dazu steht Grossbritannien, welches gegenüber Flüchtlingen und Arbeitsmigranten lange Zeit als offen galt. Seit dem 2. April 2007 müssen alle Zuwanderer aus Drittstaaten, die sich im Königreich niederlassen wollen, einen Integrationskurs absolvieren und über Englischkenntnisse verfügen. Der Test «Language and Life in the UK», der seit 2004 bei der Einbürgerung zur Anwendung kommt, wurde auf den unbeschränkten Aufenthalt ausgedehnt. Einerseits sollen Kurse und Tests die Attraktivität mindern, andererseits soll damit unterstrichen werden, dass der Erwerb des Bürger- und Bleiberechts eine persönliche Wahl darstellt, welche mit Pflichten und dem Willen zur Integration verbunden ist. Während die Hürden für den Familiennachzug und für Asylgesuche erhöht wurden, wurden die Zugänge für Hochqualifizierte geöffnet.

In Frankreich hagelte es von intellektueller Seite Kritik, als Nicolas Sarkozy die Gründung eines «Ministère de l'immigration, de l'intégration, de l'identité nationale et du codéveloppement» veranlasste. In einem offenen Brief schrieben sie, dass es nicht die Rolle eines demokratischen Staates sei, die Identität der Bevölkerung zu definieren. Noch nie seien Immigration und nationale Identität in einem Ministerium vereint worden. Diese Verbindung folge der Logik eines Diskurses, der die Immigration stigmatisiere und eines Nationalismus, der auf Misstrauen und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Fremden gründe.

STREIT UM «IDENTITE» IN FRANKREICH

Nicolas Sarkozy hielt indes an seinem Wechsel von der «immigration subie» zur «immigration choisie» fest. Frankreich müsse das Recht haben, selber zu entscheiden, wer auf seinem Territorium lebe. Im Oktober 2007 verabschiedete das Parlament ein entsprechendes Zuwanderungsgesetz. Dieses wurde insbesondere deshalb kritisiert, weil es im Hinblick auf die Familienzusammenführung DNA-Tests vorsieht. Bevor das Gesetz in Kraft treten kann, muss es vom Verfassungsrat gutgeheissen werden.

Politische Entwicklung in der Schweiz

Integration gesetzlich festgeschrieben – Einbindung der Zugewanderten verstärkt

Nachdem die Stimmberechtigten im Herbst 2006 dem neuen Ausländergesetz zugestimmt hatten, wurde erstmals in der Geschichte der Ausländergesetzgebung der Schweiz «Integration» gesetzlich festgeschrieben. Damit wurde dem Anliegen breiter Kreise, Integration als eines der Ziele der schweizerischen Ausländerpolitik gesetzlich zu verankern, Rechnung getragen. Auch jene Stimmen, welche sich zum Ausländergesetz kritisch geäußert hatten, begrüßten es, dass im Bereich Integration eine gesetzliche Grundlage geschaffen wurde. Allerdings, und dieses Argument wurde verschiedentlich vorgebracht, kämen wichtige Aspekte, welche zur Integration beitragen könnten, nicht zum Zug: so etwa der ursprünglich vorgesehene Rechtsanspruch auf Niederlassung nach zehn Jahren oder der Anspruch auf Familiennachzug. Laut Gesetz liegen die Erteilung auf Gewährung von Niederlassung oder zum Familiennachzug nach wie vor im Ermessen der Behörden, was als Nachteil bezüglich des Integrationsprozesses beurteilt wird.

Die gesetzliche Festschreibung von Integration, welche auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt wird, erhielt im Rahmen einer revidierten Verordnung zur Integration der Ausländerinnen und Ausländer neue Konturen. So kann neu auch das Instrument der Integrationsvereinbarung (vgl. auch unten) angewendet werden, um Integrationsprozesse vonseiten des Staates voranzutreiben.

Im Zusammenhang mit der Präzisierung der gesetzlichen Grundlagen im Rahmen von Verordnungen und Weisungen zeigt sich, dass der Integrationsdiskurs im Verlauf der letzten Jahre eine Richtungsänderung erfahren hat. Stand noch Ende der neunziger Jahre mehrheitlich das Prozesshafte im Vordergrund, welches sowohl Zugewanderte wie Einheimische betreffe, ist für die jüngste Vergangenheit festzustellen, dass nach vorherrschender Meinung vor allem die Ausländerinnen und Ausländer in die Pflicht zu nehmen seien. Dies zeigt sich vornehmlich bei jenen Diskussionen, die sich um die so genannten «Defizite» von Menschen ohne Schweizer Pass drehen: im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit und mangelnden Berufseinstiegsmöglichkeiten, im Bereich der Sozialhilfe, bei der Bekämpfung von Kriminalität, ja sogar zur Prävention von Zwangsheirat. Der immer wieder vorgebrachte Slogan «Fördern und fordern» wurde sogar in «Fordern und fordern» umgemünzt.

DIE ZUGEWANDERTEN IN DIE PFLICHT NEHMEN

Dass Ausländerinnen und Ausländer auch ihren Teil zum Integrationsprozess beizutragen haben, ist unbestritten. Zugewanderte selbst bekunden ihr vitales Interesse, sich zu integrieren, die Sprache zu erlernen, ein Teil unserer Gesellschaft zu sein und an ihr zu partizipieren. Vonseiten von Organisationen der Migrantinnen und Migranten wurde denn auch immer wieder darauf hingewiesen, dass man sie bei der Formulierung von Vorschlägen zu Integrationsmassnahmen als Partner vermehrt einbeziehen sollte. Diesem Anliegen ist in Zukunft Rechnung zu tragen, sollen Integrationsprozesse auch tatsächlich auf einer gemeinsamen Basis stattfinden können und zum Gelingen beitragen.

Umsetzung des neuen Ausländergesetzes

Zwar waren einzelne Bereiche des revidierten Asylgesetzes bereits auf den 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der restlichen

Bestimmungen des Asylgesetzes, des neuen Ausländergesetzes und für die entsprechenden Verordnungen wurde jedoch für den 1. Januar 2008 festgesetzt. Ende März eröffnete der Bundesrat bei den Kantonen, Parteien sowie bei weiteren interessierten Organisationen das Vernehmlassungsverfahren für die notwendigen Verordnungsanpassungen. Auch die EKA wurde begrüsst, zu den acht Verordnungen Stellung zu nehmen.

Integrationsvereinbarungen: ein neues Instrument

Das neue Ausländergesetz (AuG) sowie der Vernehmlassungsentwurf zur Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer (VIntA) sehen vor, dass so genannte Integrationsvereinbarungen abgeschlossen werden können. Es handelt sich dabei um eine Kann-Bestimmung. Den Kantonen steht es damit frei, ob sie von diesem Instrument Gebrauch machen wollen oder nicht. Diese Novelle warf hohe Wellen. Die EKA äusserte gegenüber diesen Neuerungen Skepsis.

Dass im Rahmen der Ausländergesetzgebung das Instrument der Integrationsvereinbarung eingeführt wird, ist im westeuropäischen Kontext keine Novität. Sie gründet auf der Annahme bzw. der Überzeugung, dass Migrantinnen und Migranten in ihrem Integrationsprozess nicht nur gefördert werden sollen, sondern dass von ihnen auch gefordert werden kann, sich aktiv darum zu bemühen, sich in die Aufnahmegesellschaft einzugliedern. Als erstes Land in Westeuropa führten die Niederlande 1998 verpflichtende Einführungsprogramme ein. Österreich und Frankreich kennen entsprechende Integrationsvereinbarungen bzw. den «Contrat d'accueil et d'intégration» seit 2003; Deutschland hat verpflichtende Integrationskurse 2005 eingeführt. Gemeinsam ist allen Programmen, dass sie schwerpunktmässig, wenn nicht gar ausschliesslich, auf die Vermittlung von Sprache ausgerichtet sind. Die Schweiz verfügt mit der VIntA seit dem 1. Februar 2006 über das Instrument der Integrationsvereinbarung auf Verordnungsstufe.

Im Fokus der Empfehlungen des Bundes zu den Integrationsvereinbarungen stehen drei Personengruppen: 1. Personen aus Drittstaaten im Familiennachzug, 2. bereits anwesende Migrantinnen und Migranten «mit erhöhten Risiken», 3. Personen, die eine Betreuungs- oder Lehrtätigkeit ausüben. Mehr als die Hälfte aller Neuzuzüge aus Drittstaaten kommen im Familiennachzug in die Schweiz. Dieser Gruppe soll mit den Vereinbarungen die Integration erleichtert werden. Bei der zweiten Gruppe sind Personen gemeint, die straffällig geworden sind, die längerfristig sozialhilfeabhängig sind, oder es zu werden drohen. Die Vereinbarung soll den Behörden die Entscheidfindung über die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung erleichtern. Bei der letzten Gruppe handelte es sich im Jahr 2007 um 170 religiöse Betreuungspersonen. Davon waren 120 Missionare aus den USA mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung, 13 indische Priester und Ordenschwestern und 10 Imame mit einer Jahresaufenthaltsbewilligung. Diese Betreuungspersonen arbeiten vorwiegend in den Kantonen Zürich und Genf. Sie gehören vorwiegend der «Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage» (Mormonen), dem Islam und vereinzelt der Römisch-Katholischen Kirche, evangelischen Freikirchen oder dem Buddhismus an. Diesen Betreuungspersonen und den Lehrkräften für heimatliche Sprache und Kultur soll mittels Vereinbarungen jenes Wissen vermittelt werden, welches ihnen erlaubt, ihre vermittelnde Rolle besser wahrnehmen zu können.

MIGRANTEN «MIT ERHÖHTEN RISIKEN»

Die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Zürich und Solothurn nahmen die Vorbereitungen an die Hand, damit sie mit Inkrafttreten des AuG einen Pilotversuch

starten können. Weitere Deutschschweizer Kantone zogen eine Beteiligung in Betracht. Zurückhaltender zeigten sich dagegen die Westschweizer Kantone. Die Pilotvorhaben sollen wissenschaftlich evaluiert werden. Und im Frühjahr 2009 wird das Bundesamt für Migration zu den in den Kantonen abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen Bericht erstatten.

Integrationsmassnahmen des Bundes

Basierend auf dem im Juli 2006 veröffentlichten Bericht «Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz» verabschiedete der Bundesrat im August 2007 ein Massnahmenpaket zur Integrationsförderpolitik. Die 45 Massnahmen wurden von den verschiedenen zuständigen Ämtern und Departementen unter der Federführung des Bundesamts für Migration erarbeitet. Der Schwerpunkt der Massnahmen wurde auf den Erwerb der Lokalsprache gelegt. Weitere Massnahmen wurden in den Bereichen Berufsbildung und Arbeit und im Bereich der Integration in stark besiedelten Wohnquartieren vorgeschlagen. Bei 42 Massnahmen handelte es sich um den Ausbau bestehender Massnahmen. Lediglich drei Massnahmen sind Zusatzmassnahmen: Das Bundesamt für Sport will ein Kompetenzzentrum «Sport und Integration» aufbauen, das Bundesamt für Statistik will Indikatoren zur Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weiterentwickeln, und der Kredit für die Integrationsförderung, welcher vom Bundesamt für Migration verwaltet wird, soll um 2 Millionen Franken erhöht werden.

Die Massnahmen auf Bundesebene sollen mittels eines Monitorings begleitet und aufeinander abgestimmt werden. Der Bundesrat beschloss, der bestehenden Interdepartementalen Arbeitsgruppe für Migrationsfragen (IAM) den Auftrag zu erteilen, die Umsetzung der Massnahmen zu begleiten. Sie ist für die Koordination der Massnahmen der verschiedenen Ämter und für die Gewährung des Informationsaustausches zuständig. Der Vorschlag zur Schaffung eines Integrationsbeauftragten wurde vom Bundesrat geprüft und verworfen. Er ist der Ansicht, dass die Einrichtung einer solchen Stelle unklare Zuständigkeiten hervorrufen und damit insgesamt die Umsetzung und Koordination der Integrationsmassnahmen (Monitoring) erschweren würde. Da in den meisten Integrationsbereichen – wie Schule, Berufsbildung, Arbeitsmarkt oder Zusammenleben in den Gemeinden und im Quartier – die Kantone und Gemeinden für die Integrationsförderung zuständig sind, wurden die Ämter und Departemente beauftragt, die kantonalen und kommunalen Stellen in ihren Zuständigkeitsbereichen zu konsultieren und diese in die Umsetzung der Massnahmen einzubeziehen.

IDEE EINES INTEGRATIONS- BEAUFTRAGTEN ABGELEHNT

Massnahmenpaket gegen die Jugendgewalt

Am 29. Juni 2007 schickte das EJPD ein Massnahmenpaket zum Thema Jugendgewalt in die Vernehmlassung. Der Vorsteher des EJPD, Bundesrat Christoph Blocher, hatte das Phänomen Jugendgewalt näher untersuchen lassen. Er führte zu diesem Zweck zwei Brainstormings mit Fachleuten durch und beauftragte verschiedene Amtsstellen mit weiteren Abklärungen. Die Ergebnisse wurden in einem Bericht zusammengefasst, der das Ausmass und die Ursachen der Jugendgewalt untersucht und konkrete Massnahmen vorschlägt. Der Bericht schlug Massnahmen auf drei Ebenen vor: Die Sofortmassnahmen sollten auf die konsequente Umsetzung von Wegweisungen von straffälligen Ausländern zielen, eine genauere Überprüfung von Einbürgerungsgesuchen nach sich ziehen und Intensivtäter genauer unter die Lupe nehmen.

Mittelfristige Massnahmen sollten im Rahmen der Vereinheitlichung der Jugendstrafprozessordnung, der besseren Koordination von Strafverfahren, von Strafvollzug und ausländerrechtlichen Verfahren sowie in der verbesserten Erfassung von statistischen Daten zur Kriminalität getroffen werden. Langfristige Massnahmen schliesslich ortete man im Bereich der Überprüfung bestehender Jugendstrafeinrichtungen und in der Erforschung des Dunkelfelds der Gewalt von Jugendlichen.

Im Rahmen der Vernehmlassung wurde kritisiert, der Bericht, der grundsätzlich von verschiedensten Kreisen als ausgewogen beurteilt wurde, sei in den vorgeschlagenen Massnahmen zu stark auf Repression ausgerichtet. Ausserdem entstehe der Eindruck, Jugendgewalt sei vornehmlich ein Problem junger Ausländer und Ausländerinnen (zur Stellungnahme der EKA vgl. «aktivitäten»).

Bericht über die Strafbarkeit von Zwangsheiraten und arrangierten Ehen

Der Bundesrat verabschiedete am 14. November 2007 einen vom Bundesamt für Justiz erstellten Bericht zum Thema Zwangsheirat und arrangierte Heiraten. Dieser wurde in Beantwortung auf zwei Postulate, die Problematik der Zwangsheiraten, der arrangierten Heiraten und allfällige Massnahmen dazu vertieft zu prüfen, erarbeitet. Um Personen vor Zwangsheirat zu schützen, müssten laut Bundesrat die gesetzlichen Bestimmungen im Straf-, im Privat- und im Ausländerrecht konsequent angewendet und durchgesetzt werden. Nur im Privatrecht sieht der Bundesrat gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Einen speziellen Straftatbestand im Rahmen der Ausländergesetzgebung lehnt er ab, da seiner Ansicht nach die bestehenden gesetzlichen Regelungen genügen. Als weitere Massnahmen könnten hingegen gezielte Informationskampagnen sowie Beratungs- und Betreuungsangebote für Betroffene in Betracht gezogen werden.

Die EKA hat zum Thema Zwangsheirat und arrangierte Ehen eine Stellungnahme erarbeitet (vgl. unter «aktivitäten»).

Einbürgerung / Bürgerrecht

Auch im Jahr 2007 betrafen zahlreiche parlamentarische Vorstösse die symbolträchtige Einbürgerung. Manche Vorstösse zielen darauf hin, die Hürden für die Einbürgerung zu erhöhen. So wurde etwa gefordert, dass Einbürgerungswillige erst ein Gesuch stellen können, wenn sie sieben Jahre im Besitz einer Niederlassungsbewilligung sind und keine staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Andere Vorstösse wollen die erleichterte Einbürgerung abschaffen. Wieder andere fordern, Doppelbürgern das Schweizer Bürgerrecht zu entziehen, sollten diese gegen die Rechtsordnung verstossen.

Zwei Tendenzen sollen an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden. Die Motion Oskar Freysinger, welche den erweiterten Zugriff der kantonalen Einbürgerungsbehörden auf das Strafregister (Vostra) verlangt, wurde am 6. Oktober 2006 abgeschrieben, weil sie seit zwei Jahren hängig war. Am Tag der Abschreibung gab Freysinger aber eine neue Motion mit demselben Wortlaut ein. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats sprach sich gegen die Motion aus, der Bundesrat sprach sich dafür aus. Da das formelle Gesetzgebungsverfahren mehrere Jahre in Anspruch nehmen würde, schlug Bundesrat Christoph Blocher vor, die Zugriffsrechte für die Einbürgerungsbehörden auf kantonalen Ebene vorübergehend mit einer Änderung der

Strafregisterverordnung zu erreichen. Die Idee fand in der Ämterkonsultation eine Mehrheit und wurde vom Gesamtbundesrat genehmigt. Die entsprechende Verordnungsänderung wird am 15. Februar 2008 in Kraft treten. Mit einer parlamentarischen Initiative zielte Ruedi Lustenberger darauf hin, die Frist für die Nichtigkeitserklärung einer Einbürgerung von fünf auf acht Jahre auszudehnen. Mit dieser Massnahme will er Scheinehen, die zum Erwerb des Bürgerrechts geschlossen wurden, bekämpfen. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Parlaments, die entsprechende Gesetzesänderung wird vorbereitet.

Auf lokaler Ebene war 2007 im Hinblick auf die Einbürgerung ein ruhiges Jahr. Die Kantone und Gemeinden hatten im Zuge der Bundesgerichtsentscheide aus dem Jahr 2003 ihre Gesetze und Reglemente den neuen Rahmenbedingungen bereits angepasst. Wer mit dem bestehenden System nicht zufrieden war, musste sich gedulden. Auf Bundesebene waren Vorbereitungen in Gang, die sich auf die lokale Einbürgerungspraxis auswirken würden: zum einen in Form der Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen», die den Gemeinden – im Falle einer Annahme – die grösstmögliche Autonomie in Aussicht stellt, den Betroffenen jedoch ein grundrechtskonformes, rechtsstaatliches Einbürgerungsverfahren verwehrt. Zum anderen – basierend auf der Initiative von Thomas Pfisterer – die Revision des Bürgerrechtsgesetzes, welche als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative gilt.

2007 befasste sich die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) unter dem Blickwinkel möglicher Diskriminierung mit den aktuellen Einbürgerungsverfahren auf Gemeindeebene und den parlamentarischen Vorstössen, die 2007 hängig waren. Im September nahm die EKR dazu Stellung. Sie stellte fest, dass bei Einbürgerungsverfahren ohne Beschwerderecht die Rechtsstaatlichkeit nicht gewährleistet ist, und dass es klare Kriterien braucht, um dem Misstrauen, das bei den Einbürgerungswilligen und den Behörden herrscht, entgegenzutreten. Besonders bei Entscheiden, die auf Gemeindeebene beim Parlament oder der Gemeindeversammlung liegen würden, könne es zu diskriminierenden, gar rassistischen Ablehnungen der Gesuche kommen.

EIN BESCHWERDERECHT IST ZWINGEND

Auch 2007 äusserte sich das Bundesgericht mehrfach zum politisch umstrittenen Themenkreis des Bürgerrechts. Während in der Sparte Erleichterte Einbürgerung relativ unspektakuläre Fälle verhandelt wurden, gab es in der Sparte Einbürgerungsverfahren einige wichtige Konkretisierungen zum aktuellen Einbürgerungsrecht, dies insbesondere im Bereich der «zulässigen Begründung für das Ablehnen von Einbürgerungsgesuchen». Wie in den vergangenen Jahren, so bestätigte das Bundesgericht auch 2007 eine grosszügige Praxis zulässiger Begründungen für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen. Das Argument der «mangelnden Integration» erschien als das unklarste aber dennoch (oder gerade deshalb) als der am meisten verwendete Begriff bei der Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen.

Asylpolitik

Das Jahr war geprägt durch das Inkrafttreten des ersten Pakets des revidierten Asylgesetzes, das in der Volksabstimmung vom 24. September 2006 angenommen worden war, per 1. Januar 2007. Zu den wichtigsten Massnahmen gehören das Nichteintreten bei fehlenden Identitätspapieren, die Verlängerung der Zwangsmassnahmen, aber auch neue, verbesserte Regelungen für Härtefälle und vorläufig Aufgenommene. Die Asylbehörden bereiteten zudem die Umsetzung des zweiten Pakets des revidierten Asylgesetzes vor. Ab 1. Januar 2008 wird es insbesondere darum gehen, den

Sozialhilfestopp auf alle Personen auszudehnen, deren Asylgesuch rechtskräftig abgelehnt wurde, und die Abgeltung der Kantone durch den Bund neu zu organisieren.

Linke Organisationen und die Hilfswerke prangerten auch 2007 die Asylpolitik der Schweiz an, die nur auf die Missbrauchsbekämpfung, den Abbau von Rechten und administrative und gesetzgeberische Schikanen ausgerichtet sei. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zeigte sich seinerseits besorgt über die Tatsache, dass die Asylrekurskommission (heute Bundesverwaltungsgericht) Dienstverweigerern und Deserteuren aus Eritrea in einem Grundsatzurteil den Flüchtlingsstatus gewährt hatte. Die Schweiz verzeichnete nach diesem Urteil eine starke Zunahme der Asylgesuche von Staatsangehörigen aus Eritrea. Der Bürgerkrieg im Irak hat zudem zu einer Zunahme der vorläufig Aufgenommenen aus Irak geführt. In der Frage der Deserteure und Dienstverweigerer gab der Vorsteher des EJPD, Christoph Blocher, die Ausarbeitung eines dringlichen Bundesbeschlusses zur Änderung des Asylgesetzes (Art. 3) in Auftrag, damit Deserteure und Dienstverweigerer nicht mehr generell als Flüchtlinge anerkannt werden und Asyl erhalten. Das EJPD bewies auch seinen Willen, das Verfahren zur Rücschaffung von abgewiesenen Asylsuchenden, die sich weiter in der Schweiz aufhalten, zu beschleunigen (Ende September 2007: 5'834 Personen). Parallel dazu erhielt das Bundesamt für Migration den Auftrag, die sprachliche und berufliche Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen zu verbessern.

**KEINE SOZIALHILFE
MEHR FÜR
ABGELEHNTE
ASYLSUCHENDE**

Insgesamt blieb die Asylstatistik 2007 im Vergleich zum Vorjahr stabil. Von den 10'387 Personen, die 2007 ein Asylgesuch einreichten (2006: 10'537), stammen 1'662 aus Eritrea (2006: 1'201). An zweiter Stelle steht Serbien mit 953 Gesuchen (2006: 1'225), gefolgt von Staatsangehörigen aus dem Irak mit 935 Gesuchen (2006: 816).

Eidgenössische Wahlen

2007 war ein Wahljahr. Wie bereits vier Jahre zuvor wurde die Ausländerpolitik zu einem bestimmenden Teil des Wahlkampfes gemacht. Das Plakat der SVP, auf dem ein schwarzes Schaf aus der Schweiz vertrieben wird und das für Sicherheit (bzw. für die Ausschaffungsinitiative der SVP) warb, wurde über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Vom deutschen Magazin «Spiegel» bis zur englischen «Mail on Sunday»: Überall diente das Plakatsujet als Illustration eines Wahlkampfes, der von der SVP, ihrem Bundesrat Christoph Blocher und den Themen «crime and immigration» dominiert werde. Verschiedene ausländische Kommentatoren zeigten sich überrascht vom rüden Ton der Kampagne und vom fremdenfeindlichen Diskurs. «The Independent» stellte gar die Frage, ob die Schweiz zu einem «Ort der Finsternis» werde. Der UNO-Sonderberichterstatter zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, Doudou Diène, protestierte gegen das fremdenfeindliche Plakat.

Zwei Volksinitiativen: gegen kriminelle Ausländer und Minarette

Zwei Volksbegehren im Bereich der Ausländerpolitik wurden 2007 lanciert. Die eine will den Bau von Minaretten verhindern, die andere, ausnahmslos alle kriminellen Ausländer und Ausländerinnen ausschaffen. Die SVP hatte mit diesem Volksbegehren – wie die Basler Zeitung schrieb – ihren Wahlschlager gefunden. Mit einem Massenversand an alle Haushaltungen gelang es den Initianten denn auch, in rekordverdächtig kurzer Zeit über 200'000 Unterschriften zu sammeln.

ALLE STRAFFÄLLIGEN AUSLÄNDER AUSWEISEN

Die Forderung ist plakativ: Wer gegen die Regeln verstösst, muss raus! Umgesetzt auf die von der SVP viel beklagte «Ausländerkriminalität» heisst das: Alle Ausländerinnen und Ausländer verlieren «unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status» ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz und sind auszuweisen, wenn sie wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts, wegen Vergewaltigung oder eines anderen Sexualdelikts, wegen Raub, Menschenhandel, Drogenhandel oder Einbruch rechtskräftig verurteilt sind oder wenn sie missbräuchlich Leistungen der Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe bezogen haben. Ob die Forderungen der Initiative umsetzbar sind, wird das Parlament entscheiden müssen. Es stellen sich einige Fragen: Kann eine solche Bestimmung gegenüber dem Freizügigkeitsabkommen bestehen (welches eine Ausschaffung nur vorsieht, wenn ein schwerer Verstoss «gegen die öffentliche Ordnung» vorliegt)? Wohin sollen straffällig gewordene Asylsuchende ausgeschafft werden, deren Rückkehr als unmöglich gilt? Was die Initianten wollen, nämlich die ausnahmslose Gleichbehandlung von allen Verurteilten, könnte dem Begehren laut Verfassungsrechtler Jörg Paul Müller zum Verhängnis werden: Die Abwägung im Einzelfall werde ausgeschlossen, die verhältnismässige Rechtsanwendung damit verunmöglicht. Viele Verurteilte werden bereits heute aus der Schweiz weggewiesen; allerdings ist die Praxis in den Kantonen sehr unterschiedlich.

Im Juni 2007 wurde von Exponenten der SVP und der EDU eine Volksinitiative lanciert, welche den Bau von Minaretten in der Schweiz generell verbieten will. Sofort entzündete sich auch hier eine Diskussion darüber, ob eine solche Verfassungsänderung dem Volk überhaupt zur Abstimmung zu unterbreiten wäre. Das Recht auf Religionsfreiheit würde gefährdet, meinten namhafte Rechtsexperten. Somit würde das Ansinnen gegen Völkerrecht verstossen. Unterschriften können bis Herbst 2008 gesammelt werden. Über die Gültigkeit wird das Parlament frühestens 2009 entscheiden.

Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Am 27. März 2007 präsentierte der UNO-Sonderberichterstatter zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, Doudou Diène, im Rahmen der vierten Tagung des UNO-Menschenrechtsrates in Genf seinen Bericht über seinen 2006 in der Schweiz absolvierten Besuch. Er stellte fest, dass auch in der Schweiz rassistisch motivierte Äusserungen und Handlungen vorkämen. Insbesondere mit Sorge erfülle ihn die teilweise fremdenfeindlich aufgeheizte Debatte rund um das neue Ausländergesetz und das revidierte Asylgesetz. Ausserdem müsse er eine schleichende Banalisierung fremdenfeindlicher Haltungen feststellen. In der Antwort des Bundesrates an den Sonderberichterstatter wurde anerkannt, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe auch in der Schweiz Diskriminierungen ausgesetzt seien. Er zeigte sich allerdings überzeugt, dass die bereits eingeleiteten Massnahmen und Instrumente auch weiterhin dazu beitragen würden, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu verhüten.

Vom 12. bis 14. November 2007 besuchte Botschafter Ömür Orhun, persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzes gegen Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen, die Schweiz. Er traf Vertreterinnen und Vertretern verschiedenster Organisationen und islamischer Gemeinschaften, um sich ein Bild über die Situation der Muslime in der Schweiz zu machen (vgl. auch unter «aktivitäten»). Anlässlich einer Medienkonferenz am letzten Tag seines Besuchs beurteilte er die Situation der Muslime in der Schweiz allgemein als besser als in anderen Ländern, die er bisher besucht hatte. Er hielt jedoch fest, dass die häufige Verknüpfung von Muslimen mit Fundamentalismus in der politischen Debatte und in den Medien oder die Volksinitiative «Gegen den Bau von

Minaretten» viele Muslime mit Besorgnis erfüllten. Dies würde ihr Gefühl verstärken, zunehmend ausgegrenzt zu werden.

Im Jahre 2006 startete die zweite Auflage der Kampagne des Europarats «alle anders – alle gleich». Zahlreiche Aktivitäten wurden auch in der Schweiz durchgeführt, zum Teil auch mit Unterstützung des Integrationskredits des Bundes. In der Schweiz schloss die Kampagne, die europaweit über 1000 Projekte anregen konnte, am 10. Dezember 2007 mit einem Schlussanlass und einer Publikation für zukünftige Projekte.

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus thematisierte im Berichtsjahr die Problematik von Einlassverweigerungen in Diskotheken und Bars sowie Fragen der Diskriminierung bei Einbürgerungen. Sie publizierte ausserdem eine Übersicht zu Gerichtsfällen zum Rassendiskriminierungs-Strafartikel aus dem Jahr 2006 und legte eine Analyse zur Instrumentalisierung von Ausländern im Wahlkampf vor.

Politische Vorstösse

Der Bundesrat behandelte im Jahr 2007 zahlreiche ausländerpolitisch interessante Vorstösse. Einige wurden in den vorangegangenen Kapiteln bereits erwähnt. Noch nicht genannt wurden die beiden Vorstösse rund um die Frage der Angemessenheit von DNA-Tests im Hinblick auf den behördlichen Entscheid für den Familiennachzug. Im Herbst 2007 gab es alarmierende Medienberichte aus Frankreich, welche die behördliche Praxis aufgedeckt hatten, in Zusammenhang mit der Einreisebewilligung DNA-Tests zu verwenden. Einen Tag später wurde gemeldet, dass im Falle des Familiennachzugs und mit der Erlaubnis der Betroffenen auch die Schweiz auf die Verwendung von DNA-Tests zurückgreift. Da der Bundesrat von genügenden gesetzlichen Grundlagen ausging, lehnte er eine Motion von Carlo Sommaruga ab, welche einen Bericht zum Umgang mit DNA-Tests bzw. zu den Lücken des geltenden Rechts forderte. Zwei Monate später reichte Alfred Heer eine parlamentarische Initiative ein, welche solche Tests für Personen im Familiennachzug aus «problematisch erachteten Ländern» obligatorisch erklären möchte.

Integrationsbemühungen in Kantonen und Gemeinden

Gesetze und Leitbilder

Im Frühjahr 2007 verabschiedete der Grosse Rat von Basel-Stadt das kantonale Integrationsgesetz mit grosser Mehrheit. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Der Waadtländer Staatsrat verabschiedete 2007 ein kantonales Integrations- und Rassismuspräventionsgesetz. Dieses Gesetz legt den Rahmen für die entsprechende kantonale Politik fest; es bildet die Grundlage für die Prioritäten des Staatsrates in dieser Legislaturperiode.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz schickte ein neues Migrationsgesetz in die Vernehmlassung. Es setzt das Bundesrecht im Ausländer- und Asylbereich auf kantonaler Ebene um. Es regelt Zuständigkeiten und Abläufe, insbesondere die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton. Laut Entwurf sind die Gemeinden zuständig für Aufgaben, die einen engen Ortsbezug aufweisen, also für die Registrierung, die Information, die Integration und die Sozialhilfe für alle ihre Einwohnerinnen und Einwohner, mithin auch für ausländische Personen. Der Kanton soll jene Aufgaben

übernehmen, die zentral effizienter erledigt werden können oder die ihm der Bund ausdrücklich zuweist. Im Rahmen einer Departementsreform soll ein Migrationsamt geschaffen werden, das auch alle kantonalen Aufgaben im Asylwesen übernimmt. Zudem soll eine Ansprechstelle für Integrationsfragen eingerichtet werden. Der Kanton sorgt für die Erstunterbringung von Asylsuchenden, gewährt bei Bedarf Nothilfe und organisiert Integrationsprogramme für vorläufig Aufgenommene und für Flüchtlinge.

Der Regierungsrat des Kantons Bern genehmigte am 4. Juli 2007 das Leitbild zur Integrationspolitik des Kantons Bern. Das von den Integrationsbeauftragten der Direktionen gemeinsam erarbeitete Leitbild stützt sich auf die im neuen Ausländergesetz und in der Integrationsverordnung festgelegten Ziele des Bundes.

Wichtige Auswirkungen auf das Leben von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz haben aber nicht nur Integrations- und Migrationsgesetze. Auch in ganz anderen Bereichen «verstecken» sich integrationsrelevante Bestimmungen. So hat der Kanton Neuenburg am 20. Februar 2007 ein Gesetz über die Neuenburger Polizei verabschiedet, das bis spätestens 2014 die Einführung einer kantonalen Einheitspolizei vorsieht. Das neue Gesetz eröffnet ausländischen Personen mit C-Ausweis, die seit mindestens fünf Jahren im Kanton wohnen, die Möglichkeit, den Beruf einer Polizeibeamten oder eines Sicherheitsbeamten zu ergreifen. Diesem Entscheid liegt der Wille zugrunde, die Integration der ausländischen Bevölkerung vermehrt zu fördern und der Neuenburger Polizei die Möglichkeit zu verschaffen, für die verschiedenen Aufgaben die jeweils kompetentesten Personen einzustellen. Ein anderes Beispiel

ST.GALLEN: GUTSCHRIFT FÜR SPRACHKURSE

findet sich in der Stadt St.Gallen. Im Rahmen einer Informationskampagne mit dem Titel «Deutsch lernen lohnt sich» über die Deutschkursangebote in der Stadt St. Gallen wollte die Integrationsstelle neue Anreize zum Besuch von Deutschsprachkursen schaffen. Statt dass Strukturen oder Betriebe subventioniert werden, erhalten erfolgreiche Absolventen und Absolventinnen eines Deutsch-Grundkurses seither eine Gutschrift, die sie ihrem Bedürfnis entsprechend entweder für eine kommerzielle Sprachschule oder für einen Integrations-Deutschkurs bei einer privaten Non-Profit-Organisation einlösen können.

Institutionelle und personelle Veränderungen

Im Kanton Graubünden hat die Regierung eine Integrationsfachstelle geschaffen. Die Stelle ist dem Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht angegliedert. Patricia Ganter Sonderegger wurde zur Leiterin dieser Stelle gewählt. Ihre Aufgabe wird es sein, sämtliche im Integrationsbereich anfallenden Aufgaben des neuen Ausländer- und Asylrechts umzusetzen. Dazu gehören insbesondere die Koordination der Integrationsmassnahmen, die interdepartementale Zusammenarbeit, die fachliche Beratung und Unterstützung der involvierten Verwaltungsstellen und Institutionen, die Vernetzung und der Informations- und Erfahrungsaustausch.

Im Kanton Luzern gibt es seit dem 1. Juli 2007 die kantonale Fachstelle Gesellschaftsfragen, der auch die Koordinationsstelle für Integrationspolitik angegliedert ist. Die Fachstelle hat den Auftrag, die gesellschaftspolitischen Handlungsfelder des Kantons wie Gleichstellung von Frau und Mann, Kind und Familie, Jugend, Alter, Behinderung und Integration der Zugewanderten vernetzt zu behandeln. Sie koordiniert Aktivitäten innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, beobachtet Entwicklungen und unterbreitet Vorschläge für Kampagnen und Projekte. Sie steht unter der Leitung des Integrationsdelegierten Hansjörg Vogel.

Eine ähnliche Entwicklung ist aus dem Kanton St.Gallen zu melden. Dort wurden die Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen und die Koordinationsstelle für Integration im Departement des Innern zum Kompetenzzentrum Integration, Gleichstellung und Projekte zusammengelegt. Die Leitung hat Beda Meier, bisher Leiter der Koordinationsstelle für Integration.

In der Waadt wurde Magaly Hanselmann neue kantonale Integrationskoordinatorin. Die Stadt Renens hat eine Integrationsfachstelle geschaffen und diese mit Marta Pinto besetzt. Die Stadt Lausanne hat Gabriella Amarelle als Nachfolgerin von Oliver Freeman an die Spitze des städtischen Integrationsbüros gewählt.

Im Kanton Aargau trat Felix Hürlimann per Ende 2007 als Leiter der Koordinationsstelle Integration im Migrationsamt zurück. Er war sieben Jahre im Aargau tätig gewesen. In dieser Zeit begleitete er die Entwicklung von Leitsätzen für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung sowie das Einführungsgesetz zum Ausländerrecht über dessen Umsetzung der Aargauer Regierungsrat voraussichtlich im ersten Quartal des Jahres 2008 entscheiden wird.

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Baselland hat Hans-Beat Moser zum neuen kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen gewählt. Er trat sein Amt per 1. Dezember 2007 an. Die ehemalige Stabstelle für Integrations- und Migrationsfragen der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion wurde per August 2007 in die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion eingegliedert. Zu den prioritären Aufgaben des neuen Integrationsdelegierten gehört die Umsetzung des neuen Integrationsgesetzes.

In Sierre wurde in der Person von Marie-Françoise Pitteloud eine Integrationsverantwortliche ernannt. Auch in Martigny wurde eine entsprechende Stelle geschaffen, die mit der Person von Mahmadou Sognane besetzt wurde. Somit gibt es bereits in vier französischsprachigen Walliser Städten Integrationsdelegierte.

Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer

In den beiden Pionierkantonen in Sachen Ausländerstimmrecht, Neuenburg und Jura, gab es 2007 Abstimmungen über die Wählbarkeit von Ausländerinnen und Ausländern. Als einzige Schweizer Kantone verfügen Neuenburg und Jura über das Ausländerstimmrecht auf kommunaler wie auf kantonaler Ebene. Im Jura sind Personen ohne Schweizer Pass in kommunale Parlamente wählbar. Das kantonale Parlament genehmigte im Februar 2007 mit grosser Mehrheit (51:4) eine Gesetzesänderung, welche die Wählbarkeit (also das passive Wahlrecht) auf die Exekutivämter ausdehnen wollte. Die SVP ergriff das Referendum, so dass in dieser Frage am Abstimmungssonntag im Juni das Stimmvolk das Sagen hatte. Überraschenderweise lehnten die Jurassier und Jurassierinnen mit 51 Prozent Nein die Änderung ab.

Am gleichen Tag mussten die Stimmberechtigten des Kantons Neuenburg eine ähnliche Frage an der Urne beantworten. Eine Initiative, welche verlangte, dass Ausländerinnen und Ausländer in alle kantonalen Ämter gewählt werden können, wurde klar mit 59 Prozent Nein abgelehnt. Der von Regierung und Parlament vorgelegte Gegenvorschlag jedoch, der das passive Wahlrecht auf Gemeindeebene einführen wollte, wurde mit 54 Prozent angenommen.

Der Kanton Bern schien 2006 auf dem Weg zum fakultativen Stimmrecht auf kommunaler Ebene. Die Regierung wollte es den Gemeinden ermöglichen, ihren ausländischen Mitbewohnern das Stimmrecht zu erteilen. Mit sehr knappem Mehr lehnte der Grosse Rat jedoch zwei entsprechende Vorstösse ab. Mehrere Parteien, welche sich für das Ausländerstimmrecht ausgesprochen hatten, liessen verlauten, sie würden das Anliegen in Form einer Volksinitiative wieder aufgreifen. Die Lancierung ist für 2008 vorgesehen.

Bereits lanciert ist eine Volksinitiative im Kanton Basel-Stadt. Sie verlangt das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens 5 Jahren im Kanton wohnen und eine Niederlassungsbewilligung haben.

Übersicht Politische Rechte (Ende 2007)	
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kantonaler Ebene	JU, NE
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene (in allen Gemeinden)	JU, NE, VD, FR, GE
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene (wenn die Gemeinde dies beschliesst)	AR, GR, BS (nur Bettingen und Riehen)
Wählbar sind sie (teilweise mit Einschränkungen) in den Gemeinden der Kantone	AR, GR, JU, VD, FR, NE

Interessantes aus der Forschung

NFP 40+

Skinheads, Hooligans Neonazis – die rechtsextreme Szene und deren gesellschaftliches Umfeld sind Gegenstand des Nationalen Forschungsprogramms NFP 40+, das der Schweizerische Nationalfonds (www.snf.ch) im Auftrag des Bundes durchführte. Ziel des Forschungsprogramms war es, Ursachen und Erscheinungsformen des wenig erforschten Phänomens Rechtsextremismus in der Schweiz zu erhellen und wirkungsvolle Massnahmen zu dessen Bekämpfung zu entwickeln.

In einem Teilprojekt wurde die Beziehung von rechtsextremer Selbstinszenierung und der Berichterstattung in den Medien untersucht. Rechtsextreme Gruppen erhalten für inszenierte Aktionen von den Medien starke Beachtung, denn der Tabubruch sorgt für Quotensteigerung. Die zeitweise intensive Thematisierung setzt zwar die Politik unter Druck, Massnahmen zu ergreifen, aber das kurzfristige Aufmerksamkeitsmanagement erschwert deren kritische Überprüfung sowie differenzierte Diskussionen. Das Projekt kam zum Schluss, dass dies auf die Dauer die politische Kultur der Schweiz schwächt.

Ein weiteres Teilprojekt fokussierte im Rahmen des Rechtspopulismus die Schweizerische Volkspartei. Die Untersuchung kam zum Schluss, dass die Partei weit weniger homogen sei, als dies oft angenommen wird. Zentrale Themen ihrer Anhänger sind zwar das Misstrauen gegenüber den Fremden und das ausgeprägte nationale

Zugehörigkeitsgefühl, aber die Beweggründe für ihr Engagement seien vielfältig und nicht mit dem offiziellen Parteikurs zu verwechseln.

Das Teilprojekt «Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik» war eine historische Untersuchung, bei der die Forschenden zum Schluss kamen, dass rechtspopulistische Parteien seit den 1960er Jahren die schweizerische Migrationspolitik prägten. Mit der Themenführerschaft auf diesem Gebiet habe die Schweizerische Volkspartei jedoch nach 1991 rechtspopulistische Splitterparteien weitgehend verdrängt.

NFP 51

Das Nationale Forschungsprogramm NFP 51 «Integration und Ausschluss» thematisiert Schlüsselfragen von Staat und Gesellschaft in der Schweiz. In den vergangenen Jahren gingen über hundert Forschende in 37 Projekten der Frage nach, wie gesellschaftliche, institutionelle, kulturelle und ökonomische Integrations- und Ausschlussmechanismen entstehen und sich durchsetzen. Sie erarbeiten wissenschaftliche Grundlagen, um den Umgang der Schweiz mit Differenz kritisch zu reflektieren, Ausschlusstendenzen frühzeitig zu erkennen, die Toleranz im Umgang mit Minderheiten zu fördern und die Integration ausgegrenzter Individuen und sozialer Gruppen zu unterstützen. Im Rahmen der Synthesearbeiten fanden im Berichtsjahr eine Reihe von Praxisveranstaltungen statt.

Eines der Teilprojekte wies nach, dass kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Lehrlingsauswahl uneinheitliche Kriterien anwenden. Das führe zur ungleichen Behandlung der Lehrlinge hinsichtlich ihrer Nationalität und ihres Geschlechts. Schulische Leistungen spielen bei der Auswahl keine primäre Rolle.

NFP 56

Das 2005 gestartete Nationale Forschungsprogramm 56 untersucht, ob die Sprachenpolitik der Schweiz den gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen ist, die auf das Land zukommen. Klar ist: Die Mehrsprachigkeit ist ein Potential, das hierzulande noch immer zu wenig ausgeschöpft wird. Das Nationale Forschungsprogramm «Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz» soll die wissenschaftlichen Grundlagen für die künftige Sprachenpolitik von Bund und Kantonen bereitstellen. Die Forschungsarbeiten sollen 2009 abgeschlossen werden.

NFP 58

Die religiöse Landschaft der Schweiz wird von zwei Tendenzen geprägt: den schwindenden kirchlichen Bindungen der schweizerischen Bevölkerung sowie dem Bedeutungszuwachs nicht-christlicher Religionen und alternativer christlicher Gemeinschaften. Beide Tendenzen stellen die überlieferte religiöse Ordnung in Frage. Damit der säkulare Staat angemessen auf diese Herausforderungen reagieren kann, hat der Schweizerische Nationalfonds im Auftrag des Bundesrates das Nationale Forschungsprogramm «Religionen in der Schweiz» (NFP 58) lanciert.

Fusion von EKA und EKF zur Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM

Mit Entscheid des Bundesrats vom 31. Januar 2007 wurde die bereits 2005 angekündigte Absicht des Departementvorstehers Bundesrat Christoph Blocher, die beiden Kommissionen EKA und EKF zu einer einzigen Kommission zusammenzulegen, beschlossene Sache. In seiner Begründung hielt der Bundesrat fest, dass die Fusion der beiden Kommissionen eine notwendige und sinnvolle Folge der bereits erfolgten Zusammenlegung der Bundesämter für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES) sowie für Flüchtlinge (BFF) zum Bundesamt für Migration (BFM) sei. Mit Blick auf eine gesamtheitliche Behandlung von Ausländer- und Asylfragen müssten auch EKA und EKF zu einer einzigen Kommission zusammengefasst werden.

Mit der Fusion der beiden Kommissionen ergibt sich nicht nur ein erweitertes thematisches Tätigkeitsfeld für die neue Kommission. Das bisherige Mandat der EKA, Gesuche um Finanzhilfen im Bereich der Integrationsförderung entgegenzunehmen und zu prüfen, wird ab dem 1. Januar dem Bundesamt für Migration übertragen. Die künftige Kommission für Migrationsfragen EKM wird lediglich noch im Bereich von Modellvorhaben von nationaler Bedeutung einen aktiven Part in der konkreten Projektarbeit übernehmen können. Sie wird ausserdem bei der Erarbeitung des Schwerpunktprogramms mitwirken und zur Integrationsförderung generell Stellung nehmen können.

Das Mandat der neuen Kommission bleibt jedoch – wie im Ausländergesetz festgehalten – breit und beinhaltet das Verfassen von Stellungnahmen, das Erarbeiten von Grundlagen und die Information der Öffentlichkeit zum gesamten Spektrum der Migrationspolitik. Nach wie vor wird die Kommission auch Kontakte mit den Akteuren der Integrations- und Migrationspolitik pflegen und die Rolle einer Vermittlerin einnehmen.

Die neue Kommission umfasst 30 Mitglieder. Vertreten sind sowohl Personen mit Migrationshintergrund (13) als auch Repräsentantinnen und Repräsentanten wichtiger Akteure in der Integrations- und Migrationspolitik der Schweiz mit speziellem Fokus auf Vertretungen der Zivilgesellschaft.

Sekretariat

Mit Beschluss zur Fusion von EKA und EKF sowie der Veränderung des Mandats der EKM vor allem im Bereich der Integrationsförderung wurde auch die personelle Ausstattung des Sekretariats der künftigen Kommission geprüft. Bundesrat Christoph Blocher billigte diesem vier Stellen zu. Die Vorstellungen der beiden Präsidenten EKA und EKF, die ein deutlich besser dotiertes Sekretariat wünschten, wurden damit enttäuscht. Künftig werden sich fünf Personen die 400 Stellenprozente teilen: eine Geschäftsführerin, drei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen mit den Schwerpunkten Information, Grundlagen & Politik sowie Modellvorhaben und eine Fachmitarbeiterin in der Administration & Dokumentation.

Das Sekretariat ist administrativ dem Bundesamt für Migration auf der Stufe des Stabs des Direktors zugeordnet.

Die politische Arbeit der EKA umfasste auch im Jahr 2007 ein breites Spektrum an Themen. Die EKA traf sich zu vier Plenarsitzungen und hielt zwei Sitzungen im Rahmen des Politischen Ausschusses ab. Um sich einen Überblick zu verschaffen, aber auch zur Vertiefung verschiedener Aspekte lud sie an ihre Sitzungen Expertinnen und Experten ein – dies in besonderem Masse zum Thema «Medien und Integration», aber auch zu den Themen Integrationsvereinbarung oder Zwangsheirat. An der September-Sitzung verabschiedete die Kommission ihre Empfehlungen zu «Integration und Medien». Noch bevor das Ausländergesetz am 1. Januar 2008 in Kraft treten würde, wollte sich die Kommission aber auch mit den Potentialen und Risiken der im Gesetz vorgesehenen Integrationsvereinbarungen auseinander setzen. An der allerletzten Sitzung im Dezember verabschiedete die Eidgenössische Ausländerkommission noch eine Stellungnahme zum Thema Zwangsheirat. Ebenfalls an der letzten Sitzung orientierte Myrtha Welti über die letzten Arbeiten der Arbeitsgruppe «Sans Papiers». Diese beendete ihre Tätigkeit ebenfalls Ende 2007.

Arbeitsschwerpunkt «Integration und Kommunikation»: Rolle der Medien

In den Jahren 2006 und 2007 hat sich die EKA im Rahmen des Arbeitsschwerpunktes mit dem Thema «Integration und Kommunikation» beschäftigt. Während 2006 die Diskurse zum Thema Integration im Vordergrund standen und Antworten auf die Frage «Welche Integration?» gesammelt und vorgestellt wurden, stand 2007 die Rolle der Medien für die Integration im Vordergrund. Aufgrund der Resultate zahlreicher Studien aus dem In-, und vor allem aus dem Ausland, sowie aufgrund verschiedener Gespräche mit Medienvertretern und Medienwissenschaftlern wählte die EKA als Grundlage für die Erarbeitung von Empfehlungen folgende Einschätzung:

Für den oder die Zugewanderte sind die Medien nicht die wichtigste Integrationsinstanz. Gespräche mit Freunden und Kolleginnen am Arbeitsplatz und mit Nachbarn sind wichtiger. Sobald die Zugewanderten mittlere bis gute Sprachkenntnisse haben, können Schweizer Medien, vor allem Fernsehen und Tageszeitungen, den persönlichen Integrationsprozess aber unterstützen.

Für die Einheimischen – also für jene, die schon immer oder schon lange hier leben – spielen die Medien eine bedeutendere Rolle. Die Medien prägen das Bild mit, dass «wir» von den Zugewanderten haben. Anhaltende negative Meldungen (z.B. über Raser, Vergewaltiger, über IV- und Sozialhilfemissbrauch oder Jugendgewalt) führen zu Stigmatisierung und helfen so mit, Vorurteile aufzubauen und zu verfestigen. Vermehrte Erfolgsmeldungen über mutige türkische Jungunternehmerinnen, über Tore schießende dunkelhäutige Fussballer oder über Klartext redende Secondo-Politikerinnen zeigen die positiven Aspekte der Migration, betonen die Normalität von Migrationsbiographien. Vor allem Personen, die wenig direkten Kontakt mit Zugewanderten haben, stützen sich bei ihrer Meinungsbildung auf mediale Inhalte.

Empfehlungen zu «Integration und Medien»

Die Empfehlungen der Eidgenössischen Ausländerkommission zu Integration und Medien betreffen vier verschiedene Bereiche:

- Wenn es um die Darstellung von Zugewanderten in den Medien geht, empfiehlt die Kommission, den Fokus in der Berichterstattung zu ändern. Es solle mehr über die Erfolge der Migration und der Migrantinnen und Migranten berichtet werden, ohne Negatives oder Fragwürdiges verschweigen zu wollen. Diskriminierende Zuschreibungen seien zu vermeiden (etwa in der Kriminalberichterstattung).
- In den Schweizer Redaktionen arbeiten verhältnismässig wenig Zugewanderte der zweiten Generation (und sehr wenige der ersten Generation). Die Anstellung von mehr Zugewanderten, bzw. die gezielte Ausbildung von jungen ausländischen Medienleuten scheint der EKA ein gutes Mittel für eine grössere Vielfalt zu sein. Zudem müssten interkulturelle Kompetenzen in der Ausbildung einen höheren Stellenwert erhalten.
- Migrantinnen und Migranten stellen ein grosses Kundensegment dar (rund 20 Prozent der Bevölkerung). Medien, welche teilweise aus Gebühren der Zuschauenden oder -hörenden finanziert sind, müssten die Wünsche und Erwartungen aller Gebühren Zahlenden besser erforschen und ihr Angebot entsprechend anpassen.
- Ein spezielles Augenmerk richtet die Kommission auf die Bedürfnisse jener Migrantinnen und Migranten, die vor kurzem in die Schweiz gekommen sind und noch keine Landessprache sprechen. Sie werden von den schweizerischen Medien praktisch nicht erreicht. Sie sind darum auf die Informationsangebote der Gemeinden und Städte angewiesen. Diese müssten angepasst und ausgebaut werden. Den Behörden auf allen Ebenen macht die EKA schliesslich den Vorschlag, bei der Aus- und Weiterbildung von Kommunikationsverantwortlichen Migrationsthemen gezielt einzubeziehen.

Die Empfehlungen zu Integration und Medien wurden an der EKA-Jahrestagung im November vorgestellt und an die verschiedenen Akteure verschickt. Die letzte grosse Tagung der EKA stand unter dem Titel «Perspektivenwechsel?» und befasste sich am Morgen mit Medienthemen. Diskutiert wurden Fragen der Medienethik oder der Integrationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Der Chefredaktor des «Bondy Blog» in Paris vermittelte einen Einblick in ein ungewöhnliches Medienprojekt, das auf Schweizer Initiative beruht.

Die Rolle der Medien für die Integration war auch Thema der Ausgabe Nr. 11 der EKA-Zeitschrift «terra cognita». Sie gibt einen Einblick in die aktuelle Medienforschung im Bereich Integration, zeigt auf, wie Zugewanderte in den Medien dargestellt werden, im Informationsbereich wie auch in der Fiktion (z.B. in der Krimi-Serie «Tatort») und geht der Frage nach, welche Medien von den Migrantinnen und Migranten genutzt werden. Angesprochen wird aber auch die Wirkung von Berichterstattung auf den Integrationsprozess. Einblicke in verschiedene kleinere und grössere Medienprojekte (vom Bondy Blog in Paris bis zu Radio X in Basel) runden das Medienbild ab.

Empfehlungen zu Integrationsvereinbarungen

Das neue Ausländergesetz (AuG) sowie die revidierte Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer (VIntA) sehen vor, dass in bestimmten

aktivitäten

Zusammenhängen so genannte Integrationsvereinbarungen abgeschlossen werden können. Es handelt sich dabei um eine Kann-Bestimmung. Es steht also den Kantonen frei, ob sie von diesem Instrument Gebrauch machen wollen oder nicht.

Die EKA hat in einer ausführlichen Stellungnahme die positiven und negativen Aspekte zum Instrument der Integrationsvereinbarung gewürdigt und Empfehlungen erarbeitet. Sie ist skeptisch, was die Durchführbarkeit und Wirksamkeit dieses Instruments angeht. Sie ist vor allem besorgt, dass die Vereinbarungen diskriminierend wirken können und eine gewisse Willkür nicht auszuschliessen ist. Zudem dürften sie nicht dazu benützt werden, den Familiennachzug einzuschränken.

Dort, wo die Integrationsvereinbarungen dennoch eingeführt werden, empfiehlt die EKA darauf zu achten, dass dies in einem günstigen integrationspolitischen Klima erfolgen kann, dass sie in ein umfassendes Konzept von Integration und den Abbau von Integrationshemmnissen eingebettet sind und dass damit vor allem ein Anreiz geschaffen wird. Als Sanktionsinstrument seien solche Vereinbarungen wenig tauglich. Die integrale Stellungnahme ist auf der Website der EKA einzusehen.

Stellungnahme und Empfehlungen zum Thema Zwangsheirat und arrangierte Ehen

Die EKA hat sich 2007 auch mit dem Thema «Zwangsheirat und arrangierte Ehen» befasst. Anlass dazu bot der vom Bundesamt für Justiz verfasste Bericht des Bundesrates «Strafbarkeit von Zwangsheiraten und arrangierten Heiraten» in Beantwortung zweier Postulate zu diesem Thema.

In ihrer Stellungnahme hielt die EKA fest, dass die freie Partnerwahl ein Menschenrecht ist. Sie spricht sich dafür aus, dass dieses Recht für alle in der Schweiz lebenden Personen Gültigkeit haben muss, selbst wenn Ehen im Ausland geschlossen werden. Erzwungene Heiraten sind zu verurteilen, und bei arrangierten Ehen ist darauf zu achten, dass den Brautleuten die Möglichkeit eingeräumt wird, «Nein» zu sagen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen. Von erzwungener oder arrangierter Heirat Bedrohte und Betroffene müssen sich professionell beraten und unterstützen lassen können. Zentral dabei ist, dass sowohl junge Menschen als auch deren Eltern über die Rechtslage in der Schweiz informiert sind. In diesem Zusammenhang schlägt die EKA vor, dass eine entsprechende Beratung in der thematischen Erweiterung bereits bestehender Angebote im Bereich Familienplanung, Gesundheitsförderung und Opferhilfe erfolgen könnte.

Weitere Stellungnahmen und Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr legte das EJPD ein Massnahmenpaket mit dem Ziel vor, in seinem Zuständigkeitsbereich gezielt und koordiniert gegen Jugendgewalt vorzugehen. Die EKA begrüsst die differenzierte Analyse der Situation. Insbesondere wurden im Bericht auch auf bestehende Wissenslücken hingewiesen. In der Öffentlichkeit wird häufig der nationale (oft auch als ethnisch oder kulturell bezeichnete) Hintergrund der Jugendlichen für begangene Delikte verantwortlich gemacht. Der Bericht des Bundesamts für Justiz kam indes zum Schluss, dass vielfältige Ursachen zu gewalttätigem Verhalten führen können. Kritisch hielt die Ausländerkommission in ihrer Stellungnahme fest, dass Prävention und Repression von Jugendgewalt in erster Linie Bereiche sind, die im Rahmen des Jugendstrafrechts (Polizei-, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden) und nicht im Rahmen des Ausländerrechts behandelt werden sollten.

Am 26. November 2006 wurde das Bundesgesetz über Familienzulagen (FamZG) in einer Abstimmung durch das Volk gutgeheissen. Die EKA wurde eingeladen, zum entsprechenden Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen. Das FamZG und die Familienzulagenverordnung regeln die Ansprüche auf und den Export von Sozialversicherungsleistungen in transnationalen Familienkontexten. Aus der Perspektive der EKA interessieren insbesondere die Fragen in Zusammenhang mit dem Export von Familienzulagen. Dabei kritisierte die EKA, dass die Verordnung für in Drittstaaten lebende Kinder die restriktivste Lösung vorschlägt, die mit den staatsvertraglichen Verpflichtungen der Schweiz vereinbar ist. Die Kommission empfahl, dass die im Rahmen der bilateralen Verträge mit der EU eingeführten Regelungen zum Referenzwert für alle in der Schweiz lebenden (erwerbstätigen und nichterwerbstätigen) Personen genommen werden, einerlei ob deren Kinder in einem EU-/EFTA-Land oder in einem Drittstaat leben.

Arbeitsgruppe Sans Papiers

Die von EKA-Mitglied Myrtha Welti geleitete Arbeitsgruppe «Sans Papiers» beendete ihre Tätigkeit per Ende 2007. Um mehr Menschen eine Chance zu geben, ihren Aufenthalt zu legalisieren, hatte die EKA anfangs 2005 in Zusammenarbeit mit der Plattform «pour une table ronde au sujet des sans-papiers» eine Arbeitsgruppe Sans Papiers gebildet, welche Dossiers zur unabhängigen Prüfung aufgrund der geltenden Härtefallbestimmungen entgegennahm.

Im Herbst 2006 wurde zusammen mit zehn Kantonen ein Pilotprojekt gestartet. Zielsetzung war es, anhand von Einzelfallbeurteilungen in den Kantonen eine möglichst einheitliche Anwendung der bestehenden Härtefallkriterien zu erreichen. Dieses Pilotprojekt musste aber bereits im Juni 2007 beendet werden, weil es in den beteiligten Kantonen an einer ausreichenden Anzahl von Personen, welche ein Gesuch auf Legalisierung ihres Aufenthaltes stellten, fehlte.

Die Arbeitsgruppe setzte jedoch ihre Arbeit als Vermittlerin zwischen Sans Papiers und den Behörden fort. Nachdem die Zurückhaltung der Sans Papiers, Anträge zur Legalisierung ihres Aufenthalts einzureichen, nicht zuletzt aufgrund der gesetzlichen Verschärfungen (Strafverfolgung für Menschen, welche Sans Papiers unterstützen; neues Gesetz gegen die Schwarzarbeit per 1.1.08) sowie wegen der zunehmend restriktiven Praxis des Bundesamts für Migration und des Bundesgerichts weiterhin angestiegen ist, hat die EKA beschlossen, die Einzelfallprüfung wie auch ihre Vermittlerrolle per Ende 2007 zu beenden.

Die Arbeitsgruppe ist insbesondere über die Situation der Kinder von Sans Papiers besorgt, die nach Ablauf der regulären Schulzeit keine Möglichkeit haben, einen Beruf zu erlernen. Die Arbeitsgruppe hat deshalb den Wunsch geäussert, dass sich die neue Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen dieser Thematik annehme.

Vernetzung

Im Rahmen des offiziellen Besuchs des Persönlichen Vertreters des OSZE-Vorsitzes gegen Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen, Botschafter Ömür Orhun, empfing die EKA gemeinsam mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus Vertreterinnen und Vertreter muslimischer Vereinigungen der Schweiz. Gegenstand der Diskussion war die Einschätzung der Situation der Muslime in der Schweiz und die Frage, welche Massnahmen zu treffen seien, um die in der Öffentlichkeit oft thematisierte

aktivitäten

«Angst vor Muslimen» zu entschärfen. Das Treffen erwies sich als ein sehr fruchtbarer und anregender Dialog.

Präsidium und Sekretariat der EKA folgten auch 2007 zahlreichen Einladungen für Podiumsgespräche, Referate und die aktive Mitarbeit in Arbeitsgruppen und ständigen Gremien. Dadurch konnten die vielfältigen Kontakte zu verschiedensten Partnern und Trägerschaften weiter unterhalten werden. In ständigem Austausch steht die EKA mit dem Bundesamt für Migration. Vielfältige Kontakte gab es zu weiteren Stellen in der Bundesverwaltung, etwa im Rahmen des Interdepartementalen Ausschusses Integration oder punktuell zu spezifischen Fragestellungen.

Einen regelmässigen, institutionalisierten Erfahrungsaustausch gab es mit der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen EKF und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR. Die Zusammenarbeit mit den beiden andern Kommissionen fand in der bisherigen Form an deren letzten Koordinationstreffen im November ein Ende, da die beiden Kommissionen EKA und EKF fusioniert werden. Die neue Kommission für Migrationsfragen wird den Kontakt mit der EKR und andern Kommissionen weiterhin pflegen.

Ein fester Bestandteil des Jahresprogramms war auch das Treffen mit den kommunalen und kantonalen Ausländerkommissionen, bzw. Kommissionen für Integration (mehr dazu im Abschnitt Veranstaltungen). Wichtige Gesprächspartner sind ferner die Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten, die Fachstellen für Integration, die Vereinigung der kantonalen Migrationsämter und die Tripartite Agglomerationskonferenz. Der Dialog mit den Ausländerorganisationen erfolgte in erster Linie über das FIMM, das Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten. Er ergänzt die vielfältigen Kontakte zu den Organisationen und Vereinen, über welche das Sekretariat der Kommission im Rahmen des Integrationsförderungskredits die Zusammenarbeit pflegte.

Integrationsförderung

Projekte 2007

Das Jahr 2007 war das letzte Programmjahr des Schwerpunkteprogramms 2004 bis 2007. Auf der einen Seite stand der ordentliche Vollzug des letzten Jahres im Mittelpunkt und auf der anderen Seite sehr intensive Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des neuen Programms, das ab 2008 für vier Jahre in Kraft sein wird. Einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeiten hatte auch die Tatsache, dass 2008 das Bundesamt für Migration den Vollzug des neuen Programms übernimmt. So war 2007 für die Kommission und das Team Integrationsförderung des EKA-Sekretariats auch ein Jahr des Abschied Nehmens: ein Abschied von der Verantwortung für die Umsetzung der Integrationsförderung auf Bundesebene.

Bis im Herbst 2007 hat der Projektausschuss der Kommission an 4 Sitzungen zu 740 Gesuchen Stellung genommen. Insgesamt wurden 598 Gesuche mit einem Beitrag gefördert und der Kredit von 14 Millionen Franken konnte voll ausgeschöpft werden. Für den Schwerpunkt A (Verständigung fördern) wurden rund 5 Mio. für 101 Projekte verwendet, im Schwerpunkt B (Institutionen öffnen) betrug die Unterstützung 0,62 Mio. für 24 Projekte, im Schwerpunkt C (Zusammenleben erleichtern) konnten 405 Projekte mit 2,57 Mio. unterstützt werden. Es wurden 22 Kompetenzzentren (Schwerpunkt D1) und 17 Vermittlungsstellen (Schwerpunkt D2) mit 3,72

Mio. mitfinanziert und für Schwerpunkt E (Innovation und Qualitätssicherung) betrug die Förderung für 28 Vorhaben 1,07 Mio Franken. Der durchschnittliche Bundesbeitrag liegt bei Fr. 23'372.-. Dabei variieren die Beiträge pro Projekt und Schwerpunkt erheblich. Insgesamt wurden 17,374 Mio. beantragt. Die Gesamtsumme der bewilligten Projekte liegt bei Fr. 12,97 Mio.

Aufgrund der ausserordentlichen Situation des doppelten Umbruchs hat die Kommission entschieden, per Mitte 2007 nicht mehr auf neue Gesuche in den Schwerpunkten B und E einzutreten (für die Schwerpunkte C und A gab es sowieso fixe Eingabetermine). Nur so konnte ein guter Abschluss des Programms gewährleistet werden. Insgesamt reduzierte sich die Zahl der zu bearbeitenden Gesuche deshalb gegenüber dem Vorjahr leicht, blieb aber auf einem sehr hohen Niveau.

An Arbeit hat es dem IF-Team jedenfalls nicht gemangelt. Im Rahmen des Fusionsprojektes EKA/EKF hat ein Teil des EKA-Sekretariats nebst den ordentlichen Aufgaben sehr intensiv den Vollzug 2008 des Programms mit vorbereitet und sein Know-how einfließen lassen. Die Zusammenarbeit mit dem BFM und deren Sektion Integration war sehr eng und hat ebenfalls viele Ressourcen gebunden. Ein Teil der Mitarbeitenden des IF-Teams arbeitet ab 2008 in der Sektion Integration. Sie werden aufgrund der neuen Vollzugsordnung die Umsetzung des neuen Programms an die Hand nehmen.

Das Team Integrationsförderung wie auch der Projektausschuss der EKA haben sich per Ende 2007 aufgelöst. Damit geht ein spannendes und reiches Kapitel der Integrationsförderung zu Ende.

Evaluation Schwerpunkteprogramm 2004 bis 2007

Das Programm der letzten vier Jahre wird evaluiert. Es wurden drei Teilevaluationen in Auftrag gegeben. Im Februar 2007 wurde der definitive Bericht über das Programmkonzept und dessen Vollzug abgeschlossen. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen sollten Hinweise für das neue Schwerpunkteprogramm und dessen Vollzug liefern. Die Resultate der beiden Teilevaluationen zu den Wirkungen und Leistungen des Schwerpunktes A und der Schwerpunkte B bis E liegen Anfang 2008 vor. In einem Synthesebericht werden die Resultate und Erkenntnisse der drei Teilevaluationen zusammengefasst und im Herbst 2008 von der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen für ein breites Publikum im Rahmen einer Publikation zugänglich gemacht. Im Jahr 2007 ging es insbesondere darum, die laufenden Arbeiten zu begleiten.

Neues Schwerpunkteprogramm und Systemwechsel

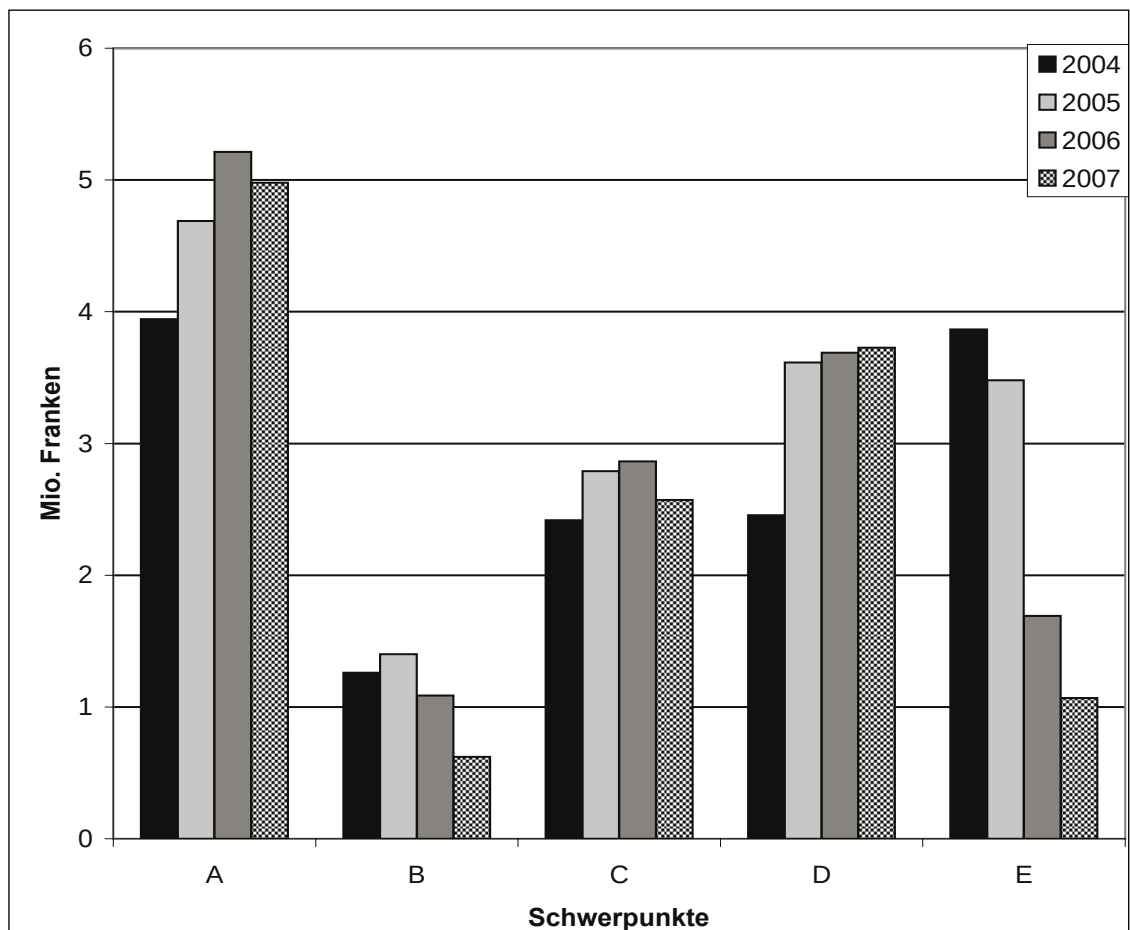
Anfang 2007 hat das BFM dem Vorsteher des EJPD ein neues Schwerpunkteprogramm unterbreitet, das von der Kommission erarbeitet worden war. Dieses Programm enthielt ursprünglich 4 Schwerpunkte: Sprache und Bildung, Soziale Integration im Wohngebiet, Kompetenzzentren, Entwicklung der Integrationspraxis und der Qualität. Dieses Programm wurde vom Departementsvorsteher mit der Auflage zurückgewiesen, eine stärkere Gewichtung auf Sprache und Bildung zu legen und das Programm auf 3 Schwerpunkte zu reduzieren. Aufgrund dieser Vorgabe hat das Bundesamt das Programm entsprechend angepasst. Die drei Schwerpunkte umfassen Sprache und Bildung, Fachstellen Integration und Modellvorhaben.

aktivitäten

Der Schwerpunkt Sprache und Bildung geht in die Kompetenz der Kantone über. Sie erhalten aufgrund eines mehrjährigen, auf den Bedarf ausgerichteten Programmkonzepts einen Leistungsauftrag. Um für die Entwicklung des Konzeptes genügend Zeit einzuräumen, wurde für das Jahr 2008 ein Übergangsjahr geschaffen, in welchem nur ein Teil der für diesen Schwerpunkt reservierten Finanzmittel den Kantonen zur Verfügung steht. Damit werden Initiativen und Projekte im Bereich Sprache und Kommunikation gefördert. Sprachkurse, die bisher im SP A mitfinanziert wurden, haben die Möglichkeit, ihr Projekt bis Ende 2008 zu verlängern.

Die Fachstellen Integration umfassen die regionalen Kompetenzzentren (Ausländerdienste) und die Vermittlungsstellen von interkulturellen Übersetzerinnen und Übersetzern. Mit Leistungsverträgen werden diese Strukturen auch in den nächsten Jahren mitunterstützt. Es ist jedoch vorgesehen, diese strukturelle Förderung nach 2011 vom Integrationsförderungskredit abzulösen.

Die Modellvorhaben zielen darauf ab, Anreize zur Entwicklung der Integrationspraxis zu geben, den Austausch zu fördern und zur Verbreitung guter Beispiele von Integrationsmassnahmen beizutragen. Als Modellvorhaben werden Massnahmen bezeichnet, die Innovationscharakter haben, die übertragbar und kommunizierbar sind, eine langfristige Wirkung versprechen, eine Ergänzung der Regelstruktur darstellen und zur Integration der Migrationsbevölkerung mit einer längerfristigen Aufenthaltsperspektive beitragen. Sowohl die neue Kommission als auch das BFM fördern bzw. initiieren Modellvorhaben. Durch einen regelmässigen Austausch zwischen EKM und BFM werden Koordination, Absprache und Information gewährleistet.



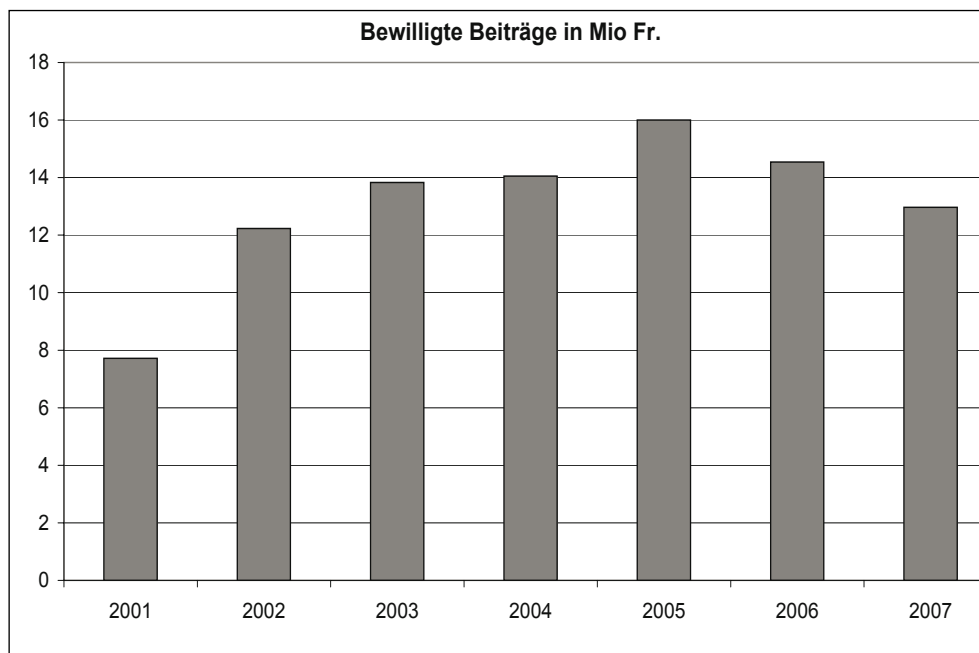
Sieben Jahre Integrationsförderung

von Walter Schmid, Vizepräsident EKA

Das Jahr 2000 brachte für die Integrationsförderung einen Durchbruch. Erstmals anerkannte der Bund damals seine Mitverantwortung für die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in die hiesige Gesellschaft und stellte finanzielle Mittel für diese Aufgabe zur Verfügung. Davor beschränkte sich die Rolle des Bundes auf die Förderung günstiger Rahmenvoraussetzungen und die Integrationsförderung für anerkannte Flüchtlinge, die ihm gemäss Asylgesetz aufgetragen war. Ein von der Eidgenössischen Ausländerkommission während vielen Jahren geforderter Integrationsartikel hatte kurz davor Aufnahme ins damalige Gesetz gefunden.

Aus dem einen Artikel ist inzwischen ein ganzes Kapitel im neuen Ausländergesetz geworden; der Auftrag des Bundes ist nicht mehr bestritten. Für die strukturelle Integration weit bedeutender als die im Ausländergesetz verankerte Integrationsförderung ist jedoch das Engagement der Kantone, Städte und Gemeinden. Sie sind es, die in vielfältiger Weise im Erziehungs- und Bildungswesen, in Kultur und Freizeit, mit sozialstaatlichen Instrumenten und Sozialdiensten Integrationsarbeit leisten. Dies geschieht über die so genannten Regelstrukturen, also mittels Angeboten, die der ganzen Bevölkerung zugänglich sind, aber auch durch Spezialdienste für Zugewanderte.

Staatliche Integrationsförderung ist nur das Eine, denn Integration als gesellschaftlicher Prozess geschieht in erster Linie jenseits der staatlichen Interventionen, nämlich dort, wo Zugewanderte und Einheimische in Kontakt kommen, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum, in privaten Gruppen und Sportvereinen, in der Nachbarschaft und in persönlichen zwischenmenschlichen Begegnungen. Hier wird auch besonders spürbar, was Integration bedeutet, nämlich einen gegenseitigen Prozess. Während sich staatliche Interventionen in der Regel an eine ausländische Zielgruppe wenden, ist bei Interaktionen im nichtstaatlichen Bereich eher erfahrbar, dass sich auch die schweizerische Gesellschaft unter dem Einfluss der Zuwanderung stark verändert. Der gesellschaftliche Wandel der letzten Jahrzehnte war in starkem Masse von ausländischen Einflüssen geprägt.

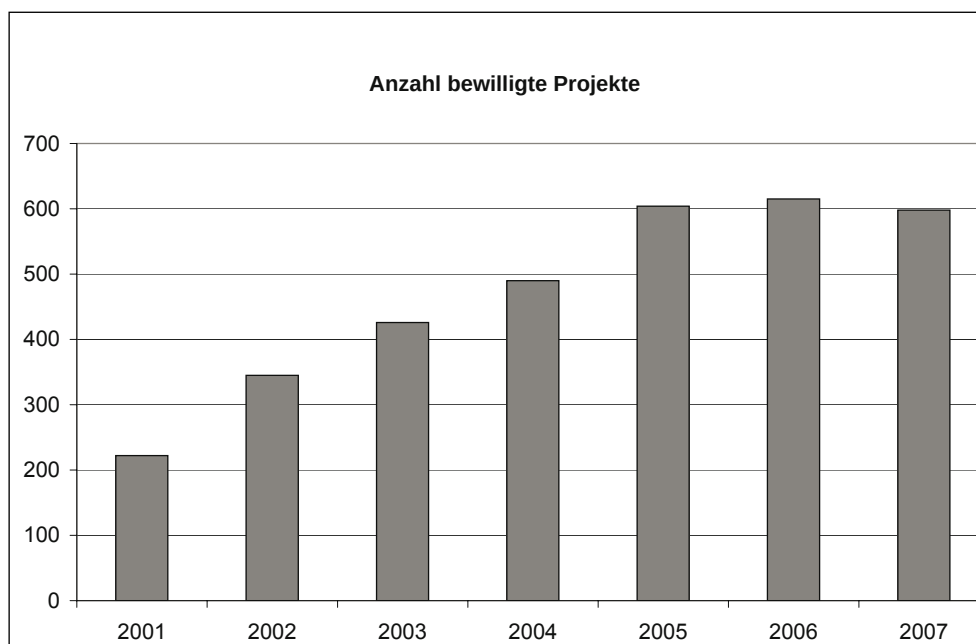


aktivitäten

In diesem Kräftefeld zwischen nationalstaatlicher und lokaler Integrationsförderung einerseits und den gesellschaftlichen Interaktionen und Integrationsprozessen andererseits bewegte sich die Eidgenössische Ausländerkommission mit ihren Aktivitäten und dem spezifischen Programm zur Integrationsförderung, welches sie im Auftrag des EJPD in den Jahren 2000 bis 2007 konzipiert, umgesetzt und evaluiert hat. Gerade diese Programme erlaubten es, einen Ideen- und Erfahrungsschatz zusammenzutragen, der weit über die Programme hinausreicht. Regelmässig hat die Eidgenössische Ausländerkommission ihre Projektarbeit evaluiert und Rechenschaft abgelegt.

Die wichtigste Erkenntnis dabei war vielleicht folgende: In unserem Land klaffen der politische Diskurs über Integration und die Integrationsrealität weit auseinander. In der politischen Debatte über Ausländer, Asylsuchende und Einbürgerung könnte man den Eindruck gewinnen, das Land stehe am Abgrund. Probleme und Negativschlagzeilen beherrschen die Schlagzeilen. Polarisierung und ideologische Positionen beherrschen den Diskurs. Links und Rechts schienen sich im «Ernstnehmen der Lage» übertrumpfen zu wollen und sehen die Integrationspolitik gescheitert. Neuanfänge werden gefordert. Analysiert man die Argumente, so sind es fast die genau gleichen wie in den zehn, zwanzig und dreissig Jahren davor. Das politische Personal ist inzwischen mehrfach ausgewechselt, doch die nachfolgenden Politikergenerationen führen im Wesentlichen denselben sterilen politischen Diskurs wie die vorigen.

Dem gegenüber steht die Wirklichkeit eines prosperierenden Landes mit einem grossen ausländischen Bevölkerungsanteil, ohne dessen Präsenz weder Spitäler, noch Versicherungen, weder Restaurants noch Industriebetriebe, weder Grossverteiler noch Verkehrsbetriebe funktionieren würden. Wie kaum einem Land ist es der Schweiz bisher gelungen, Zugewanderte aus verschiedensten Weltgegenden zu integrieren. Sicher nicht ohne Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen, aber im Wesentlichen doch erfolgreich. Für viele von Spannungen und regelmässigen Gewaltausbrüchen gezeichnete Gesellschaften gilt die schweizerische pragmatische Integrationspolitik fast schon als vorbildlich. Nicht wenige innovative Ansätze in der Integrationsarbeit liessen sich hier entwickeln, so zum Beispiel die niederschwellige Sprachförderung oder die Ausbildung von Kulturvermittlern. So gehört es denn fast schon zu den Rätseln der schweizerischen politischen Kultur, weshalb sie diese Erfolge nicht wahrhaben will, weshalb



nicht ein bisschen Stolz mitschwingen darf ob dieser Leistung, die eine Leistung aller ist, der Zugewanderten und der Einheimischen.

Clichés und Stereotypen machen nicht selten blind und erschweren es, den Wandel der Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Nur sehr zögerlich gewinnt die für die Integrationspolitik bedeutende Erkenntnis an Boden, dass zum Beispiel der Anteil der hoch qualifizierten Zuwanderer in den letzten Jahren merklich gestiegen ist. Nicht mehr die soziale Unterschichtung, sondern die zunehmende Überschichtung der einheimischen Bevölkerung wird zum Problem. Nicht mehr nur Arbeiter spüren auf dem Arbeitsmarkt die Konkurrenz, sondern mehr und mehr auch die Akademikerinnen. Die Diskussion um Berufungen deutscher Professorinnen und Professoren ist ein Spiegel dieser Entwicklung.

Auch der Anteil der Zuwanderer aus der Europäischen Union hat sich erhöht, seit die Freizügigkeitsabkommen in Kraft sind. Neben dem Zuzug vermehrt qualifizierter Zuwanderung war auch dies ein erklärtes Ziel der schweizerischen Migrationspolitik. Die Deutschen sind inzwischen im Kanton Zürich zur grössten Gruppe der Einwanderer aufgestiegen. Nun aber zeigt sich, dass die Europäische Union ein sehr dynamisches Gebilde ist, das sich erweitert. In einigen Jahren könnten gar jene Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, denen wir heute noch mit grosser Skepsis begegnen, einen europäischen Pass haben.

Die Zunahme der Hochqualifizierten und die Europäisierung der Zuwanderung verbunden mit wirtschaftlichem Aufschwung prägten das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Die Akzeptanz der Zugewanderten im Alltag stieg. Doch es bleiben Schattenseiten: Der öffentliche Diskurs bewegt sich in ausgetretenen Pfaden der Symbolpolitik: Ausschaffungs- und Minarettinitiativen sowie die Kopftuchfrage bewegen die Gemüter. Noch immer gibt es sehr viele Zugewanderte dunkler Hautfarbe oder mit slawischen Namen, die im Alltag unter Diskriminierung leiden - mehr als uns bewusst ist. Ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven bleiben schlecht. Oft auch jene der zweiten Generation. Misslungene Integration indes zeitigt Hass und Frustrationen.

Erfolgreiche Integrationsarbeit bedarf in Zukunft dreierlei:

- Klare Regeln erleichtern die Orientierung. Sie zu benennen und einzufordern ist Teil erfolgreicher Integrationsarbeit.
- Integrationshemmnisse, welche den Zugang zu Ausbildung und Arbeit und zu einem gesicherten Status erschweren, müssen konsequent bekämpft werden. Chancengleichheit und der Kampf gegen Diskriminierung müssen mehr als Schlagwörter sein.
- Gezielte Förderung von Integrationsprozessen, wo Defizite bestehen.

Letzteres hat die Eidgenössische Ausländerkommission in den letzten sieben Jahren mit ihren Programmen getan. Die ihr dabei eingeräumte Handlungsfreiheit hat wesentlich dazu beigetragen, dass sie gemeinsam mit staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, gemeinsam auch mit engagierten Ausländerinnen und Ausländern, mit sehr bescheidenen Mitteln eine grosse Wirkung erzielen konnte. Integrationsprozesse sind Lernprozesse. Viele Menschen in diesem Land haben dank dieser Programme viel gelernt.

aktivitäten

Veranstaltungen

Letzte Jahrestagung der EKA

Die lange Reihe der Jahrestagungen der EKA fand am 29. November 2007 ihren Abschluss. Migrations- und Integrationsfachleute und weitere Interessierte trafen sich im Auditorium des Paul Klee Zentrums in Bern und hörten sich verschiedene Beiträge zum Thema Perspektivenwechsel an. Der Morgen hatte – als Abschluss des Themenschwerpunkts – die «Medien im Fokus»: EKA-Präsident Francis Matthey führte ins Thema Integration und Kommunikation ein und stellte die von der Kommission erarbeiteten Empfehlungen vor. Der Medienethiker Philipp Cueni gab einen Überblick zum Thema Ethik und Journalismus. TV-Direktorin Ingrid Deltenre legte dar, wie das öffentlich-rechtliche Fernsehen seinen Integrationsauftrag wahrnimmt. Chefredaktor Nordine Nabili stellte das interessante Medienprojekt Bondy Blog vor, das 2005 von der Schweizer Zeitschrift L'Hebdo in Paris gegründet worden war. Interessante Einblicke in die Arbeit des interkulturellen Radios gab Reto Friedmann, Leiter von «klipp & klang radiokurse». An ihrer letzten Jahrestagung wollte die EKA aber auch eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft bauen. Die drei letzten Präsidenten, bzw. Präsidentinnen der Kommission waren eingeladen, am Nachmittag Visionen im Bereich der Integration zu diskutieren. So diskutieren Fulvio Caccia, Francis Matthey und Christof Meier (für die verhinderte Rosemarie Simmen) mit den Gästen Etienne Piguet, Serpil Sahin, Rudolf Stämpfli und Emirjeta Tashi sowie dem Publikum. Die vier Gäste hatten zuvor ihre jeweils spezifische Vision einer künftigen Integrationspolitik präsentiert.



Wohin zielt die Diskussion über Migration? Wie entwickelt sich die Integrationspolitik? Lebhaftes Podiumsdiskussion an der letzten Jahrestagung der EKA.

aktivitäten



*Sie referierten an der letzten Jahrestagung der EKA:
Ingrid Deltenre, Philipp Cueni, Nordine Nabili und
Francis Matthey (im Uhrzeigersinn).*

aktivitäten

Treffen mit den kantonalen und kommunalen Integrations- und Ausländerkommissionen

Am 21. Juni 2007 fand im TRAFO in Baden das 4. nationale Treffen der kommunalen und kantonalen Ausländerkommissionen und Kommissionen für Integration zum Thema «Mitreden und mitgestalten: Kommissionen übernehmen Verantwortung» statt. An der Tagung wurden eine Studie zu den Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in den verschiedenen Schweizer Kantonen vorgelegt und die Resultate einer Umfrage bei den kommunalen Ausländer- und Integrationskommissionen präsentiert. Diese Grundlagen waren zuvor im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Instituts für Sozialanthropologie der Universität Bern erarbeitet worden und sind auf der Website der EKA verfügbar.

Nach den anregenden Ausführungen waren die Teilnehmenden an der Reihe. Im Rahmen ihrer Arbeit unterstützen sie Verwaltung und Politik, bringen ihre Sichtweise in vielfältiger Weise ein und tragen zum einvernehmlichen Zusammenleben der Bevölkerung bei. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob sie ihr Potential auch wirklich ausschöpfen. Dieser Frage gingen die Teilnehmenden mit Hilfe der Open Space Methode – einer Methode, in welcher die Teilnehmenden selbstorganisiert und selbstverantwortlich arbeiten – auf den Grund. Als Spezialistinnen und Spezialisten der Praxis bestimmten sie die Themen, die ihnen unter den Nägeln brannten. Sie diskutierten, argumentierten und planten konkrete Umsetzungsschritte. Dieser umfassende Erfahrungs- und Wissensaustausch gab ihnen für ihre Kommissionsarbeit Werkzeuge in die Hand, um ihrem Auftrag noch besser gerecht zu werden und in ihrer Umgebung noch wirkungsvoller handeln zu können.



Anregende Ateliorgespräche am Treffen der Kommissionen in Baden.

Theorie und Praxis im Bürgerrecht

Die EKA engagiert sich seit vielen Jahren im Bereich der Einbürgerung. 2007 stand dazu eine Tagung auf dem Programm stand, die in zweierlei Hinsicht ein Novum war: Erstmals kam es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Schweizerischen Nationalfonds und der Eidgenössischen Ausländerkommission, und erstmals wurden alle kantonalen und kommunalen Einbürgerungsverantwortlichen zu einer speziell für sie organisierten Veranstaltung eingeladen.

Anlässlich dieser Veranstaltung, welche am 23. Mai 2007 stattfand, präsentierten Forschende der Nationalfondsprojekte 51 und 40+ Resultate aus der Forschung im Bereich des Bürgerrechts. In einem ersten Teil der Veranstaltung stand die historische Analyse der Aufnahme- und Ausschlusskriterien des Schweizer Bürgerrechts von 1874 bis zur Gegenwart im Zentrum. Es folgte eine politologische Studie, welche die Einbürgerungspraxis der Schweizer Gemeinden verglich. In einem dritten Teil standen verschiedene Konzeptionen von Bürgerschaft zur Diskussion. Ein internationaler Vergleich verwies auf Modelle, welche Migrantinnen zu mobilisieren vermögen und auf solche, die sie davon abhalten, mitzureden und gesellschaftliche Prozesse mitzugestalten. Anschliessend wurde darüber diskutiert, wer Schweizerin bzw. Schweizer werden darf, wer die Aufnahme- und Ausschlusskriterien definiert und was das Schweizersein ausmacht. Abschliessende Antworten gab es keine. Der Austausch führte zur ernüchternden Erkenntnis, dass die Stimme der Zugewanderten in der schweizerischen Öffentlichkeit zu wenig präsent ist.

Schweizer Integrationspreis 07

2007 wurde zum zweiten Mal der Schweizer Integrationspreis ausgeschrieben. Es gingen 130 Bewerbungen ein. Die Jury (Achille Casanova, Präsident, alt Vizebundeschkanzler; Andrea Patricia Ayllon, Übersetzerin, Lausanne; Brigitte Hauser, Bundesamt für Migration; Carolina Müller-Möhl, Politologin und Unternehmerin, Zürich; Etienne Piguet, Professor am Geografischen Institut der Uni Neuenburg; Yusuf Yesilöz, Filmemacher und Journalist) zeichnete schliesslich drei Projekte aus drei unterschiedlichen Bereichen aus: Crescenda, ein Gründerzentrum für Migrantinnen in Basel; Spielgruppe-plus, ein Bildungsprojekt für Vorschulkinder im Kanton Zürich, und Teamplay, eine Weiterbildung für Fussballtrainer. Sie erhielten je 10'000 Franken. Die Auswahl der Gewinnerprojekte sei der Jury auch diesmal nicht leicht gefallen, meinte Jury-Präsident Achille Casanova an der feierlichen Preisverleihung vom 10. November im Landhaus Solothurn. Sie bedaure auch, dass nur Projekte aus der Deutschschweiz ausgezeichnet würden, und hofft, dass sich bei einer nächsten Ausschreibung vermehrt auch welsche und Tessiner Organisationen bewerben werden. Die grosse Mehrheit der 130 Bewerbungen stammte nämlich aus der Deutschschweiz, lediglich 17 Kandidaturen kamen aus der Romandie und 5 aus dem Tessin. Ob der Schweizer Integrationspreis, der aus dem Integrationskredit des Bundes finanziert wird, nochmals ausgeschrieben wird, ist ungewiss.

aktivitäten

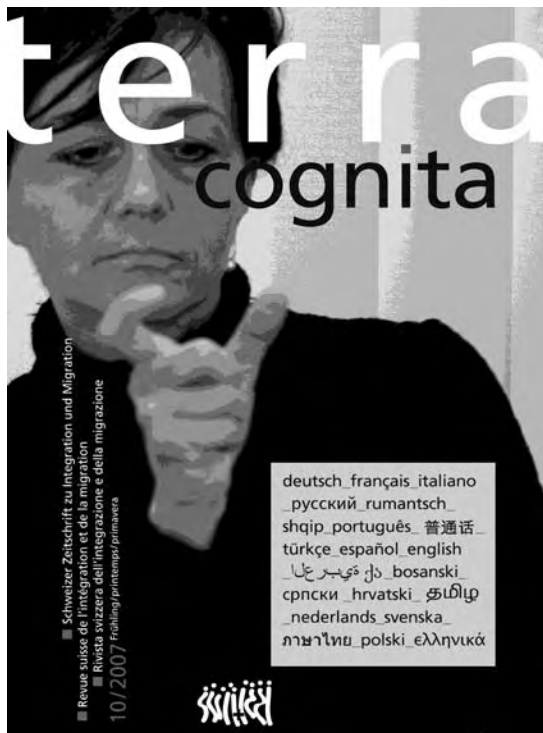


Vor der festlichen Kulisse des Landhaussaals in Solothurn wurden drei Organisationen mit dem Schweizer Integrationspreis 07 ausgezeichnet.

Publikationen und Medienarbeit

terra cognita

2007 erschienen planmässig die Nummern 10 und 11 der von der EKA herausgegebenen Zeitschrift «terra cognita», der Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration. Die Frühjahrs-Ausgabe war dem Thema Sprachen gewidmet, die Herbst-Ausgabe dem Schwerpunktthema «Integration und Medien».



Ist die Sprache wirklich der Schlüssel zur Integration? Wie wichtig ist es tatsächlich, die Sprache des neuen Arbeits- und Wohnorts zu beherrschen? Wie kann man jene unterstützen, die sich mit dem Sprachenlernen schwer tun? Und wie stark erschweren die vielen Dialekte eigentlich die Kommunikation in der Deutschschweiz? Diese und weitere Fragen zum Thema Sprache werden in «terra cognita» Nr. 10 behandelt. Wer in die Sprachenwelt der Schweiz als Migrantin oder Migrant eintaucht, macht die Feststellung, dass das Verständigen in einer neuen Sprache ein komplexer Vorgang ist, der sich nicht auf das Aneignen von Sprachkenntnissen reduzieren lässt. Davon berichten einige Zugewanderte aus eigener Erfahrung. Die literarischen Beiträge von Francesco Micieli und Agota Kristof greifen Strategien auf, wie man sich in einem neuen Umfeld bewegen kann. Franz Hohler nimmt die Perspektive der Sprache selbst ein und zeigt auf, wie flexibel sie ist, mit Einflüssen von aussen umzugehen.



In mehreren Artikeln werden aktuelle Forschungen zum Thema Sprache vorgestellt. Dazu gehört das Nationale Forschungsprojekt NFP 56 zu Sprachenvielfalt und Sprachkompetenzen, aber auch Erkenntnisse zu Diglossie, dem Spagat zwischen Dialekt und Schriftsprache, oder zum Code-Switching, dem spontanen Wechseln von einer zur anderen Sprache, dem man vor allem bei Jugendlichen der zweiten Generation beobachten kann. Verschiedene Texte beleuchten die spezifischen Sprachprobleme im Gesundheitswesen, im Sozialhilfebereich oder im heimatkundlichen Unterricht. Dabei wird klar, dass es nicht genügt, den Migrantinnen und Migranten Sprachunterricht zu verordnen, sondern dass je nach Situation Übersetzungshilfe angezeigt ist. Schliesslich zeigt Hartmut Fähndrich auf, dass «politisch korrektes Sprechen» über Integration gelegentlich ungewollt eigenartige Stilblüten produziert, etwa bei der Neuschöpfung des Begriffs der «Muslima». Sprache ist mitnichten nur ein Problem für Zugewanderte.

aktivitäten

Welche Rolle spielen die Medien für die Integration? Dies ist die Hauptfrage der Nummer 11 von «terra cognita». Verschiedene aktuelle Forschungsprojekte zeigen, dass die Darstellung von Migrantinnen und Migranten in den Schweizer Medien eher stereotyp und tendenziell negativ ist. Dies gilt nicht nur für den Informationsbereich, sondern auch für die Unterhaltung, wie eine Untersuchung über die Krimi-Serie «Tatort» zeigt. Eine Reihe von Beiträgen geht der Frage nach, welche Medien Zugewanderte selber nutzen. Ist der Parabol-Wald Zeichen eines Medienghetto? Nicht unbedingt, wie mehrere Untersuchungen belegen. Die meisten Migrantinnen und Migranten stellen sich ihr Medien-Menü nach spezifischen Bedürfnissen zusammen und berücksichtigen dabei sowohl Sender aus dem Herkunftsland wie auch einheimische Kanäle. Ein Medienunternehmen, das die Zugewanderten als wichtiges Kundensegment betrachtet, ist der Westdeutsche Rundfunk. Der WDR-Integrationsbeauftragte gibt Einblick in seine Tätigkeit. Mit seinem «Bondy Blog» über die Pariser Banlieues schreibt die Westschweizer Zeitschrift «L'Hebdo» Mediengeschichte. Es ist tatsächlich aussergewöhnlich, was die Redaktoren aus der Schweiz im Pariser Vorort Bondy zusammen mit den Quartierbewohnern erreicht haben. Einblicke in interessante Beispiele und Projekte runden das Bild ab: beispielsweise die Beilage der «La Repubblica», die sich jeden zweiten Sonntag an die Zugewanderten in Italien richtet, oder Radio X in Basel, das lokale News für alle verständlich bieten will, oder die ungarischsprachigen «Schweizerisch-Ungarischen Nachrichten», eine Gemeinschaftsproduktion aller Zürcher Zeitungsverlage in den fünfziger Jahren.

Empfehlungen «Integration und Medien»

In vier Bereichen hat die EKA Empfehlungen zuhanden von Medienschaffenden, Medienunternehmen, Behörden, aber auch Migrantinnen und Migranten erarbeitet (siehe weiter oben). Diese Empfehlungen wurden in Form einer kleinen, dreisprachigen Broschüre (deutsch, französisch, italienisch) veröffentlicht. Sie können, wie alle Publikationen der EKA, im Sekretariat bestellt werden und sind gratis.

Neue Themenseiten

Die Website der EKA (www.eka-cfe.ch) erfuhr 2007 vor allem im Bereich der Themenseiten einen Ausbau. Zu den Themen Integration und Bürgerrecht wurde umfangreiches Material zusammengestellt und aufbereitet. Ab 2008 sind auch die ausserparlamentarischen Kommission dem Corporate Design des Bundes unterworfen. Die Website der neuen Kommission für Migrationsfragen wird inhaltlich auf der Website der EKA aufbauen, muss jedoch im bekannten «Web-Look» der Bundesverwaltung gestaltet werden.

Auf der Basis der Bestandesaufnahme zu «Politische Partizipationsmöglichkeiten» des Instituts für Sozialanthropologie der Universität Bern, hat die EKA eine Übersicht über die strukturelle Partizipation in den Kantonen zusammengestellt. Sie trägt den Titel «Mitreden und Mitgestalten» und ist auf der Website unter dem Thema Partizipation zu finden. Sie gibt Auskunft darüber, wo Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz an die Urne dürfen. Oder: Wo gibt es eine



Stadtpräsidentin, die keinen Schweizer Pass vorzuweisen hat? Welche Kantonspolizei beschäftigt Ausländerinnen? Welches Richteramt verlangt nicht das Schweizer Bürgerrecht? Welcher Kanton verfügt über ein Integrationsgesetz, welcher über ein Leitbild zur Integration? Wie können Ausländer-Organisationen bei Vernehmlassungen mitwirken?

Medienarbeit

An der Jahresmedienkonferenz der EKA im Februar galt das Hauptinteresse der Zusammenlegung der EKA mit der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen und der neuen Aufgabenteilung BFM-EKA im Bereich Integrationsförderung. Dabei betonte die EKA auch die Notwendigkeit, die Mittel für die Integrationsförderung auf Bundesebene aufzustocken. Die 14 Millionen Franken, welche für entsprechende Projekte im Berichtsjahr zur Verfügung standen, reichten nicht aus.

An der zweiten Medienkonferenz im September äusserte die Kommission ihre Skepsis gegenüber den Integrationsvereinbarungen. Sie ist vor allem besorgt, dass die Vereinbarungen diskriminierend wirken können und eine gewisse Willkür nicht auszuschliessen sei. Weiter wurde das fremdenfeindliche Klima im Wahlkampf angesprochen (v.a. aufgrund der Schäfchen-Plakate). Der EKA-Präsident zeigte sich besorgt, dass mit solchen Kampagnen das Bild einer toleranten Schweiz gefährdet werde.

In verschiedenen Medienmitteilungen wurden Positionsbezüge der Kommission bekannt gemacht: das einstimmige Nein zur Ausschaffungsinitiative der SVP und zur Initiative gegen den Bau von Minaretten oder die Empfehlungen zu Zwangsheirat und arrangierten Ehen. Weitere Themen betrafen das Ende der Arbeitsgruppe Sans Papiers und die bereits mehrfach erwähnten Empfehlungen zu «Integration und Medien». Gemeinsam mit dem Nationalfonds wurde über die Tagung zum Bürgerrecht berichtet. Und schliesslich wurde über die Lancierung und die Verleihung des Schweizer Integrationspreises 07 informiert.

rückblick

37 Jahre EKA – Chronik einer Kommission

von Pascale Steiner

Seit dem 31. Dezember 2007 gibt keine Eidgenössische Ausländerkommission mehr. 37 Jahre lang hat sie die Ausländerpolitik des Landes mitgestaltet. Gründung und Weiterentwicklung dieser Institution sind eng verknüpft mit den ausländerpolitischen Debatten, die in der Schweiz im Laufe der Jahre geführt worden sind. Die so genannte Ausländerpolitik entfaltete sich im Spannungsfeld wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Interessen, zwischen regulativem Anspruch und humanitärer Rechtfertigung. Bei der Ausgestaltung der schweizerischen Migrationspolitik galt es, neben nationalen und regionalen Anliegen auch inter- und supranationale Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Die EKA, die von Beginn weg über ein breites Mandat verfügte und sich mit verschiedensten Aspekten der Migration beschäftigte, konzentrierte ihre Aktivitäten im Laufe der Zeit zunehmend auf «das einvernehmliche Zusammenleben zwischen der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung». Unermüdlich wirkte sie darauf hin, dass die Integration zum staatspolitischen Anliegen wurde und bot dem Bund Hand, dieses Anliegen in den staatlichen Strukturen zu verankern.

1960-1970: Kommission für das Ausländerproblem

Die 1960er Jahre waren geprägt vom anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung und forcierten Zuzug ausländischer Arbeitskräfte. Gleichzeitig verbreitete sich die Auffassung, dass die schweizerische Eigenart durch die «Überfremdung» in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Fremde würden mit ihren Vorstellungen von Staat und Demokratie das schweizerische Staatsverständnis untergraben. Dieser Gefahr konnte nur mit Hilfe der «geistigen Landesverteidigung» begegnet werden. «Zur Pflege der nationalen Eigenart beizutragen» wurde als zur Aufgabe von «Film, Presse, Radio, Fernsehen, Erwachsenenbildung, Museen und Universitäten» erklärt. Dies sollte nicht zuletzt durch die Förderung der Dialekte geschehen, die als Schutzwall gegen die Überfremdung galten.

Den Schutz der schweizerischen Eigenart stellten auch die verschiedenen Überfremdungsinitiativen als Hauptanliegen dar. 1965 reichte eine «Demokratische Partei des Kantons Zürich» das erste «Volksbegehren gegen die Überfremdung» ein. Nachdem sich der Bundesrat gegen diesen Vorstoss ausgesprochen hatte, wurde er zurückgezogen. Zustande kam hingegen die zweite, radikalere Überfremdungsinitiative, die sogenannte «*Schwarzenbach-Initiative*», welche den Anteil der ausländischen Bevölkerung auf 10 Prozent beschränken wollte. Sie wurde am 7. Juni 1970 von Volk und Ständen mit knappem Mehr verworfen.

Mit ihrer Zuwanderungspolitik stand die Regierung in einem Zielkonflikt. Sie musste die wachsende konjunkturbedingte Nachfrage der Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften stillen und gleichzeitig die «Überfremdungsängste» in der Bevölkerung abbauen. Diese Aufgabe hatte sich bislang als schier unlösbar erwiesen. Bereits einen Tag nach der Abstimmung beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement und das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement, einen *Bericht mit Massnahmen zur Behandlung des «Überfremdungsproblems»* auszuarbeiten. Dieser Bericht schlug die Ernennung einer permanenten Konsultativkommission vor.

In der Folge fasste der Bundesrat die Schaffung einer *«Eidgenössischen Konsultativkommission zur Behandlung des Überfremdungsproblems»* ins Auge. Die Verbände begannen sogleich um eine Vertretung in der Kommission zu ringen und erhoben teilweise gar Anspruch auf mehrere Sitze. Trotz zahlreichen Anfragen sah der Bundesrat davon ab, Vertreter von Ausländerorganisationen zu berufen. Vertreten waren indes Arbeitgeber, Kirchen, Gewerkschaften, der Verband der Bürgergemeinden und die Neue Helvetische Gesellschaft. Zum Präsidenten wurde der eben erst in Pension gegangene PTT-Direktor Charles-Frédéric Ducommun ernannt.

Die *«Eidgenössische Konsultativkommission für das Ausländerproblem»* wurde vom Bundesrat mandatiert, «die von der Schweiz verfolgte Einwanderungspolitik zu überprüfen und alle Fragen zu behandeln, die sich aus der Anwesenheit einer grossen Zahl von Ausländern in der Schweiz unter demografischen, sozialen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten» ergaben. Vornehmlich habe sich die Kommission mit «dem Studium der sozialen Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz zu befassen, insbesondere mit der sozialen Betreuung, der Anpassung an unsere Arbeits- und Lebensbedingungen, der Assimilation und Einbürgerung». Sowohl der Bundesrat als auch die einzelnen Departemente waren befugt, der Kommission «besondere Probleme zur Begutachtung [zu unterbreiten], die im Rahmen der laufenden Tätigkeit eine unmittelbare Lösung» erheischten. Die Kommission hatte dem Bundesrat Teilberichte über ihre Arbeiten zu erstatten und Empfehlungen zu unterbreiten. «Über eine allfällige Veröffentlichung der Berichte» wollte der Bundesrat jedoch selbst entscheiden.

In den «Massnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Schweizern und Ausländern» benannte die Kommission zahlreiche Handlungsfelder. Insbesondere sollte der Bundesrat die Kantonsregierungen mit einem Kreisschreiben auffordern, in jedem Kanton und in jeder Stadt eine Koordinationskommission für alle durch die Anwesenheit ausländischer Arbeitskräfte aufgeworfenen Fragen zu bilden. Der Bundesrat hielt diesen Vorschlag, der bereits in anderen Zusammenhängen und von anderen Gruppierungen geäussert worden war, für unangemessen. Aufgrund einer Aussprache mit Bundesrat Ludwig von Moos und Bundesrat Ernst Brugger wurden die langfristigen Aufgaben der Kommission neu definiert. Sie sollte bei der Revision des aus dem Jahre 1931 stammenden Gesetzes über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern ANAG mitarbeiten und so die zukünftige Einwanderungs- und Ausländerpolitik der Schweiz mitgestalten. Ein weiterer Tätigkeitsbereich war die Einbürgerungspolitik. Das Bürgerrecht wurde «als letzte Etappe der Integration der Ausländer» gesehen, wobei das Schwergewicht bei der 2. Generation, d.h. den in der Schweiz aufgewachsenen Kindern von Ausländern liegen sollte.

1972-1974: «Das kleine Parlament» zwischen Überfremdungsängsten und Vorschlägen zur Eingliederung der Fremden

Die «Schwarzenbachinitiative» hatte in der Bevölkerung tiefe Gräben gebildet. Die in der Schweiz lebenden ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich zusammen, um für die Verbesserung ihres unsicheren Status und für mehr Rechtssicherheit zu kämpfen. Kritisiert wurden das Saisonnierstatut, die eingeschränkten Möglichkeiten des Familiennachzugs, die Wohnsituation der Arbeiterinnen und Arbeiter, das Bildungssystem und die fehlende Anerkennung vorhandener Diplome. In der Schweiz fanden erste Kongresse statt, welche die Hintergründe der Auswande-

rückblick

rung und die Stellung der Immigranten in der Schweiz thematisierten. Mit Blick auf den Familiennachzug übte der italienische Staat zunehmend Druck auf die Regierung aus. Überdies formierten sich auf supranationaler Ebene Kräfte, die den Ausbau der Rechte von Wanderarbeitern und die Angleichung ihres Status an die Einheimischen vorantrieben. In den umliegenden Nachbarländern wurden die Rahmenbedingungen angeglichen und bestehende rechtliche Hindernisse abgebaut. Um attraktiv zu bleiben, musste die Schweiz im Interesse der Wirtschaft Zugeständnisse machen. Die andauernde Hochkonjunktur führte dazu, dass die Unternehmer nicht daran interessiert waren, eingearbeitete ausländische Arbeitskräfte durch unerfahrene zu ersetzen. Migrationspolitisch verlor das Rotationsprinzip als staatliche Strategie zur Steuerung der Zuwanderung zunehmend an Bedeutung. Die schweizerische Politik setzte allmählich auf eine längerfristige Perspektive, die sich am Zusammenleben der ausländischen und der schweizerischen Bevölkerung orientierte.

1972 wurde Anton Heil, eidgenössischer Versicherungsrichter und ehemaliger Präsident des christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes CNG, neuer Präsident der Eidgenössischen Konsultativkommission für das Ausländerproblem. Diese zählte rund 40 Mitglieder. Eingebunden waren auch Vertreter politischer Parteien, die sich in der Ausländerpolitik besonders hervortaten, wie beispielsweise James Schwarzenbach von der «Republikanischen Bewegung» und Valentin Oehen, Zentralpräsident der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat». Unter Oehens



Zwei Plakate, die aufzeigen, wie in den 1970er Jahren heftig und häufig über Fremde und «Überfremdung» diskutiert wurde.

Respekt und Wertschätzung

Warum um Himmels willen tust du dir das an? Wie oft habe ich diese Bemerkung gehört. Ja, warum habe ich das Präsidium einer Kommission übernommen, die gerade



aus einer Krise kam, die zwar von Rosemarie Simmen, meiner Vorgängerin, Anna Rüdeberg und Walter Schmid, unseren beiden Vizepräsidenten, und Mario Gattiker, dem damaligen Chef des Sekretariats der EKA, überwunden worden war, aber trotzdem. Eine Kommission, die zudem von der

Bevölkerung, die Ausländern oft mit Vorbehalten, ja Misstrauen begegnet, wenig geschätzt wird, da sie sich mit einem Thema befasst, bei dem Emotionen und Vorurteile häufig mehr zählen als Vernunft und Nuancen.

Und trotzdem! War es nicht wichtig, diese Herausforderung anzunehmen, geht es bei der Haltung gegenüber Ausländern und Migranten, ihrer Aufnahme, ihrer Integration, ihrem Status nicht auch um die wirtschaftliche, demographische, soziale und kulturelle Zukunft unseres Landes? Ist es nicht so, dass die Schweiz diese Männer, diese Frauen und ihre Familien braucht, um sich zu entwickeln und ein modernes pluralistisches Land zu werden?

Mein Entscheid war gefällt, ich nahm den Vorschlag von Ruth Metzler an, das Präsidium der EKA zu übernehmen. Meine Einschätzung der Bedeutung der EKA hat sich seither nicht nur bestätigt, sondern ich hatte in all den Jahren Gelegenheit zu ermessen, welche Kräfte, welches aufrichtige, mutige Engagement in diesem heiklen und für das Leben unseres Landes wesentlichen Gebiet – der Präsenz und Integration von Ausländern

– freigesetzt werden können, auch in einem teilweise feindseligen Umfeld.

Denn Integration ist zwar endlich als staatliche Aufgabe anerkannt, sie ist aber auch häufig ein bequemes Schlagwort, eine Zauberformel, auf die oft vorschnell zurückgegriffen wird. Integration kann nicht mit rein materiellen Mitteln oder auf Anordnung erreicht werden. Sie erfordert einen bestimmten Ansatz, einen Tonfall, eine Einstellung, die von Respekt und Wertschätzung dem andern gegenüber geprägt sind, eine nichtdiskriminierende Haltung im Alltag, sei dies nun in der Schule, in der Lehre und im Beruf, im Wohnbereich oder im Gesundheitswesen.

Hier waren wir uns in der Kommission immer einig. Wir wollten, dass die Kommission mit ihrer Tätigkeit – ihren Projekten, ihrer Kommunikation und ihren Publikationen – Glaubwürdigkeit und Vertrauen erweckt. Eine grosse Rolle spielte dabei das von Simone Prodoliet geführte Sekretariat, mit seiner Kompetenz, seiner Einsatzbereitschaft und seinem grossen Engagement.

Sie alle verdienen unseren Dank, genau so wie unsere Partner beim Bund, bei den Kantonen, Gemeinden und Städten, den schweizerischen und ausländischen Organisationen und Bürgerbewegungen, die unsere Arbeit erst möglich machen. So namentlich die Realisierung von etwa 600 Integrationsprojekten allein im Jahr 2007 oder die Schaffung einer soliden Basis und eines Beziehungsnetzes zur Unterstützung von Initiativen und Projekten, die die Integration, die Rechts- und Chancengleichheit und den sozialen Zusammenhalt fördern.

Die EKA ist Geschichte. Nun ist es an der EKM, den Stab zu übernehmen. Ich wünsche mir, dass sie dies mit dem gleichen Ehrgeiz, der gleichen Einsatzbereitschaft und Freude an der Erfüllung ihres Auftrags im Dienste unseres Landes tut.

Francis Matthey,
Präsident EKA 2002 bis 2007

rückblick

Einfluss behandelte die Kommission «die Frage der Beziehung zwischen verfügbarem Lebensraum und dem gegenwärtigen Ausländerbestand». Eine der drei ständigen Arbeitsgruppen erhielt den Auftrag, «in Verbindung mit Fachleuten den Problemen nachzugehen und insbesondere die Zusammenhänge mit der Fremdarbeiterfrage zu erhellen, also vor allem die Bedeutung des Ausländerbestandes in ökologischer Sicht abzuklären». Die bürgerlich-ökologische Ausrichtung, welche das Thema Umweltschutz an die angebliche Übervölkerung durch Fremde koppelte, strebte Oehen auch parteiintern an. Auf der anderen Seite trat in der Kommission «immer mehr jene Tätigkeit in den Vordergrund, die darauf hinzielte, das Miteinander- und Zusammenleben von Schweizern und Ausländern auf Grund konkreter Massnahmen zu fördern. Darauf aufbauend bemühte sich die Kommission intensiv um die *Schaffung weiterer lokaler, regionaler und kantonaler Arbeitsgemeinschaften* sowie um die Unterstützung der bereits bestehenden». Die Bemühungen dieser Arbeitsgemeinschaften bestanden darin, die organisierten Kräfte, «die in verschiedenster Weise einen praktischen Beitrag zur Lösung der Ausländerfragen» leisteten, zu wecken und zu koordinieren.

Wegen ihrer regelmässigen Kontakte zu Vertretern der kantonalen und kommunalen Arbeitsgemeinschaften wurde die Kommission auch «das kleine Parlament» genannt. Im März 1973 zeigte sie in ihrem «Programm zur Lösung des Ausländerproblems» Mittel und Wege auf, «wie das Unbehagen bei einem Grossteil der Schweizer gemildert und die Spannung zwischen Schweizern und Ausländern abgebaut» werden konnten. Sie unterstützte die vom Bundesrat eingeschlagene Stabilisierungspolitik. Langfristig müsse der Bund mit Mitteln, welche weder gegen die Menschenrechte noch gegen das Völkerrecht verstossen, dahin wirken, dass die ausländische Bevölkerung nicht weiter zunehme. Neben quantitativen Aspekten wollte die Kommission jedoch insbesondere auf qualitative Faktoren hinweisen: Ausländer- und Wirtschaftspolitik müssten aufeinander abgestimmt werden. Da die Schweiz weiterhin ausländische Arbeitskräfte werben müsse und ein fruchtbares Zusammenleben mit ihnen und ihren Familien für beide Teile nützlich und nötig sei, seien zielgerichtete Massnahmen zur Beseitigung der Spannungen zwischen Schweizern und Ausländern zu treffen. Im Programm skizzierte die Kommission ein lineares Assimilationsmodell: Die Immigranten sollten schon im Herkunftsland auf die Auswanderung vorbereitet werden. Die Anpassung – d.h. das Zurechtfinden in der Rechts- und Sozialordnung der Schweiz – und die Eingliederung – «d.h. die Aufnahme von Beziehungen zur schweizerischen Bevölkerung und die Beteiligung am Gesellschaftsleben» – seien durch behördliche und zivilgesellschaftliche Institutionen zu fördern. Die Assimilation – «d.h. die allmähliche Annäherung und Angleichung des Ausländers an die Kultur der Schweiz durch die Übernahme unserer Lebensgewohnheiten und Wertvorstellungen» – wurde als ein von selbst stattfindender natürlicher, wenn auch nicht zwangsläufiger Prozess betrachtet. Der krönende Abschluss war in den Augen der Kommission die Einbürgerung, d.h. die Verleihung des Bürgerstatus durch die alt Eingewohnten. Das Programm enthielt eine ausführliche Liste mit empfohlenen Massnahmen.

In der Zwischenzeit waren in der Öffentlichkeit erneut heftige Diskussionen entflammt. Am 3. November 1972 hatte die Nationale Aktion die «*Volksinitiative gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz*» eingereicht. Diese wollte die Zahl der niedergelassenen Ausländer auf 500'000 Personen und die jährliche Zahl der Einbürgerungen auf 4'000 Personen beschränken. In seinem Bericht legte der Bundesrat seine Vorbehalte dar. Er befürchtete, dass «...Hunderttausende von Ausländer, die sich zu einem grossen Teil an die Verhältnisse angepasst hätten, von der Polizei gezwungen werden [müssten], das Land zu verlassen.» Es gelte zu bedenken, dass es bei der Gestaltung der Ausländerpolitik immer auch um das Los von Menschen gehe. Des-

halb dürften «humanitäre Überlegungen bei der Anordnung von Abwehrmassnahmen nicht ausser Acht gelassen werden». Die Assimilierung dürfe jedoch «nicht erzwungen werden [...]». Das Hineinwachsen in die Gesellschaft und den Staat müsse organisch geschehen. «Es soll sich dabei um die natürliche wenn auch nicht zwangsläufige Folge einer zielgerichteten und grosszügigen Integrationspolitik handeln.» Voraussetzung sei der Wille der Einwanderer, «sich an unsere Lebens- und Gemeinschaftsformen» anzupassen. Um das zu erreichen, sei es nötig, «die gegenseitige Information auszubauen und den Ausländern die gleichen Chancen hinsichtlich Schulung, Weiterbildung und Unterkunft einzuräumen». Im gleichen Atemzug warnte der Bundesrat vor einer einschneidenden Rezession als Folge der «Entfernung» der ausländischen Arbeitskräfte. Deren Anwesenheit nütze also nicht nur der «Wirtschaft», sondern auch den schweizerischen Arbeitnehmern. Bei allen Zielkonflikten, die der Bundesrat in jenen Jahren zu vereinbaren hatte, war mit der Integration eine Argumentation gefunden, die sowohl humanitäre als auch wirtschaftliche Interessen unter einen Hut zu bringen vermochte. Um seine Position zu untermauern, verwies der Bundesrat auf die Kommission, die «in diesem Bereich bereits beträchtliche Abklärungs- und Organisationsarbeit geleistet» habe. Diese Bemühungen seien «umso höher zu veranschlagen, als in der Kommission alle an der Fremdarbeiterfrage interessierten Kreise vertreten» seien. Diese Argumentation vermochte die Mehrheit der Stimmenden zu überzeugen. Sie lehnten die Volksinitiative gegen die Überfremdung und Überbevölkerung der Schweiz am 20. Oktober 1974 ab.

1974-1980: Alternativen zu den Überfremdungsinitiativen

Mit dem freisinnigen Bundesrichter Rolf Raschein erhielt die Kommission 1974 einen neuen Präsidenten. Im gleichen Jahr reichte ein überparlamentarisches Komitee mit Vertretern aus kirchlichen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften das erste und einzige Mal in der Geschichte der modernen Schweiz eine Initiative ein, die den Ausländerbestand zwar stabilisieren, den in der Schweiz lebenden ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aber gleichzeitig mehr Rechte einräumen wollte. Das Saisonnierstatut sollte aufgehoben, die «Eingliederung der Ausländer in die Schweizer Gesellschaft sollte in deren Einvernehmen» gefördert werden. 1976 lagen neben der «Mitenand»-Initiative gleich zwei weitere Überfremdungsinitiativen bei den Räten: Die Initiative «Zum Schutze der Schweiz» und die «Volksinitiative für eine Beschränkung der Einbürgerungen». Die beiden Überfremdungsinitiativen wurden im März 1977 an der Urne abgelehnt. Während die «Mitenand»-Initiative zum Zeitpunkt der Lancierung viel Unterstützung fand, gestaltete sich die Unterschriftensammlung in der Folge schwierig. Der Vorstoss war als Alternative zu den konservativen Überfremdungsinitiativen gedacht. Dennoch konnte sich die Kommission mit den «Thesen der Arbeitsgemeinschaft für eine neue Ausländerpolitik (Träger der Mitenand-Initiative) oder mit jenen der italienischen und spanischen Dachorganisationen» nicht anfreunden. Ihr gingen die Vorschläge der Initiantinnen und Initianten der Initiative zu weit. Auch vom Stimmvolk wurde der Vorstoss im April 1981 wuchtig verworfen.

Inzwischen wurde unter der Federführung von Bundesrat Kurt Furgler an einem *neuen Ausländergesetz* gearbeitet. Furgler sah «im Ergebnis der Abstimmung [der Mitenand-Initiative] den Auftrag bestätigt, die von ihm verfolgte Ausländerpolitik weiterzuführen». Mit der Neufassung des Ausländergesetzes sollte die Kommission gesetzlich verankert werden. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, dass «das Ausländerproblem» nicht einfach durch Zulassungsbeschränkungen zu lösen sei. Die Erleichterung der gesellschaftlichen Eingliederung sei ein Hauptpfeiler der Ausländerpo-

rückblick

politik. Aufgabe des Bundes sei es, den niedergelassen Ausländern und ihren Familien eine verbesserte Rechtsstellung einzuräumen. Die soziale Integration müsse hingegen dort geschehen, wo Schweizer und Ausländer miteinander in Kontakt treten, bei der Arbeit, im Quartier, in Vereinen oder in der Kirchgemeinde. Die Kommission stellte sich hinter den Gesetzesentwurf, welcher ihr und ihrer Arbeit eine gesetzliche Grundlage geben wollte. Die regelmässig stattfindenden Treffen mit den Arbeitsgemeinschaften für Ausländerfragen bzw. mit den Ausländervereinigungen nutzte sie, um «die positiven Aspekte des Gesetzesentwurfes zu betonen und zu verteidigen, sowie Unterstellungen zurückzuweisen». Die Kommission teilte den Standpunkt des Bundesrats, wonach die Eingliederung der Ausländer vor Ort stattfinden müsse. «Da, wo die Menschen wohnen und leben, auf Gemeindeebene, sind die besten Voraussetzungen vorhanden, um das gegenseitige Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern zu fördern». Um den lokalen Institutionen Möglichkeiten aufzuzeigen und sie zu ermutigen, gab die Kommission in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband der Bürgergemeinden, dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband das *Handbuch «Ausländer in der Gemeinde»* heraus. Dieses zielte darauf hin, Ausländerinnen und Ausländer stärker am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen.

Als das bereinigte Ausländergesetz der Öffentlichkeit präsentiert wurde, hätte die Zustimmung grösser nicht sein können. Den Branchen und Regionen mit partikularen Interessen ging lediglich die Liberalisierung des Saisonnierstatuts zu weit. Angespornt von den Resultaten der letzten Überfremdungsinitiativen prognostizierte die Nationale Aktion für Volk und Heimat einen Einwanderungsschub infolge der grosszügigen Umwandlungsbestimmungen. Sie brachte ohne grosse Anstrengung das Referendum zustande. Zwar fiel das Abstimmungsergebnis zum Ausländergesetz nicht gleich wuchtig aus wie jenes zur «Mitenand»-Initiative. Mit 49 Prozent Ja-Stimmen wurde das Gesetz dennoch abgelehnt.



1990 wurde das 20-jährige Bestehen der Ausländerkommission gefeiert. EKA-Präsidentin Lise Girardin spricht im Nationalratssaal.

Mit Freude und Leidenschaft – meine Zeit als Vizepräsidentin

Meine Wahl durch die italienische Gemeinschaft in der Schweiz als deren Vertreterin (eine von damals zwei Vertretungen) in die EKA im Oktober 2000 kam für mich



unerwartet. Mit besonderer Freude konnte ich im Mai 2001 zur Kenntnis nehmen, dass ich vom Bundesrat zur Vizepräsidentin ausländischer Herkunft gewählt worden war, wie mir der damalige stellvertretende EKA-Sekretär Paul Sütterlin mitteilte. Diese Wahl hat mich deswegen sehr gefreut, weil ich dadurch meine Kenntnisse und praktischen Erfahrungen als Ärztin

im Bereich der Integration und Migration einsetzen konnte. Neben dem Aufbau von Kontakten zu anderen Mitgliedern der EKA habe ich mich mit grossem Enthusiasmus in die Aktivitäten des Präsidiums und des Integrationsprogrammes eingearbeitet: Mit Rosemarie Simmen und Walter Schmid sowie Mario Gattiker und Christof Meier verbinden mich interessante und fruchtbare Zeiten des Austauschs. Während meiner Amtszeit war es mir ausserdem möglich, mit verschiedenen ausländischen und schweizerischen Organisationen zusammenzuarbeiten und die Sichtweise der EKA einzubringen.

Das Schwergewicht meines Engagements lag jedoch in der Beurteilung und Unterstützung der Integrationsprojekte. Diese Aufgabe war für mich eine der schönsten, wenn nicht die schönste, Erfahrung ausserhalb meiner medizinischen Tätigkeit. Die Förderung der Integration durch Projekte habe ich

als eine einmalige Chance erlebt. Wir konnten dazu beitragen, dass über die Integrationsförderung insbesondere die (freiwillige) Arbeit der vielen Gruppierungen und Organisationen von Migrantinnen und Migranten Anerkennung findet. Es war für mich ein Privileg, an dieser Entwicklung teilzunehmen.

Die Bekanntschaften und die Freundschaften, die während diesen sieben Jahren aufgebaut worden sind, haben sich nicht nur innerhalb der EKA etabliert, sondern auch im Netz der Integrationsdelegierten auf Kantons- und Gemeinde-Ebene. «Ubi bene ibi patria» haben doch schon meine römischen Vorfahren behauptet!

Mein Dank geht besonders an Walter Schmid, der mich in die Kunst der proaktiven Integration eingeweiht hat. Ferner bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Projektkommission und bei den Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, mit denen ich viele unvergessliche Stunden verbracht habe. Mein Dank geht natürlich auch an Simone Prodoliet und «à mon cher Président» Francis Matthey.

Anna Rüdeberg-Pompei,
Vizepräsidentin EKA 2001-2007

1980-1990: Flüchtlings-, Zuwanderungs-, Eingliederungs- und Einbürgerungspolitik

Die schweizerische Migrationspolitik war bis in die 1980er Jahre vor allem Zuwanderungspolitik. Sie basierte auf drei Pfeilern: einem ausgewogenen Verhältnis zwischen der schweizerischen und der ausländischen Bevölkerung, der Verbesserung der Arbeitsmarktstruktur und der Integration, als deren Krönung die Einbürgerung galt. Während den ersten beiden Pfeilern grosse Bedeutung beigemessen wurde, blieb die Integration lange Zeit ein politisches Lippenbekenntnis. Daran änderte sich auch nichts, als das Anliegen im Jahr 1986 Eingang in einen Zweckartikel der bundesrätlichen Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) fand.

Ab den 1980er Jahren rückte neben die Fragen in Zusammenhang mit der Zuwanderung von Arbeitskräften jene der Aufnahme von Flüchtlingen. Bislang waren Flüchtlinge vorwiegend im Rahmen von Kontingenten aus Lagern in die Schweiz geholt worden. Nun aber stieg die Zahl der Einzelgesuche, die direkt in der Schweiz gestellt wurden. Ein rechtlicher Rahmen war nötig geworden, um zu regeln, welchen Antragstellern der Flüchtlingsstatus zugestanden bzw. verwehrt werden sollte. 1981 trat das Asylgesetz in Kraft.

Mit Beschluss vom 22. Dezember 1980 löste die 27-köpfige *Eidgenössische Kommission für Ausländerprobleme (EKA)* die Eidgenössische Konsultativkommission für das Ausländerproblem ab. Seither war es möglich, Ausländerinnen und Ausländer in die Kommission zu berufen. Ein vierköpfiges Sekretariat organisierte die Sitzungen der Arbeitsgruppen, besorgte die administrative Arbeit, bereinigte und überarbeitete Berichte, informierte, unterhielt Kontakte zu einer Vielzahl von Institutionen und nahm an Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen teil. Gestützt auf die Zustimmung des Bundesrats leistete die Kommission vermehrt auch konkrete Arbeit vor Ort. Dies gab ihr die Möglichkeit, ihr Aktionsfeld sukzessive zu erweitern. Innerhalb der Kommission entstanden drei ständige Arbeitsgruppen. Eine Gruppe beschäftigte sich mit «spezifischen Eingliederungsproblemen der ausländischen Minderheitengruppen» (Griechen, Jugoslawen, Portugiesen, Türken, ausländische Ehemänner von Schweizerinnen, Flüchtlinge usw.). Eine weitere nahm sich dem Thema der Erwachsenenbildung und Sprachförderung an. Die dritte Gruppe beschäftigte sich mit Fragen im Bereich der Einbürgerung.

Die freisinnige Lise Girardin, die in den 60er und 1970er Jahren als Symbol für den Kampf um die politischen Rechte der Frauen galt, trat 1983 nach Rolf Raschein an die Spitze der Kommission. Die Kommission und das Sekretariat der EKA waren bislang direkt dem EJPD unterstellt. In diesem Jahr wurde das Sekretariat indessen administrativ dem Bundesamt für Ausländerfragen zugeordnet. Inzwischen hatte das kleine Sekretariat mit einer immer grösser werdenden Arbeitslast zu kämpfen. Mehrere Informationsbroschüren waren über die Jahre weitgehend überholt und bedurften der Anpassung an die veränderten Verhältnisse und Gesetzgebungen. Für die Überarbeitung der Publikationen verblieb jedoch kaum Zeit. Die Klagen führten dazu, dass die Tätigkeit und die Arbeitsbelastung des Kommissionssekretariats durch das Bundesamt für Organisation mehrmals geprüft wurden. Ende März 1986 ersuchte die EKA den Bundesrat erfolglos, den Personalbestand zu verstärken, «um ihrer eingliederungspolitischen Aufgabe entsprechend der Bedürfnislage weiterhin gerecht werden zu können».

Seit Jahren setzte sich die Kommission für die erleichterte Einbürgerung von in der Schweiz aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländern ein. 1983 wurde über eine entsprechende Vorlage, die von allen grossen Parteien und auch von der EKA unterstützt worden war, abgestimmt. Beim Volk fand das Anliegen keinen Rückhalt, es wurde abgelehnt. Da insbesondere die lokale Einbürgerungspraxis immer wieder zu Kritik Anlass gab, sandte die EKA zusammen mit dem Städteverband, dem Verband der Bürgergemeinden und Korporationen und dem Schweizerische Gemeindeverband eine Liste mit Empfehlungen zu den Einbürgerungskriterien an die Gemeinde- und Kantonsbehörden.

Die Flüchtlingsfrage gewann in der schweizerischen Politik und in der Wahrnehmung der Bevölkerung an Bedeutung. 1987 erhielt Peter Arbenz den Auftrag, als «Delegierter für das Flüchtlingswesen» innerhalb des EJPD einen neuen Führungsbereich zu bilden. Gleichzeitig war bereits die zweite Asylgesetzrevision in Gang. In der Presse erschienen zahlreiche Berichte über Kirchenbesetzungen und die steigende Zahl von Asylbewerbern.

1988 setzte der Flüchtlingsdelegierte eine Arbeitsgruppe ein, die bereits im darauf folgenden Jahr einen «Strategiebericht für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 1990er Jahre» präsentierte. Darin wurde auf die Notwendigkeit einer international koordinierten Migrationspolitik hingewiesen. Aufgrund des Berichts entwickelten das Bundesamt für Ausländerfragen (BFA) und das Bundesamt für Industrie und Gewerbe und Arbeit (BIGA) ein Konzept, welches neue Prioritäten der schweizerischen Ausländerpolitik für die 1990er Jahre setzte. Während vom BIGA insbesondere arbeitsmarktspezifische Faktoren eingebracht wurden, standen von Seiten des BFA Zulassungs- und Begrenzungsfragen im Vordergrund. Die Frage der Integration, der dritte Pfeiler der in den 1970er Jahren deklarierten Migrationspolitik des Bundes, wurde lediglich am Rand thematisiert. Paul Rechsteiner lud den Bundesrat ein, «den eidgenössischen Räten einen Bericht über die Integration der ausländischen Bevölkerung» vorzulegen. Gemeinsam mit ihren Partnern stellte die Kommission in der Folge Überlegungen zu den Zielsetzungen und Perspektiven der Integrationsarbeit an. Diese flossen in die vollständig überarbeitete Fassung des Handbuchs «Ausländer in der Gemeinde» ein.

1991-1997: Auf dem Weg zur Neuformulierung der Migrationspolitik

Die Situation im Asylbereich hatte sich zugespitzt und verlangte nach einer Anpassung der Verwaltungsstrukturen. Während das Bundesamt für Ausländerfragen in erster Linie eine eidgenössische Fremdenpolizeibehörde war, die den Arbeitsmarkt regulierte, ging es beim Asylrecht um die Pflicht, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Mit der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention hatte sich die Schweiz hierzu international verpflichtet. Davon ausgehend wurde der Delegierte für das Flüchtlingswesen 1991 beauftragt, eine eigenständige und vom Bundesamt für Ausländerfragen unabhängige Institution einzurichten. Im selben Jahr, als Nationalrat Fulvio Caccia an die Spitze der EKA gewählt wurde, gingen beim neu geschaffenen Bundesamt für Flüchtlinge mehr als 41'000 Asylgesuche ein.

Die Schweiz hatte, bedingt durch den Konjunkturunbruch und die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit, hohe Sozialausgaben zu verzeichnen. Besonders betroffen waren Ausländerinnen und Ausländer. Während diese noch in den 1970er Jahren als «Konjunkturpuffer» dienten, besass in den 1990er Jahren der grösste Teil

rückblick

von ihnen eine Niederlassungsbewilligung und damit ein Bleiberecht. Darüber hinaus hatte sich die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung stark verändert. Vorbei waren die Zeiten, als die Schweiz ihre Arbeitskräfte in Italien und Spanien aktiv rekrutierte. Die bundesrätliche Begrenzungsverordnung (BVO) war als Instrument gedacht, um die Zahl der Zuwandernden zu regulieren. Ihre Herkunft konnte mit diesem Instrument jedoch nicht gesteuert werden. Die ausländische Bevölkerung in der Schweiz war heterogener als je zuvor. Im Rahmen der Neuorientierung der Ausländer- und Flüchtlingspolitik entwickelte der Bundesrat im «*Bericht zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik*» das so genannte Drei-Kreise-Modell, das die Zulassung aufgrund der Herkunftsländer regelte.

Zum ersten Kreis gehörten alle Länder, die der EU und der EFTA angehörten. Zum zweiten Kreis gehörten traditionelle Partnerländer wie die USA und Kanada. Alle anderen Länder gehörten zum dritten Kreis. Diesem Modell stand die Kommission kritisch gegenüber. In seinem Bericht sprach sich der Bundesrat dafür aus, die Integration stärker als bisher zu fördern. Er vertrat den Standpunkt, dass Integrationsförderung über die soziale und fürsorgerische Tätigkeit hinaus reichen müsse. Jeder Staat mit einem grösseren Ausländeranteil müsse daran interessiert sein, «dass Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen in die Gesellschaft hineinwachsen, mit den örtlichen Verhältnissen vertraut werden und dass dadurch ein einvernehmliches Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung möglich wird». Jede Emigration sei mit gewissen Anpassungen und Umstellungen verbunden, auch wenn die mitgebrachten Kenntnisse und Erfahrungen – «mit anderen Worten die eigene Kultur» – nicht einfach abgestreift werden könnten. Es sei deshalb Aufgabe des Staates, Integrationsprozesse von Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Mit einer entschiedenen und überzeugenden Integrationspolitik lasse sich das Vertrauen der Fremden in Institutionen, in die Rechtsordnung und in die schweizerische Bevölkerung fördern. Entsprechend geringer sei die Gefahr einer wachsenden Einflussnahme radikaler und fundamentalistischer Bewegungen. Gleichzeitig wurde Jugoslawien 1991 per Bundesratsbeschluss in den Kreis nichttraditioneller Rekrutierungsländer zurückversetzt. Die Arbeitssuche in der Schweiz war keine Option mehr, um dem drohenden Bürgerkrieg zu entkommen. Mit Blick auf den Bundesratsbeschluss vertrat die Kommission den Standpunkt, dass sich



Fulvio Caccia (Mitte) präsidierte die Kommission von 1991 bis 2000 und beendete seine Amtszeit – in Sorge um die Unabhängigkeit der Kommission – mit einem Eclat. Links der langjährige Sekretär René Riedo, rechts Sigisbert Lutz, Vizepräsident.

Und sie bewegt sich doch!

Das Telefonat von Bundesrätin Ruth Metzler erreichte mich überraschend an jenem 20. Januar 2000. Eben waren der Präsident und die Hälfte der damaligen EKA unter Protest zurückgetreten. Rosemarie Sim-



men als Präsidentin und ich sollten nun die EKA neu aufbauen und das Vertrauen der Ausländerorganisationen zurückgewinnen. Das war der Anfang einer spannenden Tätigkeit, die zunächst darin bestand, Gesprächsfäden zu den Ausländerinnen und Ausländern zu knüpfen und in zähen Verhand-

lungen Misstrauen abzubauen und zu einer ordentlichen Tätigkeit der Kommission zurück zu finden. Ein einfaches Unterfangen war das nicht. Gleichzeitig musste das Sekretariat neu aufgebaut werden.

Zudem hatte das Parlament im Jahr davor den längst fälligen Integrationsartikel ins Gesetz aufgenommen, was dem Bund die Möglichkeit gab, Integrationsprojekte zu fördern. Praktisch über Nacht war die Kommission gefordert, ein Programm zur Integrationsförderung auf die Beine zu stellen. Der Erwartungsdruck war gross. Dank der Unterstützung durch Fachleute der Städte und Kantone konnten wir das fast Unmögliche leisten. Wir alle freuten uns darauf, die jahrelang geforderte Integrationsarbeit nun auch gemeinsam umsetzen zu können. Das Departement liess uns dabei freie Hand, und so eröffnete sich für uns eine sehr kreative Phase der Integrationsarbeit, die wir, Tänzern

gleich – *hic Rhodos, hic salta* – an die Hand nehmen durften.

Aus diesem Anfang wurden sieben äusserst spannende Jahre. Selten hat mir ein Amt so viel Gestaltungsfreiraum und Befriedigung gegeben und so die vielen Monate der ehrenamtlichen Arbeit, die damit verbunden waren, entschädigt. Und es hat mir die Gewissheit gegeben: Wir haben etwas bewegt, und die Schweiz bewegt sich doch – auch in der Frage der Integration. Der eigentliche Wert aber lag in der Arbeit mit Weggefährten und Freunden: Ich erwähne nur wenige: Rosemarie Simmen und Francis Matthey, Anna Rüdeberg-Pompei und Mariano Pacheco, Christof Meier, Mario Gattiker und Simone Prodoliet. Es sind sie und viele mehr, Mitglieder der Kommission, Mitarbeitende des Sekretariats, Fachleute beim Bund, in Kantonen, Gemeinden und Hilfswerken, denen ich mich in Dankbarkeit verbunden weiss.

Walter Schmid,
Vizepräsident EKA 2001-2007

rückblick

der Beschluss, «grundsätzlich auch aus der Sicht der Integration rechtfertigen» lasse. Sie erklärte sich denn auch bereit, «diesen Entscheid des Bundesrates mitzutragen und gegenüber ihren Gesprächspartnern zu vertreten».

In der Bundesverwaltung war eine *Regierungs- und Verwaltungsreform* im Gang. Dazu gehörten Abklärungen über eine umfassende Restrukturierung jener Stellen, die sich mit ausländerspezifischen Fragen befassten. Im Rahmen dieser Reform wurde die Zusammenlegung des Bundesamts für Ausländerfragen mit dem Bundesamt für Flüchtlinge diskutiert. Entschieden wurde, dass die beiden Ämter einstweilen als separate Verwaltungseinheiten weitergeführt werden sollten. In einem Bericht an Bundesrat Arnold Koller stellte sich die EKA auf den Standpunkt, der Auftrag der Kommission müsse neu gefasst werden. Seit Jahren leide sie unter einem Mangel an Personal und Finanzen. Der neue internationale Kontext und der von verschiedenen Seiten vorgebrachte Wunsch nach vermehrter Zusammenarbeit hätten die Situation verschärft. Fragen in Bezug auf anerkannte Flüchtlinge und abgewiesene Asylbewerber mit fremdenpolizeilicher Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen sollten künftig im Mandat enthalten sein. Die Kommission sah sich als Ansprechpartner für alle integrationsrelevanten Fragestellungen unabhängig vom rechtlichen Status der betroffenen Personengruppen. Doppelspurigkeiten mit dem Bundesamt für Flüchtlinge, welches über Mittel zur Förderung der Integration von Flüchtlingen verfügte und die Schweizerische Flüchtlingshilfe mit der Verwaltung dieses Kredits beauftragt hatte, seien dabei zu vermeiden. Von der Aufwertung der Integrationsarbeit erhoffte sich die Kommission eine Verbesserung ihres Stellenwerts innerhalb der Bundesverwaltung. Mit speziellen finanziellen Mitteln wollte sie innovative Projekte, die auf lokaler Ebene integrationsrelevante Impulse auszulösen vermochten, finanziell unterstützen. Dafür bedürfe es einer Änderung des Ausländergesetzes. Zudem regte die Kommission an, anlässlich der Erneuerungswahl im Jahr 1992 die Vertretung der Ausländerdienststellen und Ausländervereinigungen in der Kommission zu verstärken. Angesichts der verwaltungsinternen Arbeiten im Hinblick auf die Restrukturierung der mit Migrationsfragen betrauten Ämter wollte der Bundesrat Fragen zum Mandat aber einstweilen zurückstellen.

1993 diskutierte eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Eduard Gnesa aus dem Generalsekretariat des EJPD erstmals die Frage einer Zusammenlegung der EKA und der Eidgenössischen Flüchtlingskommission. In ihrem Zwischenbericht schlug die Arbeitsgruppe vor, die beiden Kommissionen vorerst nicht zusammen zu legen, sondern vielmehr eine verbesserte Koordination unter ihnen zu schaffen. Im Schlussbericht der Arbeitsgruppe wurde auch ein künftiges Mandat der Kommission in Aussicht gestellt. Die EKA sollte sich sowohl um Fragen der Integration von Flüchtlingen als auch von Arbeitsmigranten und ihren Familien kümmern. Die Arbeitsgruppe war der Auffassung, dass es angezeigt war, das EKA-Sekretariat administrativ wieder dem Generalsekretariat des EJPD zu unterstellen, sollte die Zusammenlegung des BFA und des BFF erst langfristig angestrebt werden. Im selben Jahr beauftragte CVP-Ständerätin Rosemarie Simmen den Bundesrat mit einer Motion, eine kohärentere Ausländer- und Flüchtlingspolitik zu entwickeln und darauf aufbauend ein Migrationsgesetz auszuarbeiten. Im Auftrag von Bundesrat Koller verfasste Peter Arbenz einen *Bericht über die schweizerische Migrationspolitik*.

1993 wurde auch der Name der Kommission geändert. Sie nannte sich fortan Eidgenössische Ausländerkommission (EKA). Die Mitglieder wurden unter dem Vorbehalt gewählt, dass sie bei einer Fusion der Kommissionen möglicherweise aus der Kommission ausscheiden würden. Die Hälfte der Mitglieder hatte nun Migrati-

onserfahrung. Erneut setzte sich die Kommission für die erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen ein. 1994 wurde die entsprechende Verfassungsänderung vom Volk gutgeheissen, scheiterte jedoch am Ständemehr.

1996 setzte der Bundesrat die Expertenkommission «Migration» ein, die unter Berücksichtigung des Arbenz-Berichts konkrete Vorschläge für eine künftige Migrationspolitik ausarbeiten sollte. Diesen so genannten «Hug-Bericht» legte die Expertenkommission im August 1997 vor. Er schlug u.a. die Abkehr vom Drei-Kreise-Modell vor. Die EKA begrüßte den Bericht. Auch der Bundesrat war mit den Schlussfolgerungen weitgehend einverstanden. Am 21. Oktober 1998 gab er das Drei-Kreise-Modell offiziell auf, zugunsten eines Zulassungsmodells, welches zwischen EU-/EFTA-Angehörigen und Angehörigen aus sogenannten Drittstaaten unterschied. Simmens Idee eines einheitlichen Migrationsgesetzes verwarf er hingegen. Die gesetzgeberische Tätigkeit wollte er auf eine Totalrevision des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) konzentrieren.

1995-1999: Integration als Legislatorschwerpunkt

1995-1999 bildete die Förderung der Integration einen Legislatorschwerpunkt. Im Dezember 1995 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament im Rahmen der Totalrevision des Asylgesetzes die Vorlage für die Einführung eines Integrationsartikels (Art. 25) im Ausländergesetz. Dieser Artikel eröffnete die Möglichkeit, die Integration durch den Bund finanziell zu fördern und verankerte die EKA auf Gesetzesstufe. Im gleichen Jahr reichte die Grüne Nationalrätin Cécile Bühlmann eine Motion ein, in der sie den Bund aufforderte, die Integrationsbemühungen im Sinne einer ganzheitlichen Migrationspolitik zu verstärken. Neben der Bildung seien es vor allem die gesellschaftliche Anerkennung, die Partizipation und Mitverantwortung, welche die Integration der Zugewanderten förderten. Bühlmann forderte vom Bundesrat einen speziellen Integrationsbericht. Dies war der Ausgangspunkt für den EKA-Bericht «*Umriss zu einem Integrationskonzept*», welcher unter der Federführung des langjährigen EKA-Sekretärs René Riedo erstellt und der politischen Öffentlichkeit in einem breiten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme unterbreitet wurde.

Im selben Jahr setzte der Bundesrat die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus ein. Parallel dazu wurden die Mandate der Eidgenössischen Ausländerkommission und der Eidgenössischen Flüchtlingskommission angepasst und das Verhältnis der drei Gremien untereinander geregelt. Die EKA sollte die praktische Arbeit zur Förderung der Integration fortsetzen. Neu wurde der Kommission ausdrücklich gestattet, Mittler- und Koordinationsfunktionen wahrzunehmen. Die Assimilation als Zielvorstellung wurde aus dem Mandat gestrichen. Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse der «Umriss» verfasste die EKA den Bericht «*Die Integration der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz*», in welchem sie neben Akteuren und Handlungsbereichen der Integration u.a. die Einsetzung eines Delegierten für Integration auf Departementsstufe anregte. Die Kommission hätte einer solchen umsetzungsorientierten Stabsstelle angegliedert werden können. Dem Wunsch der Kommission wurde nicht entsprochen. Im Rahmen der Regierungs- und Verwaltungsreform wurde sie ins Bundesamt für Ausländerfragen BFA integriert. Die Anbindung an das BFA war stark umstritten. An ihr entzündeten sich Fragen nach der Unabhängigkeit der Kommission, ihrem staatspolitischen Stellenwert, der Gewichtung von Integrations- und fremdenpolizeilichen Aspekten und der Wertschätzung gegenüber der ausländischen Bevölkerung überhaupt.

rückblick

Am 19. Oktober 1998 reichten über 650 Ausländerorganisationen beim Bundesrat eine Petition ein mit dem *Slogan* «*Integration gegen uns? Ohne uns!*». Die Petition forderte vom Bundesrat, auf den Transfer der bisher dem Generalsekretariat des EJPD angegliederten EKA in das BFA zu verzichten. Doch der Bundesrat hielt an seiner Entscheidung fest. Aus Protest traten anfangs 2000 der Kommissionspräsident Fulvio Caccia und mit ihm die Hälfte der Mitglieder zurück. Integration sei eine Frage des Vertrauens, wurde erklärt. Dieses Vertrauen sei nicht gegeben, wenn die EKA als «Alibi-Kommission» in die Nähe der Fremdenpolizei gerückt werde. Die Integrationspolitik gehöre statt ins EJPD ins EDI, das für relevante Bereiche wie Kultur, Bildung, Gesundheit und Sozialversicherungen zuständig ist.

Bundesrätin Ruth Metzler setzte daraufhin alt Ständerätin Rosemarie Simmen an die Spitze der Kommission. Sie beteuerte, dass der künftige Sekretär oder die Sekretärin der Präsidentin unterstellt und die Kommission unabhängig bleibe. Rosemarie Simmen gelang es, die Wogen zu glätten. Nach zahlreichen Gesprächen mit Vertretern ausländischer Organisationen und den zurückgetretenen Kommissionsmitgliedern gelang es ihr, eine neue, breit abgestützte Kommission zusammenzusetzen.

2000-2007: Integration als staatspolitische Aufgabe

Seit den Beschlüssen des europäischen Rates in Tampere steht Migration auf der Agenda einer gemeinsamen staatenübergreifenden Politik. Die Bekämpfung der illegalen Einwanderung an den EU-Aussengrenzen bildet einen Schwerpunkt dieser



Die ehemalige Solothurner Ständerätin Rosemarie Simmen übernahm die Kommission im Jahr 2000 auf Anfrage von Bundesrätin Ruth Metzler und sorgte für einen soliden Neuaufbau.

Der verbesserten Integration verpflichtet

Die EKA hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Dabei prägten nicht nur die politischen Debatten rund um die schweizerische Ausländerpolitik die Inhalte der Diskussionen der Kommission. Jeder Präsident und jede Präsidentin verlieh der Kommission ihr spezifisches



Gesicht und eine persönliche Note. Über die 37 Jahre hinweg lässt sich aber auch eine bedenkenswerte Konstanz in der Themenbearbeitung feststellen. Gefordert wurden vor allem verbesserte Rahmenbedingungen für die ausländische Wohnbevölkerung: sei es in der Schule, am Arbeitsplatz, im Bereich des Wohnens, der Sozial-

versicherung oder bei den politischen Rechten und der Einbürgerung.

Die Arbeit der Kommission unterstützt und mitgeprägt haben sieben (General-) Sekretäre bzw. zwei Leiterinnen des Sekretariats: Henri Tzaut (1970-1974), Hildebert Heinzmann (1974-1975), René Riedo (1975-2000), Christof Meier & Alexandra Richter (2000-2001), Mario Gattiker (2001-2002) und Simone Prodolliet (2003-2007). Das Sekretariat war zu Beginn mit vier Stellen ausgestattet, später wurde der Stellenetat auf sechs erhöht. Mit der Übertragung der Aufgaben der Integrationsförderung an die EKA ab 2000 wurde die Zahl der Mitarbeitenden erneut aufgestockt: Um 2001 teilten sich zwischen 14 und 16 Mitarbeitende zwölf Stellen. Mit Blick auf die geplante Fusion der EKA mit der EKF wurden in den Jahren zwischen 2005 und 2007 personelle Abgänge nicht mehr ersetzt bzw. nur befristete Anstellungen bewilligt.

Während der letzten fünf Jahre, während derer ich das Sekretariat leitete, hatte ich die Gelegenheit, mit verschiedensten Leuten unterschiedlicher Herkunft und Persönlichkeit zusammenzuarbeiten. Was alle dabei vereint hat, war das grosse Engagement, unter manchmal nicht einfachen Bedingungen die Integrationspolitik mitzugestalten, sowie die Bereitschaft, gemeinsam am gleichen Strick zu ziehen. Die Zusammenarbeit war für mich beruflich und persönlich äusserst anregend, voller Herausforderungen, guter Gespräche, geprägt von Humor und kollegialem Teamgeist. Ein grosses Dankeschön deshalb an alle, die in den vergangenen fünf Jahren kaum je im Rampenlicht standen, sich aber stets für die Anliegen der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz einsetzten: Sylvana Béchon, Christa Berger Hoins, Bettina Bütikofer, Irene Descloux, Prosper Dombele, Adrian Gerber, Giuseppina Greco, Simone Gretler Heusser, Biljana Käser-Najzer, Adrian Linder, Christof Meier, Alexandra Mona, Jürgen Müller, Lea Pauli, Urs Pfeiffer, Tildy Schulte-Haller, Sabine Linder, Elsbeth Steiner, Pascale Steiner, Paul Sütterlin, Ruth K. Tennenbaum und Ana Maria Witzig-Marinho.

Ein spezieller Dank gebührt Mario Gattiker, der mich motiviert hat, mich für die Stellenleitung zu bewerben und der als Vizedirektor des Bundesamts für Migration bis Ende 2007 mein administrativer Vorgesetzter war. Zu besonders grossem Dank verpflichtet bin ich meinen politischen Vorgesetzten während meiner Amtszeit. Mit Francis Matthey, Anna Rüdeberg-Pompei und Walter Schmid war es möglich, nicht nur auf aktuelle migrations- und integrationspolitische Fragestellungen zu reagieren, sondern auch eine aktive Informationspolitik zu betreiben, eigenständig Themen zu setzen und wichtige Impulse in der Integrationsförderung zu veranlassen, die hoffentlich auch in Zukunft in der Integrationspolitik ihren Nachhall finden werden.

*Simone Prodolliet,
Leiterin des EKA-Sekretariats 2003-2007*

rückblick

Politik, die Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten einen anderen. Um diesem Ziel näher zu kommen, wurden der Austausch und die Koordination in der nationalen Integrationspolitik verstärkt. Das im europäischen Umfeld beobachtbare Spannungsfeld zwischen Verhärtungen im migrationspolitischen Diskurs einerseits und einer Öffnung gegenüber integrationspolitischen Anliegen andererseits weist Parallelen zu den Entwicklungen in der Schweiz auf.

Viele Vorschläge, die im Rahmen der Totalrevision des Asylgesetzes gemacht wurden, zielten darauf hin, die Schweiz für Asylsuchende weniger attraktiv zu machen. Im April 2004 trat eine Regelung in Kraft, die bei Nichteintretensentscheiden keine Bundesbeiträge für Sozialhilfe mehr vorsieht. Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid sollen fortan lediglich Nothilfe von Seiten der Kantone beanspruchen können. Während der parlamentarischen Debatte wurden weitere Verschärfungen eingeführt. Auch bei den Beratungen zum neuen Ausländergesetz kamen gegenüber Zugewanderten aus so genannten Drittstaaten Vorbehalte zum Ausdruck. In Bezug auf die Regularisierung von Sans Papiers trat ebenfalls eine Verhärtung ein. Hingegen äusserten sich das Parlament und das Volk gegenüber europapolitischen Vorlagen wie dem Beitritt zum Personenfreizügigkeits- und zum Schengen/Dublin-Abkommen mehrheitlich positiv. Im Jahr 2000 trat zudem, basierend auf Art. 25a ANAG die VIntA, die *Verordnung über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer* in Kraft.

Obwohl zu diesem Zeitpunkt keine entsprechenden administrativen Strukturen bestanden, stellte das Parlament 2000 zehn Millionen Franken zur Förderung der Integration bereit. Die Eidgenössische Ausländerkommission wurde mit der Verwaltung des Kredits mandatiert. Um den Integrationskredit verwalten zu können, mussten entsprechende Strukturen geschaffen und das Personal im Kommissionssekretariat sukzessive aufgestockt werden. Auf der Basis der Vorarbeiten des Sekretariats stellte die Kommission dem Bundesamt Antrag über die Mitfinanzierung von Projekten. Parallel dazu schuf das BFA 2002 die *neue Abteilung «Integration und Bürgerrecht»*. Ihre Aufgabe war es, den Stellenwert der Integration im Amt zu verstärken. Der kurz zuvor eingesetzte Sekretär der EKA, Mario Gattiker, wurde Leiter der Abteilung und bald darauf Vizedirektor des Amtes. Administrativ wurde das Sekretariat der Eidgenössische Ausländerkommission der neuen Abteilung zugeordnet.

Die Integration bildete in den ersten Jahren der neu ernannten Kommission den wichtigsten Arbeitsschwerpunkt. Neben der *Förderung konkreter Projektaktivitäten* wurde insbesondere die *Entwicklung lokaler Integrationsfachstellen* vorangetrieben. Die politische Arbeit rückte einstweilen in den Hintergrund. Es war das Verdienst der neu gewählten Leiterin des Sekretariats, Simone Prodolliet, dass die politische Arbeit und damit zahlreiche Aktivitäten der EKA im Jahr 2003 wieder aufgenommen, bzw. verstärkt wurden. In ihren Stellungnahmen sprach sich die Kommission immer wieder gegen ein «Zweikreisemodell» aus, welches für Ausländerinnen und Ausländer aus EU-Staaten einerseits und Personen aus Drittstaaten andererseits unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen vorsah. In Rahmen von Jahresthemen wurden integrationsrelevante Themen vertieft. Materialien zur Integrationspolitik ergänzten die Grundlagenarbeit. Empfehlungen an die Adresse der Praktikerinnen und Praktiker und nationale Tagungen rundeten die politische Tätigkeit ab. Auch die Vernetzungsarbeit wurde weitergeführt. Die lokalen Akteurinnen und Partner wurden zu jährlichen Vernetzungstreffen eingeladen. Mit terra cognita, der Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration, wurde die *publizistische Tätigkeit der Kommission* fortgeführt. 2004 engagierte sich die Eidgenössische Ausländerkommission zudem für die

34 Jahre im Sekretariat der CFE

18 Jahre alt war sie, neu in Bern und bereit, die Sprache Goethes zu lernen: die Italienerin Sylvana Béchon, aufgewachsen im französischsprachigen Teil des Wallis. Ein Jahr wollte sie bleiben – 36 sind es bis heute geworden, davon 34 Jahre im Sekretariat der EKA, pardon der CFE. Denn Sylvana Béchon ist die Verkörperung der Romandie im CFE-Sekretariat. Sie ist unter anderem für das Lektorat der französischen und italienischen Texte verantwortlich.

Sylvana, du hast 6 Kommissionspräsidenten und 7 zuständige Bundesrätinnen und Bundesräte erlebt, unter 6 Sekretariatsleitern und -leiterinnen gearbeitet, an 6 verschiedenen Standorten dein Büro eingerichtet. Wo stellst du die grössten Veränderungen fest?

Damals wie heute wird viel über Ausländer geschrieben und geredet. Mir scheint, die Debatten heute sind fundierter und gescheiter.

Das Bewusstsein, dass Integration unterstützt werden muss, hat sich endlich durchgesetzt. Und eigentlich wissen wir auch, dass es eine Arbeit ist, die niemals fertig ist: weder beim Individuum, noch in der Gesellschaft generell. Es gibt aber Themen, die gleich geblieben sind. Seit ihrem Bestehen hat die CFE darauf hingewiesen, dass die Sprache der wichtigste Faktor für die Integration ist. In der Politik stiess sie damit jahrelang auf taube Ohren. Es gab dazu keine Mittel. Heute nun höre ich die alte Botschaft endlich aus dem Mund der Politiker.

Die CFE hat eine bewegte Geschichte, musste sich immer wieder anpassen und erneuern. Gibt es für dich einen Tag, der besonders wichtig war?

Diesen Tag gibt es: Es war der 10. Juni 1998. Während der Jahrestagung erschien unser Präsident, Nationalrat Fulvio Caccia, auf der Bühne und teilte uns mit, dass er und die anderen Nationalräte soeben den Artikel 25a (Integrationsartikel im alten ANAG) genehmigt hatten. Endlich!

Und welches Ereignis ist dir als Tiefpunkt in Erinnerung?

Das war wahrscheinlich im Herbst 1982. Nach meiner Einbürgerung durfte ich erstmals an die Urne. Stolz legte ich mein Ja zum neuen Ausländergesetz ein. Aber das Gesetz wurde abgelehnt.

Du sprichst deine Einbürgerung an. Gab es für dich eine Spezialbehandlung?

Ja und Nein. Ich wurde vom damaligen EKA-Sekretär sanft gedrängt, endlich Schweizerin zu werden (ich war als Ausländerin der dritten Generation in Monthey aufgewachsen). In Bern hatte ich aber keine Chance auf Einbürgerung – ich konnte nicht genügend Deutsch. Dank guter Beziehungen (der Präsident der Walliser Einbürgerungskommission war EKA-Mitglied) durfte ich mich am Wohnort meiner Eltern einbürgern lassen. Dort war und bin ich bestens integriert: eine überzeugte Walliserin.



Sylvana Béchon im Nationalratssaal: an der Jubiläumsveranstaltung der EKA 1990 (im Hintergrund: Liselotte Funke, Ausländer-Beauftragte der BRD).

rückblick

erleichterte Einbürgerung von jungen in der Schweiz aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländern. Von Volk und Ständen wurde diese Anliegen 2004 jedoch zum dritten Mal abgelehnt.

Zwischen 2005 und 2007 kam es zu einer weiteren Reform der Bundesverwaltung. Mit der Begründung, dass die Migrationspolitik besser gesteuert und konsequent vollzogen werden könne, wurde das IMES, das zuvor aus dem Bundesamt für Ausländerfragen hervorgegangen war, mit dem Bundesamt für Flüchtlinge zum Bundesamt für Migration (BFM) zusammengelegt. Diese Idee, welche wenige Jahre zuvor noch keine Mehrheit gefunden hatte, fand nun, mit Blick auf mögliche Einsparungen, Gefallen. Gleichzeitig wurde von Bundesrat Christoph Blocher im Rahmen der Verwaltungsreform auch die Zusammenlegung der Eidgenössischen Ausländerkommission mit der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen vorgesehen.

Immer mehr gelangte die Verwaltung zur Einsicht, dass Integration nicht nur als staatspolitische Aufgabe deklariert, sondern auch als solche wahrgenommen werden müsse. Die Sektion Integration im Bundesamt für Migration koordinierte die Integrationsaufgaben verschiedener Bundesstellen und intensivierte die Zusammenarbeit mit den kantonalen und städtischen Integrationsdelegierten. Sie erarbeitete den Bericht zu den *«Problemen der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz»*. Dieser wurde dem Bundesrat im August 2006 unterbreitet. Der Bundesrat erteilte den zuständigen Departementen und Ämtern den Auftrag, in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen entsprechende Massnahmen vorzuschlagen. Die Interdepartementale Arbeitsgruppe Migration (IAM) unter dem Vorsitz des Amtsdirektors Eduard Gnesa wurde beauftragt, das Vorgehen zur Umsetzung der Massnahmen zu koordinieren. In enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Migration und Francis Matthey, dem Präsidenten der Eidgenössischen Ausländerkommission, wurde die Überführung der Verwaltung des Integrationskredits an das Bundesamt ab 2008 vorbereitet. Zusammengearbeitet wurde auch bei der Entwicklung eines neuen Schwerpunkteprogramms.

2006 mussten sich die Stimmberechtigten sowohl zum *neuen Ausländergesetz* als auch zum *revidierten Asylgesetz* äussern. Strategische Überlegungen bewogen die EKA dazu, zu keiner der beiden Vorlagen Abstimmungsempfehlungen abzugeben. Von den Stimmberechtigten wurden beide Gesetze deutlich angenommen.

Am 31. Dezember 2007 endete das Mandat der Eidgenössischen Ausländerkommission. Aus der Fusion mit der Eidgenössischen Flüchtlingskommission wurde am 1. Januar 2008 die *Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM)* mit 30 Mitgliedern und einem stark reduzierten Sekretariat ins Leben gerufen. Diese Kommission wird sich fortan mit ausländer- und asylpolitischen Fragen auseinandersetzen.

anhang

Mitgliederliste Ausländerkommission

Liste der Mitarbeitenden im EKA-Sekretariat

Integrationskredit: Projekte und Beiträge 2007 nach Kantonen und Schwerpunkten

Integrationskredit: Liste der unterstützten Projekte 2007

EKA-Sekretariat (2007)

Simone **Prodolliet**, Leiterin des EKA-Sekretariats

Elsbeth **Steiner**, Koordinatorin Kommunikation und Support. stv. Leiterin a.i.

Ruth K. **Tennenbaum**, Koordinatorin Integrationsförderung a.i.

Sylvana **Béchon**, Administration und Dokumentation

Prosper **Dombele**, Integrationsförderung

Giuseppina **Greco**, Integrationsförderung

Biljana **Käser**, Integrationsförderung

Adrian **Linder**, Integrationsförderung

Alexandra **Mona**, Administration

Urs **Pfeiffer**, Grundlagen & Politik

Mathilde **Schulte-Haller**, Integrationsförderung

Pascale **Steiner**, Grundlagen & Politik

Ana Maria **Witzig-Marinho**, Integrationsförderung

Mitglieder der Eidgenössischen Ausländerkommission

Francis **Matthey**, Präsident, Alt-Nationalrat, Alt-Regierungsrat NE, La Chaux-de-Fonds, (Ausschuss Politik)

Anna **Rüdeberg-Pompei** Dr. med., Vize-Präsidentin, Italien, Coordinamento nazionale dei COMITES, Wabern (Ausschuss Projekte)

Walter **Schmid**, Dr., Vize-Präsident, Winterthur (Ausschuss Projekte)

Regina **Bühlmann**, Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, Bern (Ausschuss Politik/Ausschuss Projekte)

Christina **Burger**, USA/Schweiz, Schweiz. Evang. Kirchenbund, Basel (Ausschuss Politik)

Antonio **da Cunha**, Prof. Dr., Portugal, Fédération des associations portugaises de Suisse, Lausanne (Ausschuss Politik)

Ruth **Derrer Balladore**, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich (Ausschuss Politik)

Kais **Fguiri**, Tunesien, Sozialarbeiter, OSAR, Salins/VS

Hans Peter **Flückiger**, Landwirt, Schweizerischer Bauernverband Brugg, Zurzach/AG

Alagipody **Gunaseelan**, Sri Lanka, Pflegemitarbeiter, Luzern (Ausschuss Projekte)

Rudolf **Horber**, Dr., Schweiz. Gewerbeverband, Bern

Vivian **Kiefer-Vargas**, Philippinen/Schweiz, medizinische Laborantin, Basel (Ausschuss Projekte)

Luzolo Raoul **Lembwadio**, Kongo/Schweiz, Psychologe, BDE Associations et groupements africains, Boudry/NE (Ausschuss Politik)

Juan Rodrigo **Montaluia** Vivas, Ecuador, Ökonom, Genf (Ausschuss Politik)

Julia **Morais**, Deutschland, Dolmetscherin, Vereinigung der Integrationsdelegierten der Kantone und Städte (Ausschuss Politik)

Gianni **Moresi**, Schweiz. Berufsbildungsämter-Konferenz, Breganzona (Ausschuss Projekte)

Carmen **Pereira Fleischlin**, Brasilien/Schweiz, Lehrerin, Zürich (Ausschuss Politik)

Stanislava **Racic**, Kroatien/Schweiz, CH-Bischofskonferenz, Zürich (Ausschuss Projekte)

Liana **Ruckstuhl**, Schweiz. Städteverband, St. Gallen

Rita **Schiavi Schäppi**, Italien/Schweiz, Gewerkschaftssekretärin GBI Zentralsekretariat Zürich, Basel (Ausschuss Projekte)

Roger **Schneeberger**, Generalsekretär KKJPD, Bern

Dragoslava **Tomovic**, Serbien-Montenegro/Schweiz, Dr. med. Ärztin, Bern (Ausschuss Projekte)

Denis **Torche**, Travail.Suisse, Bern (Ausschuss Politik/Ausschuss Projekte)

Myrtha **Welti**, Alliance F, Bund Schweiz. Frauenorganisationen, Zürich (Ausschuss Politik)

Hatice **Yürütücü**, Türkei/Schweiz, Türkische Gemeinschaft Schweiz, Zürich (Ausschuss Politik)

Maria Luisa **Zürcher-Berther**, Fürsprecherin, Schweiz. Gemeindeverband, Schönbühl

Beat **Meiner**, Ethnologe, Generalsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, Bern (Beobachter)

Integrationskredit

Anzahl der unterstützten Projekte und Höhe der Beiträge nach Schwerpunkten 2007

Kanton Canton	Total		SP A		SP B		SP C		SP D		SP E	
	N	CHF	N		N	CHF	N	CHF	N	CHF	N	CHF
AG	35	722'018	3	439'360	1	8'000	28	176'913	2	72'745	1	25'000
AI+AR	1	7'690	0	0	0	0	1	7'690	0	0	0	0
BE	58	1'122'897	7	445'805	4	67'900	41	239'841	4	349'000	2	20'351
BL/BS	3	22'220	1	9'720	1	4'500	0	0	0	0	1	8'000
BL	22	392'330	4	150'430	0	0	16	81'900	2	160'000	0	0
BS	41	889'986	9	447'886	1	45'000	28	157'100	2	230'000	1	10'000
FR	10	210'500	2	125'000	0	0	7	40'500	1	45'000	0	0
GE	25	707'670	6	169'900	0	0	17	137'770	2	400'000	0	0
GL	4	35'454	0	0	0	0	4	35'454	0	0	0	0
GR	7	150'364	2	83'476	0	0	4	26'888	1	40'000	0	0
JU	5	166'500	1	120'000	0	0	3	16'500	1	30'000	0	0
LU	41	801'015	7	336'615	5	62'500	27	149'400	2	252'500	0	0
NE	15	448'945	3	169'500	0	0	10	79'445	2	200'000	0	0
NW+OW	11	77'240	1	27'540	0	0	10	49'700	0	0	0	0
SG	40	700'023	8	251'716	2	23'900	28	144'407	2	280'000	0	0
SH	16	388'500	2	180'500	0	0	12	80'000	2	128'000	0	0
SO	17	264'216	7	160'146	1	7'380	8	72'690	0	0	1	24'000
SZ	7	157'600	1	57'600	0	0	5	40'000	1	60'000	0	0
TG	13	450'699	3	285'114	0	0	8	65'585	2	100'000	0	0
TI	22	303'605	1	31'680	1	7'000	17	112'925	2	112'000	1	40'000
UR	3	46'320	0	36'210	0	0	3	10'110	0	0	0	0
VD	37	854'000	7	174'800	0	0	27	231'200	3	448'000	0	0
VS	24	278'342	5	158'197	1	6'000	18	114'145	0	0	0	0
ZG	13	192'455	2	86'800	0	0	10	45'655	1	60'000	0	0
ZH	97	2'274'428	18	937'702	4	131'000	67	415'726	4	710'000	4	80'000
CH	30	1'303'400	1	93'600	3	259'200	6	39'000	3	50'000	17	861'600
Total	597	12'968'417	101	4'979'297	24	622'380	405	2'570'544	39	3'727'245	28	1'068'951

Integrationsförderung des Bundes: Mitfinanzierte Projekte 2007

Die Liste enthält alle Projekte, die 2007 einen Beitrag aus dem Integrationsförderungskredit des Bundes erhalten haben. Sie enthält den Namen des mitfinanzierten Projektes und der Trägerschaft sowie den bewilligten Beitrag. Die Liste ist entsprechend den Schwerpunkten des Integrationsförderungsprogramms und nach Kantonen geordnet. Wer zusätzliche Angaben zu einem bestimmten Projekt wünscht, muss bei einer Nachfrage die Projektnummer angeben.

Nr.	KT	SP	Projekt / Projet	Organisation	CHF
A-04-0144	AG	A	Deutsch für Familienfrauen	ECAP Aargau	97'200
A-04-0150	AG	A	MuKi-Deutsch. Deutsch- und Integrationskurse für Immigrantinnen und ihre Vorschulkinder an Schulen	machBar Bildungs-GmbH Aarau, Erwachsenenbildung, Integration, Konfliktbearbeitung	250'000
A-04-0153	AG	A	Integrationskurs Deutsch/Beruf/Bildung	ECAP Aargau	92'160
A-05-1000	BB	A	Textwerkstatt	ECAP Basel	9'720
A-04-0281	BE	A	Integrationskurse: Deutsch und berufliche Orientierung für neu zugezogene MigrantInnen	FORMAZIONE, Regionalstelle Bern der Stiftung ECAP	129'600
A-04-0292	BE	A	HEKS Integrationsprojekte HIP, Konversationskurse	HEKS Regionalstelle Bern	85'000
A-04-0303	BE	A	Deutschkurse für fremdsprachige Erwachsene in der Region Oberrargau	Verein zur Förderung der Bildung und Integration in der Region Oberrargau, Geschäftsstelle interunido,	80'000
A-05-0937	BE	A	Francintégrajube	Université populaire jurasienne	18'773
A-05-0997	BE	A	Deutsch und Französisch Intensiv-Integrationskurse	Volkshochschule Biel und Umgebung	60'000
A-06-1702	BE	A	MuKi Deutsch	HEKS Regionalstelle Bern	18'432
A-06-1705	BE	A	Sprachkurse MULTIMONDO	Verein "MULTIMONDO Multikulturelles Begegnungszentrum Biel"	54'000
A-04-0233	BL	A	Frauenbildungsprojekt Connectica 2	Ausländerdienst Baselland	72'000
A-04-0236	BL	A	Intensiv-Deutschkurs für NeuzuzügerInnen "Allegra"	Ausländerdienst Baselland / ALD	45'000
A-06-1703	BL	A	Intensiv-Deutschaufbaukurs für Neuzugezogene Allegra Plus	Ausländerdienst Baselland/ALD	12'000
A-06-1704	BL	A	Connectica Plus	Ausländerdienst Baselland/ALD	21'430
A-04-0238	BS	A	ASPECTA: Deutsch- und Integrationskurse für fremdsprachige Frauen	ABSM Ausbildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen	72'000
A-04-0240	BS	A	Alphabetisierungskurse für fremdsprachige Erwachsene	ECAP Basel	28'600
A-04-0246	BS	A	Lernen im Park	Lernen im Park/K5	66'000
A-04-0323	BS	A	Deutsch und Integration im Quartier	K5 Basler Kurszentrum für Menschen aus 5 Kontinenten	70'000
A-04-0325	BS	A	Integrationskurse für neu zugezogene MigrantInnen im Quartier	ECAP Basel	70'560
A-04-0331	BS	A	Deutsch und Integration in den Gemeinden Riehen und Bettingen	Gemeinden Riehen und Bettingen	15'120
A-04-0349	BS	A	Ich lerne Deutsch fürs Kind in Kindergarten oder Schule	Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt, Ressort Schulen, Fachstelle Sprachen	85'000
A-05-0960	BS	A	Sprachlernen am Computer	New Visibility GmbH	22'400
A-06-1710	BS	A	Verein "Miteinander vorwärts"	Verein "Miteinander vorwärts"	18'206
A-04-0253	CH	A	Deutsch- / Französischkurse für schwer erreichbare Zielgruppen	Unia	93'600
A-04-0358	FR	A	Formation de base "Lire et Ecrire", alphabétisation d'adultes	Association Lire et Ecrire	55'000
A-04-0359	FR	A	Apprendre le Français/l'allemand entre femmes avec garderie	Espacefemmes Fribourg	70'000

A-04-0366	GE	A	Cours de français: vie quotidienne	Croix Rouge genevoise	35'000
A-04-0370	GE	A	C.R.I.P.A.M.	Croix-Rouge genevoise	14'400
A-04-0371	GE	A	Cours d'alphabétisation et de Français	Association Camarada	40'000
A-04-0377	GE	A	Cours de français et de culture générale pour femmes albanaises	Université Populaire Albanaise	35'500
A-05-0945	GE	A	Cours de base de français oral et écrit pour femmes	Association CEFAM	15'000
A-06-1728	GE	A	Le français pour favoriser l'autonomie et l'intégration	Centre d'accueil et de formation de la Roseaie	30'000
A-04-0092	GR	A	Integrationshilfe für Migrantinnen im Kanton Graubünden	Frauenzentrale Graubünden	64'800
A-06-1695	GR	A	Deutsch als Fremdsprache	Schule St. Catharina	18'676
A-05-0948	JU	A	Comunica	Commission cantonale jurasienne d'intégration des étrangers	120'000
A-04-0085	LU	A	Deutsch- und Integrationskurse für neu zugezogene MigrantInnen in der Stadt Luzern und Umgebung	Stiftung ECAP Zentralschweiz	86'400
A-04-0091	LU	A	Bildungsangebot für Migrantinnen	Caritas Luzern	63'000
A-04-0100	LU	A	Deutsch- und Integrationskurse für Frauen/Mütter	FABIA Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern	65'917
A-04-0114	LU	A	TastaWo	Verein "Migration - Kriens integriert" (Projekt TastaWo)	8'000
A-04-0117	LU	A	Deutsch- und Integrationskurse für Frauen	CIFL-ENAIP	50'388
A-05-0947	LU	A	Alphabetisierungskurse für fremdsprachige Erwachsene	Stiftung ECAP Zentralschweiz	32'400
A-05-0976	LU	A	Deutsch- und Integrationskurs für Mütter und Kind	FABIA Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern	30'510
A-04-0206	NE	A	Cours de français pour nouveaux arrivants	Bureau du délégué aux étrangers	80'300
A-04-0362	NE	A	Communiquer pour s'intégrer	RECIF	35'000
A-04-0373	NE	A	Programme cantonal de français et d'intégration	Bureau du délégué aux étrangers BDE	54'200
A-05-0977	NW	A	Deutsch- und Integrationskurs für Frauen/Mütter	FABIA Fachstelle für die Bildung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern	27'540
A-04-0095	SG	A	HEKS in-fra Integrationsprojekt für Migrantinnen	HEKS Flüchtlings- und Inlanddienst Ostschweiz	57'600
A-04-0101	SG	A	Deutschkurse für fremdsprachige Frauen	Schule Rorschach	16'000
A-04-0134	SG	A	Mikado-Deutsch- und Integrationskurse für Migrantinnen	PlusPunkt-Zentrum für Bildung und Kultur	52'701
A-04-0151	SG	A	Deutsch für Mütter in den Quartiersschulhäusern	Schulamt Stadt St. Gallen	23'365
A-04-0173	SG	A	Deutsch für fremdsprachige Frauen mit Kinderbetreuung	Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen BILANG Deutschkurse	44'550
A-04-0326	SG	A	Deutschkurs für Fremdsprachige in Degersheim	Wohn- und Pflegeheim Steinegg	17'500
A-06-1712	SG	A	Domino-Deutsch- und Integrationskurse für Migrantinnen	Sprachschule Susanne Büchler	27'000
A-06-1715	SG	A	Alphabetisierung, Erstes Deutsch für fremdsprachige Frauen	A.I.D.A.	13'000
A-04-0097	SH	A	Co-Opera Schaffhausen-Integrationskurse für MigrantInnen	SAH Schaffhausen	149'500
A-05-0979	SH	A	Deutsch mit Euch	Integres Schaffhausen	31'000
A-04-0269	SO	A	Leben in Biberist	VHS Solothurn / Interessengemeinschaft Biberist	6'173
A-04-0271	SO	A	Leben in Gerlafingen	Volkshochschule Solothurn und IG Gerlafingen	4'890
A-04-0273	SO	A	Leben in Solothurn und Umgebung	Volkshochschule Solothurn	16'020
A-04-0299	SO	A	Lernen in der Gemeinde	HEKS Regionalstelle AG/SO	30'000
A-05-0965	So	A	Integrationskurs Deutsch/Beruf/Bildung	ECAP Solothurn	25'703

anhang

A-06-1711	SO	A	Leben in Grenchen und Umgebung	Volkshochschule Solothurn	22'320
A-06-1763	SO	A	MuKi-Deutsch- und Integrationskurse	machBar Bildungs-GmbH	55'040
A-06-1694	SZ	A	Deutsch für Frauen	KomIn, Kompetenzzentrum für Integration	57'600
A-04-0087	TG	A	Deutsch- und Integrationskurse	Abteilung Soziales Fachstelle für Integration	45'000
A-04-0089	TG	A	HEKS in-fra Integrationsprojekt für Migrantinnen	HEKS Flüchtlings-und Inlanddienst Ostschweiz	202'000
A-04-0141	TG	A	Deutschkurse für fremdsprachige Frauen und Männer	Oberstufengemeinde Romanshorn-Salmsach	38'114
A-04-0365	TI	A	AMiCi QBA Corso comunicativo in lingua italiana, di 88 ore	CLIC Cooperativa Laboratorio per l'Impresa Comunitaria	31'680
A-04-0074	UR	A	Deutsch- und Integrationskurse für fremdsprachige Erwachsene	Schule und Elternhaus Uri	36'210
A-04-0368	VD	A	Intégration des familles par l'apprentissage du Français	Service Communautaire de la Planchette	50'000
A-04-0369	VD	A	Cours de français pour mères musulmanes du quartier Gilamont	Services sociaux de Vevey / Intégration des étrangers	10'000
A-04-0380	VD	A	SIAM 2004- Services d'Intégration et d'Aide aux Migrants	Thais&Friends	27'800
A-04-0382	VD	A	Cours intensif de Français	Centre Pôle Sud	30'000
A-05-0941	VD	A	Cours de français pour migrants à Yverdon	Caritas Vaud	27'000
A-05-0942	VD	A	Langue et communication	Espace Homme Appatenances	15'000
A-06-1727	VD	A	Cours de français à Nyon	Caritas Vaud	15'000
A-04-0357	VS	A	Cours d'intégration pour femmes d'origine étrangère (CIFE)	OSEO-Valais	35'000
A-04-0361	VS	A	FRANCAIS - ICI Etude Ecriture Expression	Association Espace interculturel Sierre	33'000
A-04-0363	VS	A	Cours de français	Commission de l'intégration des étrangers	32'000
A-04-0372	VS	A	Deutschkurs für Fremdsprachige Frauen im Oberwallis	Forum Migration Oberwallis	35'447
A-04-0387	VS	A	Cours de Français	Centre suisse-Immigrés	22'750
A-04-0096	ZG	A	Zuger Integrationssprachoffensive: Deutschkurse mit Sozialinformationen für fremdsprachige Frauen	Einwohnergemeinden Zug und Baar	59'800
A-04-0098	ZG	A	Aufbau des Fachbereichs Sprache und Kultur	ProArbeit	27'000
A-04-0220	ZH	A	Deutsche Konversation in kleinen Gruppen	HEKS Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz, Regionalstelle Zürich	40'000
A-04-0231	ZH	A	Deutschkurse für den Alltag	Jugendsekretariat Dielsdorf	46'800
A-04-0275	ZH	A	Deutsch in der Region Bülach	machBar Bildungs GmbH	68'775
A-04-0288	ZH	A	Integral: Konversations- und Austauschprogramm für MigrantInnen	Verein Mozaik	47'000
A-04-0290	ZH	A	Deutsch Alphabetisierungskurse des Vereins FEMIA + Sprechpunkt	Verein FEMIA, Kultur- und Bildungshaus für Migrantinnen	75'520
A-04-0305	ZH	A	Förderung der Integration der albanischen Frauen der Region Zürich	Albanischer Frauenverein "DRITA" Zürich	35'400
A-04-0312	ZH	A	Integrationskurse für junge Erwachsene	Stadt Zürich, Soziale Einrichtungen und Betriebe, Geschäftsbereich Arbeitsintegration	101'400
A-04-0314	ZH	A	Deutsch-Alphabetisierung und Nachalphabetisierung für Migrantinnen	SAH Zürich	32'400
A-04-0315	ZH	A	Deutschkurse für fremdsprachige Mütter mit Kinderbetreuung	Kleinkindberatung, Jugendsekretariat Bezirk Dietikon	25'000
A-04-0319	ZH	A	Deutschkurse im Kanton Zürich - Zürcher Oberland (ZO) und Bezirk Horgen	Akrotea.ch GmbH	270'000
A-04-0321	ZH	A	Login	Stadt Zürich, Soziale Einrichtungen und Betriebe, Geschäftsbereich Arbeitsintegration	30'000
A-06-1706	ZH	A	Textwerkstatt	Stiftung ECAP	9'680
A-06-1707	ZH	A	Deutsch- und Integrationskurs für SeniorInnen	BKZ ENAIP Zürich	22'500

A-06-1709	ZH	A	Deutschkurs für Neuzuzüger/innen der Stadt Winterthur	Stadt Winterthur	8'600
A-06-1714	ZH	A	Sprachkurse mit Goethe Sprachtest 1 und 2 (Schwellenstufe)	AUDIOVIS, Sprachschule und Lernstudio	7'883
A-06-1716	ZH	A	Deutsch in Schlieren und/oder anderen Limmattaler Gemeinden	machBar, Bildungs-GmbH Aarau	65'800
A-06-1717	ZH	A	Alphabetisierung auf Deutsch	Stiftung ECAP Winterthur	43'200
A-06-1771	ZH	A	Arbeits- und Lernmethoden (ALM) für Fremdsprachige	Audiovis Sprachschule und Lernstudio	7'744
B1-07-2422	AG	B1	Mentoring-Projekt für junge Frauen im Aargau	FrauenLandsGemeinde	8'000
B1-07-2728	BB	B1	MigrantInnen engagieren sich	Studien- und Bildungszentrum für Migrationsfragen (CSERPE)	4'500
B1-05-1097	BE	B1	Mentoring für Jugendliche mit Migrationshintergrund - "JC+"	Berufs- Studien- und Laufbahnberatung Biel-Bienne-Seeland	33'200
B1-06-2123	BE	B1	Alltagsorientierung für Migrantinnen in Bern West	Reformierte Kirchgemeinde Bethlehem	12'300
B1-07-2509	BE	B1	Sendungen öffnen - Interkulturalität fördern	Radio RaBe	12'000
B1-07-2542	BE	B1	HSK-Lehrkräfte: Fort- und Weiterbildung	Verein Bernische Dachorganisation Heimatsprachkurse (HSK)	10'400
B1-07-2388	BS	B1	Aus- und Weiterbildungsanteil des Projekts "Information ist Integration"	Stiftung Radio X	45'000
B1-04-0415	CH	B1	Bildungsangebot für "interkulturelle Kompetenzen in der Jugendarbeit"	Caritas Schweiz, Abteilung Integration und Soziale Projekte	100'000
B1-04-0417	CH	B1	Fortbildung für Integration: Sicherheit und Kompetenz fördern	NCBI Schweiz	77'200
B1-04-0336	LU	B1	Ausbildung für interkulturelle Animation (AikA)	Ausbildung für interkulturelle Animation AikA	15'000
B1-07-2244	LU	B1	Luzerner Elternnetz	Drogen Forum Innerschweiz, Fachstelle für Suchtprävention DFI Luzern	15'000
B1-07-2402	LU	B1	Projekt "Schlüsselpersonen"	Arbeitsgruppe Integration (Gemeinde Grosswangen)	5'000
B1-07-2391	SG	B1	Interkulturelle Konfliktprävention und -bearbeitung im Sportverein	ARGE Integration Ostschweiz	5'000
B1-07-2410	SO	B1	FemmesTische mit Migrantinnen	Schweizerisches Rotes Kreuz Kanton Solothurn	7'380
B1-07-2668	TI	B1	Zusammenleben mit Adentro! Europa-Schweiz in Tessin	Femaes	7'000
B1-05-1025	ZH	B1	Networking for Jobs	Platform Networking for Jobs c/o Vorausdenken	54'000
B1-06-1744	ZH	B1	AltuM	HEKS Regionalstelle Zürich/Schaffhausen	30'000
B2-05-1081	CH	B2	Migrationsbus: Konzept für eine kultursensible Altenhilfe	CURAVIVA, Verband Heime und Institutionen Schweiz	82'000
B2-05-1459	LU	B2	Vielfalt in Sportvereinen	Caritas Luzern, Fachstelle Interkulturelle Vermittlung	7'500
B2-07-2399	LU	B2	Jubla+	Blauring & Jungwacht Kanton Luzern	20'000
B2-07-2426	SG	B2	Interkulturelle Öffnung Cevi Rapperswil-Jona"	TiKK, Verein Taskforce interkulturelle Konflikte	18'900
B2-07-2731	VS	B2	Albanische Kulturwoche im Oberwallis	Kii (Klub Integrationsinitiative)	6'000
B2-04-0993	ZH	B2	HEKS Verein ZH	Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS), Regionalstelle Zürich/Schaffhausen	20'000
B2-07-2381	ZH	B2	Integration als Schwerpunkt	okaj zürich	27'000
C-07-2175	AG	C	Mehr Info	Kroatischer Sozialdienst	2'225
C-07-2233	AG	C	Gemeinsam statt einsam	Integrationsnetz Region Zofingen	6'500
C-07-2239	AG	C	Bücherkoffer	Integrationskommission der Gemeinde Küttigen c/o K. Knobel Käser	1'500
C-07-2240	AG	C	Irak Social Center	Irak Social Center	3'800
C-07-2245	AG	C	Frauentreff	CARITAS Aargau	4'000
C-07-2257	AG	C	Lernen im Quartier	Verein Lernen im Quartier	7'500

anhang

C-07-2261	AG	C	Midnight Basketball Kanton Aargau	Midnight Basketball Aargau c/o Midnight Projekte Schweiz	8'000
C-07-2264	AG	C	Schnabelwetzler AG	SSASSA	10'800
C-07-2290	AG	C	Weltoffenes Niederlenz/Grüezi-träff	Gemeinde Niederlenz	8'500
C-07-2293	AG	C	Tanzen ohne Grenzen	Kroatischer Kulturklub	1'500
C-07-2363	AG	C	Netzwerk Bildung und Migration	Verein nb&m Netzwerk Bildung und Migration	8'000
C-07-2367	AG	C	Viele Fäden Plus	Verein Integration Freiamt	10'000
C-07-2368	AG	C	Mira- Muki-Treff	Verein Integration Freiamt	3'580
C-07-2543	AG	C	café-international	Gemeinnütziger Frauenverein	9'600
C-07-2546	AG	C	Deutsch für Frauen	Netzwerk Integration Oberwynental	9'000
C-07-2585	AG	C	Treff: ... interkulturell austauschen - einander verstehen	Frauzentrum Aarau	10'000
C-07-2592	AG	C	Treffpunkt Museum, Deutsch für Fremdsprachige	Stiftung ECAP Aargau	5'000
C-07-2604	AG	C	"EINANDER kennen lernen und mit allen Sinnen basteln"	Integrationsnetz Region Zofingen	6'000
C-07-2607	AG	C	Midnight Basketball Reinach	Förderverein Midnight Projekt Schweiz	8'000
C-07-2608	AG	C	Midnight Basketball Wettingen	Förderverein Midnight Projekt Schweiz	8'000
C-07-2675	AG	C	Grüezi Treff für Frauen in Seon	Muslime-Christen Seon	3'000
C-07-2676	AG	C	Gleam Concerts & Events	Bernd Gellert, Wettingen	12'000
C-07-2677	AG	C	Deutsch für Mütter in Gebenstorf	Deutsch für Mütter Gebenstorf	4'188
C-07-2684	AG	C	PRIMOS-Es ist schön alt zu werden (AG)	Stiftung FOPRAS	12'500
C-07-2694	AG	C	Kultur Tipp & Trip	café international/alli-mitenand Zufikon	1'000
C-07-2695	AG	C	Mittwoch-Treff und Werbeaktion	café international/alli-mitenand Zufikon	3'000
C-07-2696	AG	C	Kommunikation + dezentrale Vereinsgespräche am Runden Tisch	Drehscheibe Vereine & Migration Aarau	5'000
C-07-2699	AG	C	Informationsveranstaltungen Kommunikation-Integrationsbrücke	Bosnischer Kulturverein Aargau	4'720
C-07-2701	AR	C	Integration ist kein Zufall	Schulgemeinde Speicher	7'690
C-07-2164	BE	C	Von Mutter zu Mutter - Ein Elternbildungskurs	Verein famira	4'680
C-07-2171	BE	C	BAZORE Orte zum Zeit Tauschen	Quartierarbeit Bern Ost	8'000
C-07-2188	BE	C	Sonderprogramme	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	2'160
C-07-2189	BE	C	Nähtreff	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	8'370
C-07-2191	BE	C	Treffen in Deutscher Sprache	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	7'980
C-07-2192	BE	C	CHILI - Interventionsprojekt zum Thema Rassismus und Gewalt	Quartierverein Untermatt/Treffpunkt	1'000
C-07-2222	BE	C	Ein Ort der gegenseitigen Stärkung	Verein Lateinamerika-Schweiz ALAS	6'000
C-07-2243	BE	C	Fairness bei der Schulselektion und auf der Lehrstellensuche	National Coalition Building Institute NCBI, Sektion Bern	4'000
C-07-2256	BE	C	Gut informiert, gut integriert	Kurdischer Kulturverein	4'000
C-07-2258	BE	C	Frauen- und Kinderförderung Spiez	Mani Rosmarie & Brigitte Weber	5'640
C-07-2284	BE	C	INTERKONO Frauen InfoTreff	Projektgruppe INTERKONO	4'400
C-07-2288	BE	C	Kulturparcours 2	Musée Schwab	9'000
C-07-2291	BE	C	Pesche Günnt HipHop Musical nach Henrik Ibsen	Junge Bühne Bern	6'000
C-07-2302	BE	C	Tamilische Frauen Treffen	Young's Group	4'000
C-07-2322	BE	C	FemmesTISCHE für Migrantinnen in Biel/Bienne (Französisch)	Stadt Biel (Fachstelle Integration)	10'000
C-07-2324	BE	C	FemmesTISCHE für Migrantinnen in Biel-Bienne (Deutsch)	Stadt Biel (Fachstelle Integration)	10'000
C-07-2326	BE	C	Young's Group Meeting	Young's Group	2'000
C-07-2327	BE	C	Mitten unter uns, Zollikofen	SRK KV Bern, Abteilung Bildung, PL integrative Angebote	6'000

C-07-2329	BE	C	Familien - mitten unter uns, Bern West	SRK KV Bern, Abteilung Bildung, PL integrative Angebote	6'000
C-07-2332	BE	C	Mitten unter uns, Thun	SRK KV Bern, Abteilung Bildung, PL integrative Angebote	8'000
C-07-2452	BE	C	Informations- und Diskussionsreihe 2007	Frauen in Bewegung	5'000
C-07-2485	BE	C	Informations- und Austauschtreffen Ausländerinnen - Schweizerinnen Region Bern	Interessengemeinschaft Binational, Treffpunktgruppe Bern	1'450
C-07-2490	BE	C	Kinderbuchfestival Köniz: Die Serbische Sprache zu Gast	Kultursekretariat Köniz, Haberhuus Schloss Köniz	3'000
C-07-2497	BE	C	Soirées informatives pour parents migrants	Verein für fremdsprachige Eltern	4'000
C-07-2531	BE	C	Kurs Zivilgesellschaft CH	MULTIMONDO	6'400
C-07-2532	BE	C	Förderung der Integration	Kultur- und Solidaritätsverein vom Sansatal	2'650
C-07-2533	BE	C	Bewegte Berner Quartiere- Kinder, Jugendliche und Erwachsene	Serbisch orthodoxe Kirchgemeinde und (interfriends)	3'000
C-07-2540	BE	C	Das neue Ausländergesetz und binationale Paare und Familien	frabina Beratungsstelle für Frauen und binationale Paare	2'000
C-07-2541	BE	C	Wortwelten - (Gast)-Sprachen als Medium	Zentrum 5	5'200
C-07-2544	BE	C	Elternbildungs-Kurse	Verein Bernische Dachorganisation Heimatsprachkurse (HSK)	9'486
C-07-2545	BE	C	"0° - sehr heiss" - tamilisch-schweizerisches Theaterstück	Verein Alps Arankadikal, c/o	8'000
C-07-2550	BE	C	Erziehung hier und dort	Bildung und Integration im Oberaargau, BIO	6'795
C-07-2555	BE	C	info plus - Biel	FORMAZIONE, Regionalstelle der Stiftung ECAP	2'400
C-07-2559	BE	C	info plus - Bern	FORMAZIONE, Regionalstelle der Stiftung ECAP	2'400
C-07-2561	BE	C	Interkultureller Frauentreff Burgdorf	Gyriträft, Quartierzentrum der ev.-ref. Kirchgemeinde Burgdorf	4'780
C-07-2563	BE	C	"Mutram" (Eine Diskussion über die Konfrontationsthemen)	Tamillar Illam Bern	8'000
C-07-2566	BE	C	Informationen sind Wegleitungen - Kurs für tamilische Frauen	Tamillar Illam Bern	13'050
C-07-2578	BE	C	Ethnopoly 07	Sport - The Bridge	15'000
C-07-2582	BE	C	Südosteuropäische Integration durch Austausch mit Schweizern	Dialog, Verein für Integration und Austausch	5'000
C-07-2599	BE	C	Pubeithum Kahlam, "Die Blüte der Jugend"	Tamil Cine Circle T.C.C., Interkultureller Filmclub	10'000
C-07-2735	BE	C	Das Thema "Integration" auf Radio Blind Power (rbp).	Radio Blind Power	5'000
C-07-2145	BL	C	Mein Platz - Dein Platz mit Respekt und Toleranz	Treffpunkt Lavater	4'000
C-07-2162	BL	C	Konzert und Tanz mit albanischer und schweizerischer Musik	Lehrergesangverein Baselland	3'000
C-07-2210	BL	C	STRUDEL-Ferienwochen 2007	Verein STRUDEL	12'000
C-07-2320	BL	C	Kulturen über Grenzen - Integra 2007	OK Integra 2007	10'000
C-07-2441	BL	C	Kontaktstelle für Migrantinnen und Migranten	frauenplus Baselland	5'000
C-07-2450	BL	C	Männer wie wir	Tramstation, Jugend und Kulturhaus	6'850
C-07-2472	BL	C	Kinderwoche	Kroatische Ergänzungsschule Basel	2'000
C-07-2481	BL	C	Zusammenleben erleichtern	Tamilischer Verein	3'000
C-07-2513	BL	C	Info-Abende in Pratteln	Integrationskommission der Gemeinde Pratteln	1'050
C-07-2519	BL	C	Wir feiern zusammen	Famiglia Siciliana di Pratteln	5'000
C-07-2560	BL	C	Besser informiert	Tamilischer Verein	2'800
C-07-2619	BL	C	Kulturvermittelnde Schulsozialarbeit: Veranstaltungen	Kulturvermittelnde Schulsozialarbeit	5'000

anhang

C-07-2650	BL	C	Mädchen Mädchen	Tramstation - Jugend & Kulturhaus	3'900
C-07-2651	BL	C	Freizeit-Ausstellung	Colonia Libera Italiana	3'500
C-07-2653	BL	C	SENSIDIS	Morais Julia	6'000
C-07-2658	BL	C	Primos - Es ist schön, alt zu werden	Stiftung Fopras	8'800
C-07-2154	BS	C	Integrativer Migrationstreffpunkt an der Kontaktstelle 4055	Bezeichnung Kontaktstelle für Eltern und Kinder 4055	10'000
C-07-2170	BS	C	Part-Inspiration	Treffpunkt Integration Partizipation Information (TIPI)	4'000
C-07-2179	BS	C	Informationsveranstaltungen für MigrantInnenorganisationen	Alevitisches Kulturzentrum Region Basel	3'000
C-07-2218	BS	C	Midnight Basketball St. Johann, Stadt Basel	Midnight Projekte Schweiz	8'000
C-07-2270	BS	C	3F: Agenzia della famiglia Italiana	MI - A & c/o M. Boriello - Inglese	3'200
C-07-2303	BS	C	Integrationskurs Hinterhof 165 SRK BASEL	Basler Kurszentrum K5/SRK Basel	8'100
C-07-2312	BS	C	Bärennacht/Midnight Basketball im Matthäusquartier	Midnight Projekte Schweiz	4'000
C-07-2330	BS	C	Freizeitprogramme für Buben und Mädchen im Quartier	Quartierarbeit Theodor Herzl-Strasse	9'000
C-07-2336	BS	C	Pizza, Kebab und Basler Lækkerli - mit der Videokamera auf Identitätssuche	achsensprung - die videofahrtstatt, paiano & hangartner	4'800
C-07-2340	BS	C	Themen- und Kulturwochen	Union, Kultur- und Begegnungszentrum	10'000
C-07-2342	BS	C	Offener Frauen-Treff	Union, Kultur- und Begegnungszentrum	7'500
C-07-2346	BS	C	Infothé	Union, Kultur- und Begegnungszentrum	3'000
C-07-2418	BS	C	Interkulturelle und Interreligiöse Begegnung Basel 2007	Religionsgemeinschaften der Region	5'000
C-07-2419	BS	C	Alphorn, Chai und Plastik-Buddha - Cortège GloBâle	Museum der Kulturen Basel	8'000
C-07-2445	BS	C	Frauen begegnen Frauen: Begegnung	Evangelisch-reformierte Kirche Basel Stadt, Migrationsamt	10'000
C-07-2446	BS	C	Frauen begegnen Frauen: Konversation	Evangelisch-reformierte Kirche Basel Stadt, Migrationsamt	8'000
C-07-2469	BS	C	Zeitschrift für Kultur, Integration und Kommunikation	Verein Hallo Schweiz Merhaba	10'000
C-07-2471	BS	C	Veranstaltungs- und Diskussionsreihen	Verein Regenbogen	4'800
C-07-2477	BS	C	Kinderfesttag	Türkischer Schulverein BL/BS	5'000
C-07-2506	BS	C	VITAs Erzählcafé II	VITA - Verein für interkulturelle Treffpunkte und Anlaufstellen	2'400
C-07-2516	BS	C	Kalaivani-Schulfest und Informationsveranstaltungen	Freiplatzaktion Basel	3'500
C-07-2524	BS	C	Kleinbasler Familien-Ferien	Elterngruppe Bläsi, c/o Markus + Knöpfli-Rathke	2'000
C-07-2562	BS	C	Weshalb ist Goofy immer bekifft?	Verein für Jugendarbeit Kleinbasel, Worldshop	6'000
C-07-2568	BS	C	Integrativer Migrationstreffpunkt im Familienzentrum Gundeli	Familienzentrum Gundeli	3'500
C-07-2586	BS	C	Informationsveranstaltungen	BiH Frauengruppe BL/BS	2'400
C-07-2587	BS	C	Informationsveranstaltungen für BosnierInnen	Verein Bosnische Schule "Mak Dizdar", Basel	2'400
C-07-2622	BS	C	Shooting	Fontanilles Enrique	8'000
C-07-2725	BS	C	Präventionskurse zum Thema "sexuelle Gewalt"	Beratungsstelle Nottelefon für Frauen - Gegen sexuelle Gewalt	1'500
C-07-2136	CH	C	Faltprospekt Integrationsolympiaden	Daniel Gaberell	8'000
C-07-2300	CH	C	Kinderzeitschrift zum Thema "Fremdes auf Entdeckungsreise"	tut-Verein	10'000
C-07-2301	CH	C	LIBRA Kultur- und Integrationszeitschrift	Kroatischer Kulturklub	4'000
C-07-2403	CH	C	Kalender der Religionen 2007	IRAS COTIS	4'000
C-07-2557	CH	C	Kommunikation als Werkzeug zur Integration	Dachverband Brasilianischer Gruppen	3'000
C-07-2624	CH	C	Musique et spiritualités	Association IRAS COTIS	10'000
C-07-2143	FR	C	Débats à l'issue des films pour une meilleure cohabition	Festival international de Films Fribourg	10'000

C-07-2152	FR	C	ContEchanges ou la richesse de rencontres interculturelles multiples	LivrEchange	2'000
C-07-2337	FR	C	Duo-accompagnement de femme à femme	espacefemmes Fribourg	8'500
C-07-2620	FR	C	Le Square	Association le Square	6'000
C-07-2662	FR	C	Projet d'intégration Sicoop Schoenberg	Association "Animation pour les habitants Sicoop Schoenberg"	5'000
C-07-2716	FR	C	Festival international du conte de Fribourg	Assocaiton Stroryteller Museum	3'000
C-07-2721	FR	C	Elle - Intégration	Espacefemmes Fribourg	6'000
C-07-2263	GE	C	Vie quotidienne à Genève	Association Camarada	10'000
C-07-2283	GE	C	Ateliers créatifs interculturels	Croix-Rouge genevoise	7'000
C-07-2285	GE	C	Autour d'un repas et autres échanges	Croix-Rouge genevoise	8'850
C-07-2319	GE	C	Chez toi, chez moi	Association CEFAM	7'000
C-07-2321	GE	C	Meyrin, Genève et environs	Association CEFAM	4'000
C-07-2341	GE	C	Villa YoYo Versoix: foot petit-déjeuner	Unions Chretiennes de Genève	7'000
C-07-2343	GE	C	Bien informée, bien intégrée	IRDIQ-Ecole des Femmes	9'000
C-07-2345	GE	C	Ethnopoly aux Avanchets	APECA	8'200
C-07-2613	GE	C	Projet "Rencontre"	Association Maison Kultura	10'000
C-07-2618	GE	C	Atelier d'intégration	Tierra Incognita - Centre culturel latino-américain Genève	10'000
C-07-2631	GE	C	Intégration - famille - formation	Université populaire albanaise	11'360
C-07-2633	GE	C	"Enfants, jeunes et intégration" Bibl. Interc. Croix-Rouge	Croix-Rouge genevoise	11'360
C-07-2636	GE	C	Frontières en jeu	Association	5'000
C-07-2649	GE	C	Viens chez moi	Unité d'action communautaire des Grottes	9'000
C-07-2664	GE	C	Un pont sur la jonction	Association Zanco	8'000
C-07-2678	GE	C	Paix et intégration en Suisse 2007 - 2008	Association Araingées artisanes de paix (AAP)	5'000
C-07-2688	GE	C	Echanges de savoirs et récits de vie	F-Information	7'000
C-07-2147	GL	C	Sich besser verstehen	Frauenzentrale des Kantons Glarus	14'054
C-07-2273	GL	C	Schnabelwetzler, 7 Lieder in 7 Sprachen. GL	SSASSA	5'400
C-07-2503	GL	C	Informationsbroschüre "Willkommen im Glarnerland"	Kommission für Integration, Dep. Bildung und Kultur	10'000
C-07-2573	GL	C	Viduthalai oder Frieden	Tamil Kulturzentrum Glarus TKG	6'000
C-07-2352	GR	C	Midnight Chur	Midnight Chur (Trägerverein)	6'900
C-07-2473	GR	C	Veränderung selbst bewirken	Balikatan Begegnungs- und Unterstützungszentrum für Migrantinnen	3'000
C-07-2496	GR	C	Meine Schweiz-Deine Schweiz-Unsere Schweiz	Frauenzentrale Graubünden	6'488
C-07-2502	GR	C	Sensibilisierung Schulbehörde Graubünden für Integration	Schulbehördenverband Graubünden (SBGR) c/o CCM	10'500
C-07-2348	JU	C	Atelier thématique et table ronde en présence d'une experte	CAFF	4'480
C-07-2353	JU	C	Atelier de créativité	CAFF	6'420
C-07-2707	JU	C	Repas d'ici et d'ailleurs	CAFF	5'600
C-07-2220	LU	C	Interkulturelles Frauenfest am 8. März	SAH Zentralschweiz	2'000
C-07-2223	LU	C	Frauenpalaver	SAH Zentralschweiz	3'500
C-07-2224	LU	C	Spiel drinnen und draussen	SAH Zentralschweiz	5'000
C-07-2226	LU	C	Interkulturelles Forumtheater	SAH Zentralschweiz	9'000
C-07-2231	LU	C	Midnight Basketball Stadt Luzern	Förderverein Midnight Projekt Schweiz	6'500
C-07-2251	LU	C	Midnight Basketball Rontal	Förderverein Midnight Projekt Schweiz	6'500
C-07-2254	LU	C	Midnight Basket Emmen	Midnight Basket Emmen	6'500
C-07-2286	LU	C	Türen öffnen	Verein Sentitreff Luzern	15'000

anhang

C-07-2295	LU	C	Kurdische Kultur- und Integrationstage	Kurdischer Kultur- und Integrationsverein Luzern	3'000
C-07-2297	LU	C	Gemeinsames Leben: Kulinarische Weltreise	Haskovic Emina	2'900
C-07-2306	LU	C	Kursmodul "Gesellschaft und Politik"	Caritas Luzern Bildungsangebot für Migrantinnen	1'000
C-07-2427	LU	C	Info Forum Luzern PLUS	Club Ilokandia-Pangasinan of Switzerland (CiPS)	2'000
C-07-2454	LU	C	Theaterprojekt "Der goldene Schlüssel"	Verein interkulturelles Theater Luzern	15'000
C-07-2467	LU	C	Interkulturelles Fussballturnier in Luzern	Integrationsprojekt Kablan	2'000
C-07-2487	LU	C	Afrikanische Literaturtage 2007	Verein Reveil Afrique	9'000
C-07-2488	LU	C	Filmtage 07	Verein Reveil Afrique	2'000
C-07-2489	LU	C	Frauen Forum Afrika	Verein Reveil Afrique	1'000
C-07-2510	LU	C	Erziehung durch Theater	Spanier-Mission (Spanische Theatergruppe Luzern)	10'000
C-07-2511	LU	C	Venite, internationales Weihnachtsforum in Luzern	OK Venite, Internationales Weihnachtsforum	10'000
C-07-2534	LU	C	Parallel-Projekt	Verein Tamil Mandram	7'000
C-07-2536	LU	C	Informationsveranstaltungen	Verein Tamil Mandram	2'000
C-07-2537	LU	C	Futuro insieme	Colonia Libera Italiana Luzerna	4'000
C-07-2538	LU	C	Integrationsanlässe, gemeinsam mit der Pfadi	Integrationsgruppe Reiden	4'000
C-07-2547	LU	C	filmON! Schule im Kino	filmON! Schule im Kino	7'000
C-07-2553	LU	C	Quartierfest "Plaza internacional"	Verein Sentitreff	2'500
C-07-2575	LU	C	BaBeL sounds kinds - 2. Staffel	BaBeL sounds, Luzern	9'000
C-07-2598	LU	C	Café Grüezi	Elternforum Gemeindeschulhaus Buchrain	2'000
C-07-2274	NE	C	feNEtre sur le monde	Bureau du Délégué aux étrangers	13'000
C-07-2280	NE	C	Vivre ici en venant d'ailleurs	Bureau du Délégué aux étrangers	13'000
C-07-2328	NE	C	Caravansérail	Caritas Neuchâtel	9'000
C-07-2463	NE	C	Pour un futur sans Frontières	Association Black Thioissane ak Two Babu	10'000
C-07-2480	NE	C	Week-end cantonal du Jubilé 2007 de l'ASN	Association du Scoutisme Neuchâtelois	10'000
C-07-2648	NE	C	Avenir Ensemble	Alliance du Sud	8'000
C-07-2702	NE	C	Calendrier commun des montagnes neuchâteloises 2008	Mission catholique italienne	3'000
C-07-2705	NE	C	Une intégration pour les jeunes	Association Bandeko	2'000
C-07-2714	NE	C	Fête de la lumière 2007	Association Colombienne - Maloka	5'000
C-07-2720	NE	C	Adopt'ion identité	Groupe identité Enjeux	6'445
C-07-2282	NW	C	Schnabelwetzter, 7 Lieder in 7 Sprachen, NW	SSASSA	3'600
C-07-2530	NW	C	acceptus (willkommen, orientieren, vermitteln)	Gruppe acceptus	2'620
C-07-2611	NW	C	Umzug "Gmeinschaft läbe - Bruichtum pflägä" am ELMF 07	Eidg. Ländlermusikfest Stans 2007	7'000
C-07-2241	OW	C	Midnight Basketball Sarnen	Förderverein Midnight Projekt Schweiz	5'760
C-07-2279	OW	C	Schnabelwetzter, 7 Lieder in 7 Sprachen, OW	SSASSA	3'600
C-07-2298	OW	C	Myni Wält-dyni Wält-ysi Wält	Schule Lungern	6'500
C-07-2338	OW	C	Dalmatien, Adria oder Vierwaldstättersee: Mit der Videokamera auf der Suche nach der Heimat	achsensprung - die videofahrtstatt, paiano & hangartner	4'320
C-07-2421	OW	C	"Offene Tür" Multikultureller Frauentreff	L. Schleiss / G. Ermacora	6'400
C-07-2491	OW	C	Muki-Deutsch	Einwohnergemeinde Sachseln	5'400
C-07-2499	OW	C	Deutschunterricht für Frauen mit Kindern	FRAUKI c/o Gaby Ermacora	4'500
C-07-2169	SG	C	Informationsveranstaltungen für SomalierInnen und Einheimische	Somalischer Integrationsverein SG	2'400
C-07-2234	SG	C	MixRheintal	Reg. Kompetenzzentrum Integration Rheintal	2'100
C-07-2235	SG	C	Frauentreff	Stiftung Mintegra	7'000

C-07-2250	SG	C	fremde Welten - hautnah	Reg. Integrationszentrum Integration Linthgebiet	3'800
C-07-2253	SG	C	Brücken schlagen-Lebenswelten verbinden	Elternbildung Uznach	2'749
C-07-2262	SG	C	famosa	Familienforum Rapperswil-Jona	3'588
C-07-2294	SG	C	Integration gemeinsam -Teilprojekt Schule	Schulrat Flawil	12'000
C-07-2309	SG	C	Velokurs für Erwachsene	IG Velo Region St. Gallen	2'500
C-07-2365	SG	C	Aufbrechen! Bewegen!	Stiftung Mintegra	10'000
C-07-2412	SG	C	nightball	Jugendberatung Altstätten (Verein Tandem)	3'510
C-07-2439	SG	C	Info-Veranstaltungen für türkische Familien/Jugendliche	Kultur- und Solidaritätsverein Wattwil	1'000
C-07-2456	SG	C	Deutsch lernen beim Nähen SG	HEKS Ostschweiz in-fra	5'000
C-07-2457	SG	C	Kinder-Integrationsgruppen mit Mutter-Kind Programm SG	HEKS Ostschweiz SG	11'250
C-07-2459	SG	C	Info-Veranstaltungen für kürdische Familien/Jugendliche	Kurdischer Verein	2'000
C-07-2460	SG	C	Integrativer Deutschunterricht für Frauen	Frau Wismer	2'010
C-07-2464	SG	C	Interkultureller Begegnungstag 07	ARGE Integrations Ostschweiz	15'000
C-07-2465	SG	C	Interreligiöse Dialog- und Aktionswoche IDA 2007	Koordinationsstelle für Integration	12'275
C-07-2470	SG	C	Internationales Kinderfest	Türkischer Elternverein Rohrschach und Umgebung (TEVRU)	6'500
C-07-2492	SG	C	Netzwerk Wiesenau	Schulgemeinde St. Margrethen Schule Wiesenau	3'300
C-07-2535	SG	C	Sprachencafé - Menschen, Kulturen, Sprachen treffen sich - SG	Sprachschule Susanne Büchler	4'000
C-07-2558	SG	C	Informations- und Austauschtreffen AusländerInnen - SchweizerInnen in St. Gallen	IG Binational, Treffpunktgruppe St. Gallen	1'600
C-07-2564	SG	C	CAFE INTERNATIONAL	SOLIDARITÄTSNETZ OSTSCHWEIZ	1'500
C-07-2591	SG	C	Lebenswerte im Quartier	Sozialdienst Ost der katholischen Kirche St. Gallen	6'300
C-07-2601	SG	C	Interessi Comuni	Agenzia Consolare Onoraria	5'500
C-07-2686	SG	C	Integration durch Information	Sport und Kulturverein Volkshaus	1'750
C-07-2690	SG	C	Brücke - Region	stimme - sg	4'025
C-07-2693	SG	C	Christentum und Islam im Spannungsfeld der Kulturen - Veranstaltungszyklus 2007	Überparteiliches und interkonfessionelles Komitee	10'000
C-07-2697	SG	C	Veranstaltungsreihe "Offenes Miteinander in St. Gallen"	Cultur Link	1'750
C-07-2225	SH	C	Mama lernt Deutsch	Aktion Bildungsraum	11'900
C-07-2255	SH	C	Deutsch lernen im Birch	Quartier-und Jugendarbeit der Stadt Schaffhausen	11'000
C-07-2259	SH	C	Kinderanimation/Kindertreff Birch	Quartier- und Jugendarbeit der Stadt Schaffhausen	3'000
C-07-2268	SH	C	Schnabelwetzter SH	SSASSA	2'000
C-07-2307	SH	C	Kinderanimation, Kindertreff Herblingen/Hochstrasse	Quartier-und Jugendarbeit der Stadt Schaffhausen	3'000
C-07-2314	SH	C	Türkisch/Kurdischer Frauenverein	Türkisch/Kurdischer Frauenverein und SAH SH	4'000
C-07-2414	SH	C	Patchworkers	SAH Schaffhausen	10'000
C-07-2606	SH	C	Deutschkurs für Frauen der Siedlung "Im Brühl" in Herblingen	Abteilung Quartier und Jugend der Stadt Schaffhausen	6'100
C-07-2687	SH	C	Albanischer Frauenverein	Schw. Arbeiterhilfswerk SAH Schaffhausen	6'000
C-07-2689	SH	C	Frauenkonferenz	Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH Schaffhausen	7'500
C-07-2692	SH	C	Prospettive comuni	Gruppo anziani della Colonia Libera Italiana di Sciaffusa	5'500
C-07-2700	SH	C	Elki, Eltern-Kind - Co-Opera Integrationskurse	SAH Schaffhausen	10'000
C-07-2266	SO	C	Schnabelwetzter SO	SSASSA	7'000

anhang

C-07-2408	SO	C	Aktivitäten zum Thema Fremdsein und Integration	Granges MELANGES	8'000
C-07-2548	SO	C	Treffpunkt Museum	Stiftung ECAP	6'000
C-07-2549	SO	C	InfoTagung Fortsetzung Zusammenleben mit Adentro K SO	FEMAES	2'000
C-07-2605	SO	C	Theater: 24h im Park	Altes Spital Solothurn	14'000
C-07-2665	SO	C	Chor der Nationen	kultur + musik	15'000
C-07-2674	SO	C	Konversations- und Informationskurs für Frauen	Verein "Frauen für Frauen"	8'190
C-07-2685	SO	C	PRIMOS- Es ist schön alt zu werden (SO)	Stiftung FOPRAS	12'500
C-07-2150	SZ	C	Fest der Kulturen Küssnacht a.R	Bezirk Küssnacht am Rigi, Ressort Bildung & Gesellschaft	10'000
C-07-2247	SZ	C	Wanderausstellung: global_kids.ch die Kinde der Immigranten	Regionale Kommission Jugendfragen und Prävention, Sozialberatung Höfe	5'700
C-07-2265	SZ	C	Schnabelwetzler, 7 Lieder in 7 Sprachen, SZ	SSASSA	5'400
C-07-2512	SZ	C	Schnittpunkt	Joye	10'000
C-07-2552	SZ	C	Treffpunkt für Frauen "FEMALE"	Projektleitung FEMALE	8'900
C-07-2174	TG	C	Deutsch lernen beim Nähen	Gemeinde Weinfelden Kommission für Integration	2'800
C-07-2358	TG	C	Mitenand-Fest	OK Mitenand-Fest c/o Fachstelle für Integration	6'000
C-07-2359	TG	C	Begegnung Schule-Eltern	Schulzentrum Wehrli/Rosenegg	5'000
C-07-2455	TG	C	Deutsch lernen beim Nähen TG	HEKS Ostschweiz in-fra	9'720
C-07-2458	TG	C	Kinder-Integrationsgruppen TG	HEKS Ostschweiz	11'250
C-07-2576	TG	C	Integration durch Information	Grupo Equilibrio	7'415
C-07-2588	TG	C	Mitenand. Leben in der Schweiz	Fachstelle für Integration Frauenfeld	12'000
C-07-2600	TG	C	Jugendprobleme abbauen	Gemeinde Weinfelden - Kommission für Integration	11'400
C-07-2146	TI	C	Atelier di teatro	Scuola media Bellinzona	3'000
C-07-2151	TI	C	Ne vuoi un morso	Helvetas-Segretariato della Svizzera italiana	9'000
C-07-2184	TI	C	Ci sei anche tu	Dicastero Integration informazione sociale	8'000
C-07-2195	TI	C	Vivere in Ticino, vivere il Ticino	Centro professionale Biasca	9'425
C-07-2355	TI	C	Roligan 2005	Associazione "StarTI" salute e prevenzione nello sport	10'000
C-07-2356	TI	C	Corso d'integrazione linguistica e culturale	Municipio di Caslano, Direzione Scuole	1'500
C-07-2396	TI	C	Compagni di banco	Biblioteca Islamica	10'000
C-07-2635	TI	C	il dialogo quale arricchimento reciproco	Amina Sulser, Brissago	6'000
C-07-2637	TI	C	Commedia dialettale sull'emigrazione Mesoachese	Associazione Mesorachesi in Ticino	7'000
C-07-2661	TI	C	II° Rassegna Cinematografica: Cinema, Religione e Pensiero L	Commissione Stranieri c/o Municipio di Castel San Pietro	4'000
C-07-2663	TI	C	Promuovere uno scambio culturale tra la Comunità Tamil e la popolazione locale	Forum Tamil Svizzere - Sezione del Ticino	3'000
C-07-2670	TI	C	Attività a favore della convivenza	Dicastero Integrazione e informazione sociale	8'000
C-07-2673	TI	C	Centro Insieme-CHILI	Centri Insieme della Croce Rossa Svizzera, Sezione del Luganese	6'000
C-07-2680	TI	C	Ruolo de media nel processo d'integrazione degli stranieri	Comunità africana del Ticino	4'000
C-07-2681	TI	C	TraSguardi 2007	FOSIT - Federazione delle ONG della Svizzera italiana	11'000
C-07-2703	TI	C	Non solo teatro	Centro Giovani Chiasso	3'000
C-07-2727	TI	C	D verso D	Teatro delle Radici	10'000
C-07-2269	UR	C	Schnabelwetzler, 7 Lieder in 7 Sprachen, UR	SSASSA	3'600
C-07-2483	UR	C	Kochprojekt für Migrantinnen und Schweizerinnen	Schule und Elternhaus Uri	2'910

C-07-2484	UR	C	Mu-Ki Deutschkurs	Schule und Elternhaus Uri	3'600
C-07-2153	VD	C	Quand Moudon devient la commune du monde...	Le Groupe Suisses-étrangers de Moudon et région	13'000
C-07-2180	VD	C	Fête des couleurs, tous solidaires!	Association Amis et Service Communautaire de la Planchette	9'000
C-07-2193	VD	C	L'interculturelle 2007 à Nyon	Le collectif de l'interculturelle de Nyon	7'000
C-07-2194	VD	C	Partage et découverte	Fondation Cherpillod-Arcades	8'000
C-07-2197	VD	C	Un "reportage" pour faciliter la cohabitation	Espace Prévention Aigle-Pays d'Enhaut-Lavaux-Riviera, site d'Aigle	9'000
C-07-2205	VD	C	"Toi et moi"	Un Ruisseau d'amitié	9'000
C-07-2206	VD	C	Tournoi de football "sans frontière"	Fraternité sportive africaine	8'000
C-07-2209	VD	C	Rencontres et échanges autour des différentes langues et écritures	Association "Livres sans frontières", bibliothèque Globlives	9'000
C-07-2212	VD	C	Projet dans le quartier des Plantaz Gais-Logis	Commune de Nyon, Service des Affaires sociales	9'000
C-07-2228	VD	C	Identité(s)	Centre Lausannois de Danse Contemporaine	10'000
C-07-2237	VD	C	MULTICOLOR	TREMPOLIN	10'000
C-07-2238	VD	C	Hé change	Association pour la jeunesse Aiglonne	10'000
C-07-2248	VD	C	Newroz, partage autour du feu!	Komkar	8'000
C-07-2461	VD	C	Les rencontres théâtrales et cohabitation	Le Théâtre albanais KURORA	10'000
C-07-2486	VD	C	L'intégration: C'est toi, c'est moi	Commission consultative Suisse-immigrés, p.a Centre Social Régional Yverdon	12'000
C-07-2493	VD	C	L'Islam en Suisse, stéréotype, droit à la différence	Association Orient Occident	12'000
C-07-2610	VD	C	Festival "Ponts"	Centre culturel roumain neuchâtel CCRN	11'000
C-07-2627	VD	C	7ème fête multiculturelle à Vevey	Association Fête multiculturelle	5'000
C-07-2642	VD	C	Vie de Migrants	Good Job Production	9'000
C-07-2644	VD	C	Valorisation des contributions des migrants à la société.	Association Appartenances, secteur Promotion	9'000
C-07-2660	VD	C	Aménager ensemble	Centre des jeunes	3'000
C-07-2666	VD	C	Aniplan- 07,	Association AMIS, Ster Omar, présidente	7'000
C-07-2671	VD	C	Rencontres autour des calligraphies	Bibliothèque du Chablais	2'200
C-07-2691	VD	C	Arc-en-Ciel, fête multiculturelle à Villeneuve	Association Arc-en-Ciel	8'000
C-07-2717	VD	C	Jazz & Soul of Africa	Association Calabasch	9'000
C-07-2719	VD	C	Marathon culturel: la nostalgie, force créative!?	Crear.ar	10'000
C-07-2729	VD	C	Scolarité et formation expliquées aux parents migrants"	Fondation Cherpillod-Arcades	5'000
C-07-2167	VS	C	Journée d'échange Savièse-Portugal	Groupe de diaconie paroissiale de Savièse	2'300
C-07-2168	VS	C	Raconte-moi ton pays!	Groupe de diaconie paroissiale de Savièse	2'000
C-07-2204	VS	C	"Zämmu gwinnu - ein Fussballturnier gegen Rassismus"	Forum Migration OW / Jugendarbeitsstellen JAST OW / FC- Steg	15'000
C-07-2236	VS	C	Programme d'activités à la Maison du Monde	Commission de l'intégration des étrangers	14'000
C-07-2448	VS	C	Regenbogenwelt - Ein Fest der Kulturen	Forum Migration Oberwallis, Radio Rottu Oberwallis	8'000
C-07-2616	VS	C	Begegnung der Kulturen - Interreligiöser Dialog	Forum Migration Oberwallis	7'000
C-07-2617	VS	C	Frauentreff	Forum Migration Oberwallis	6'000
C-07-2621	VS	C	Thé-discussion	Groupe Rhône - association des promoteur et promotrice de santé	6'250
C-07-2623	VS	C	Le Quotidien en Suisse: Mode d'emploi	Centre Suisse-Immigrés	7'000
C-07-2629	VS	C	Cours de français pour migrants	Université populaire d'Entremont	4'095
C-07-2646	VS	C	Atelier de contes pour femmes d'origine étrangère	OSEO - Valais	3'000
C-07-2706	VS	C	Cours de français par la commission d'intégration	Commune de St-Maurice, Commission d'intégration	3'000

anhang

C-07-2709	VS	C	Rendez-vous 2007	Centre de Loisirs et culture	5'000
C-07-2710	VS	C	Melting Potes	Centre de loisirs et culture	5'000
C-07-2711	VS	C	Espace rencontres femmes	Centre Suisses-Immigrés	8'500
C-07-2713	VS	C	Promouvoir des rencontres solidaires	Association Kalkal	7'000
C-07-2718	VS	C	Prête-moi ta plume	Association A TOUS LIVRES, Maison du Monde	5'000
C-07-2723	VS	C	Information population migrante=rapprochement	Espace Intégration	6'000
C-07-2272	ZG	C	Schnabelwetzler, 7 Lieder in 7 Sprachen, ZG	SSASSA	4'800
C-07-2304	ZG	C	Themenschule "Leben in der Schweiz"	Stadt Zug / Dep. Soziales /Umwelt/ Sicherheit SUS	1'840
C-07-2334	ZG	C	Schwyzerörgeli, Sitar oder Djembe? Mit der Videokamera auf Identitätssuche	achsensprung - die videofahrtstatt, paiano & hangartner	4'320
C-07-2378	ZG	C	Mutter-Kind Deutschkurs: Alltagsleben in der Schweiz	Mohamed Rawfal Safeena	8'650
C-07-2411	ZG	C	Konversations-Teestube	ProArbeit	3'400
C-07-2453	ZG	C	Transkulturelle Kompetenzen im schulerzieherischen Bereich	Bühler Tamasha	1'325
C-07-2501	ZG	C	Themenschule "Leben in der Schweiz"	Stadt Zug/Dept. Soziales/Sicherheit SUS	2'120
C-07-2567	ZG	C	Midnight Basketball Tour Kt. Zug 2007	Förderverein Midnight Projekt Schweiz	6'000
C-07-2569	ZG	C	Midnight Basketball Cham	Förderverein Midnight Projekt Schweiz	6'000
C-07-2590	ZG	C	Leben im fremden Land - Mit oder neben Fremden leben?	achsensprung - die videofahrtstatt, piano & hangartner	7'200
C-07-2144	ZH	C	Arabic Speaking Club	Orientalisches Kulturzentrum DIWAN	6'000
C-07-2148	ZH	C	Integration	Integrationsgruppe Elternforum der Schulen Ossingen Truttikon Neunforn	1'550
C-07-2181	ZH	C	FemmesTische mit Migrantinnen in der Stadt Winterthur	Interkulturelles Forum Winterthur IFW	13'500
C-07-2182	ZH	C	Grüezi mitenand - integrierter Mundartunterricht für ausländische Mütter	Gemeinschaftszentrum Buchegg	5'040
C-07-2183	ZH	C	Mutter-Kinder-Treffpunkt für Migrantinnen und Schweizerinnen	Jugendsekretariat Bezirk Bülach	3'000
C-07-2185	ZH	C	MOSAİK	MOSAİK	2'500
C-07-2186	ZH	C	MAXIM/VOICE - Theos Reise, ein Theaterprojekt	Verein MAXIM Theater Langstrasse	10'000
C-07-2198	ZH	C	Grüezi mitenand	Gemeinschaftszentrum Loogarten	4'850
C-07-2199	ZH	C	Deutsch-Ermunterungskurs	CEBRAC - Centro Brasileiro de Ações e Cultura	8'100
C-07-2200	ZH	C	Midnight Sports Embrach	Midnight Projekte Schweiz	7'000
C-07-2201	ZH	C	Midnight Basketball Bülach/Kloten	Midnight Projekte Schweiz	8'000
C-07-2202	ZH	C	Midnight Basketball & Dance Uster	Midnight Basketball & Dance Uster	7'600
C-07-2203	ZH	C	Midnight Basketball Wetzikon	Midnight Basketball Wetzikon	6'600
C-07-2207	ZH	C	Midnight Basketball Adliswil	Midnight Basketball Adliswil	4'600
C-07-2213	ZH	C	FemmesTische interkulturell Zürcher Oberland	Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland	15'000
C-07-2214	ZH	C	Midnight Ball Wädenswil	Midnight Ball Wädenswil	6'800
C-07-2215	ZH	C	Open Sunday Höngg	Midnight Projekte Schweiz	7'500
C-07-2217	ZH	C	Midnight Ball Wehntal, Niederweningen	Midnight Ball Wehntal	5'400
C-07-2219	ZH	C	Midnight Ball Rüti	Midnight Basketball Rüti	6'800
C-07-2277	ZH	C	Cafédona	Cafédona, Sozialdepartement der Stadt ZH, Sozialzentrum Ausstellungsstrasse, Infodona	6'000
C-07-2287	ZH	C	Elternmitarbeit in der Schule	FEMIA	9'720
C-07-2299	ZH	C	Incontri in diretta - continua	Radio LoRa	11'100
C-07-2305	ZH	C	Kontak-Theater	Mozaik	10'000
C-07-2310	ZH	C	Midnight Basketball Töss	Midnight Basketball Töss	7'200
C-07-2315	ZH	C	Midnight Move Buchs	Midnight Projekte Schweiz	8'000

C-07-2317	ZH	C	Cocktail-Frauengruppe	Jugendkommission Bülach	3'600
C-07-2318	ZH	C	Informationskurse und Veranstaltungen "Drita"	Albanischer Frauenverein "Drita"	10'700
C-07-2323	ZH	C	Deutsch- und Integrationskurse für türkische MigrantInnen in Winterthur	Türkische Gemeinschaft Winterthur	5'594
C-07-2339	ZH	C	Midnight Game Opfikon 2007	Midnight Game Opfikon	4'000
C-07-2373	ZH	C	Informati è meglio	Circolo Culturale Realtà Nuova	5'000
C-07-2374	ZH	C	M.A.P.S Züri Touren - Interkulturelle Stadtwanderungen	AOZ/M.A.P.S Büro	9'400
C-07-2377	ZH	C	Deutsch für fremdsprachige Mütter	Schule Oberi - Deutsch für fremdsprachige Mütter (DFM)	7'200
C-07-2417	ZH	C	Wetzikon Integration	Wetzikon Integration	4'000
C-07-2447	ZH	C	Interkultureller Vätertreff in den Siedlungen	Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien	2'700
C-07-2475	ZH	C	Fairness in der Schule: Integration in Lindau fördern	Schulpflege Lindau	10'600
C-07-2479	ZH	C	Schulprojekt "Seitenwechsel"	Schulhaus Wolfsmatt	5'000
C-07-2494	ZH	C	D-Förderkurs für Vorschulkinder und ihre Betreuungspersonen	Verein für Quartierentwicklung Zürich Nord	6'750
C-07-2504	ZH	C	Informations- und Austauschtreffen AusländerInnen-SchweizerInnen	IG Binational, Treffpunktgruppe Zürich	1'575
C-07-2505	ZH	C	Deutsch- und Integrationskurs für Fremdsprachige	Elternforum der Oberstufe Turbenthal-Wildberg	5'152
C-07-2507	ZH	C	Klartegsch! Ein partizipatives Präventionsprojekt	Kulturmarkt	12'000
C-07-2508	ZH	C	Nähkurs für Frauen verschiedener Herkunft	KATPAKAM und reformierte Kirchgemeinde Enge	2'500
C-07-2514	ZH	C	Zusammen in Horgen	Ana Pellegrino-Jimenez und Sibylle Notz Smayra	7'180
C-07-2517	ZH	C	meet4five - 5 Kulturen treffen sich	Centro Scuola e Famiglia	2'000
C-07-2520	ZH	C	In Seebach leben und deutsch reden	Gemeinschaftszentrum Seebach	6'800
C-07-2521	ZH	C	"You can dance" Hip Hop Academy	Jugend- und Gemeinwesenarbeit Rafz	1'500
C-07-2526	ZH	C	Präventionskurse zum Thema "sexuelle Gewalt"	Beratungsstelle Notteltelefon für Frauen - Gegen sexuelle Gewalt	8'500
C-07-2528	ZH	C	ZüriOberlandStarbattle	Freizeit- und Jugendzentrum Uster (frjz)	1'500
C-07-2529	ZH	C	Zürcher Forum der Religionen	Geschäftsstelle Zürcher Forum der Religionen	8'000
C-07-2556	ZH	C	Open Sunday Rüti	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	1'600
C-07-2565	ZH	C	Open Sunday Töss	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	1'600
C-07-2570	ZH	C	Midnight Basketball Bäretswil	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	7'500
C-07-2572	ZH	C	Midnight Basketball Oberglatt	Förderverein Midnight Projekte Schweiz	8'000
C-07-2574	ZH	C	Begegnung mit der Kunst	Südslawisches Kulturforum	5'000
C-07-2577	ZH	C	Offene Theaterwerkstatt im Aussersihl	Verein VAST	15'000
C-07-2581	ZH	C	Deutsch- und Integrationskurs für Frauen im Sexgewerbe	HEKS Regionalstelle ZH/Schaffhausen, prima donna	5'124
C-07-2597	ZH	C	Informati è meglio 2	Circolo Culturale Realtà Nuova	2'500
C-07-2612	ZH	C	Stadtsteine	Huber, Robert	5'000
C-07-2614	ZH	C	Vivere bene a Dietikon	Colonia Libera Italiana Dietikon	5'000
C-07-2626	ZH	C	Dima - Integrationskurse	Dima - Verein für Sprache und Integration	15'000
C-07-2630	ZH	C	DigiTales - Geschichten digital erzählen	Vitija-Scheidegger Eva	4'000
C-07-2634	ZH	C	Kleider-Nähkurs für Migrantinnen und Schweizerinnen mit integrativem Schwerpunkt	Montanarini Susi	3'000
C-07-2641	ZH	C	Europäisches Projekt für interreligiöses Lernen, Modul CH	Europäisches Projekt für interreligiöses Lernen, EPIL	3'000
C-07-2643	ZH	C	MidnightPoint Volketswil	MidnightPoint Volketswil	4'000
C-07-2645	ZH	C	Die Schweiz ist reich	Mosaik	6'000

anhang

C-07-2652	ZH	C	Deutsch- und Integrationskurs für Schichtarbeiter	Anatolisch-Alevitisches Kulturzentrum in Winterthur	3'156
C-07-2656	ZH	C	Deutsch- und Integrationskurse für türkische MigrantInnen in Wetzikon	Schweizerische Islamische Glaubensgemeinschaft Wetzikon SIG	6'034
C-07-2657	ZH	C	Integração sem discriminação	Grupo Ação	2'100
D1-04-0454	BE	D1	Leistungsvertrag D1 Stadt Bern	Informationsstelle für Ausländerinnen und Ausländer	100'000
D1-05-1452	BE	D1	Pilotprojekt D1 Burgdorf	ISA Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen	35'000
D1-06-2119	BE	D1	Multimondo	Multimondo, Kompetenzzentrum Integration der Stadt Biel	54'000
D1-04-0452	BL	D1	Leistungsvertrag D1 Baselland	Ausländerdienst Baselland	120'000
D1-04-0453	BS	D1	Leistungsvertrag D1 Basel-Stadt	GGG Informationsstelle Integration	120'000
D1-04-0740	CH	D1	KoFI - Schweizerische Fachstellen für Integration	KoFI - Die Schweizerische Konferenz der Fachstellen für Integration, c/o FABIA	15'000
D1-04-0710	GE	D1	Leistungsvertrag BDI GE	Bureau de l'intégration	250'000
D1-04-0456	JU	D1	Leistungsvertrag JU Service de l'Etat Civil et des Habitants	Etat civil et des habitants, Bureau de l'intégration et de la lutte contre le racisme	30'000
D1-04-0457	LU	D1	Leistungsvertrag D1 Luzern	FABIA Fachstelle für die Beratung und Integration von AusländerInnen	130'000
D1-04-0458	NE	D1	Leistungsvertrag D1 Neuenburg	Bueraux du Délégué aux étrangers	150'000
D1-04-0462	SG	D1	Kompetenzzentrum Integration SG	Koordinationsstelle für Integration	200'000
D1-04-0459	SH	D1	Leistungsvertrag SH	INTEGRES, Integrationsfachstelle für die Region Schaffhausen	60'000
D1-04-0460	SZ	D1	Leistungsvertrag SZ (KOMIN)	KomIn, Kompetenzzentrum für Integration	60'000
D1-04-0463	TG	D1	Kompetenzzentrum Integration Frauenfeld	Fachstelle für Integration	60'000
D1-07-2737	TI	D1	Progetto pilota Centro di Competenza D1 Ticino	Delegato cantonale all'integrazione degli stranieri e la lotta contro il razzismo	62'000
D1-04-0464	VD	D1	Centre de compétence pour l'intégration du canton de Vaud	Centre Social Protestant-Vaud (La Fraternité)	220'000
D1-04-0747	VD	D1	Leistungsvertrag VD	Bureau lausannois pour l'intégration des immigrés BLI	78'000
D1-04-0465	ZG	D1	Leistungsvertrag Zug	Fachstelle für Integrationsfragen Caritas Schweiz / Geschäftsstelle Zug	60'000
D1-04-0466	ZH	D1	Leistungsvertrag ZH Kanton	Fachstelle der Kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen Zürich	300'000
D1-04-0467	ZH	D1	Integrationsförderung Stadt Zürich	Stadt Zürich Integrationsförderung	200'000
D1-04-0468	ZH	D1	Leistungsvertrag ZH (Koordinationsstelle für Integration der Stadt Winterthur)	Fachstelle für Integration	70'000
D2-05-0757	AG	D2	Netzwerk Kulturvermittlung	Stadt Baden, Kinder Jugend Familie	20'745
D2-05-0763	AG	D2	Linguadukt	HEKS AG/SO, SRK AG	52'000
D2-06-1743	BE	D2	Comprendi	Verein comprendi	160'000
D2-04-0767	BL	D2	Vermittlungsstelle für Interkulturelle ÜbersetzerInnen	Ausländerdienst BL	40'000
D2-04-1044	BS	D2	KIM - Koordinations- und Vermittlungsstelle ikÜ / ikV Region Basel	HEKS Regionalstelle beider Basel	110'000
D2-06-1848	CH	D2	Qualitätssicherung und -Entwicklung D2	EKA Sekretariat	20'000
D2-07-2433	CH	D2	TeleLingua: Eingliederung ins D2 Netzwerk	NCBI Schweiz	15'000
D2-05-1438	FR	D2	service d'interprétariat Jura, Fribourg, Bern francophone	Caritas Suisse	45'000
D2-04-0774	GE	D2	Interprétariat communautaire	Croix-Rouge genevoise	150'000
D2-04-0766	GR	D2	Vermittlungsstelle Dolmetschen Graubünden, Chur	Caritas Schweiz, Fachstelle Integration GR	40'000
D2-05-1084	LU	D2	Zentralschweizer Vermittlungsstelle Dolmetschen	Caritas Luzern	122'500
D2-04-0732	NE	D2	Centre d'interprétariat communautaire (CCI)	Bureau du délégué aux étrangers	50'000

D2-04-0731	SG	D2	VERDI Vermittlungsdienst für interkulturelle ÜbersetzerInnen	Kanton St. Gallen, Koordinationsstelle für Integration	80'000
D2-04-0764	SH	D2	DERMAN - Fachstelle für interkulturelle Vermittlung	SAH Schaffhausen	68'000
D2-04-0765	TG	D2	Dolmetschervermittlung Caritas Thurgau	Caritas Thurgau	40'000
D2-04-0768	TI	D2	DERMAN	Soccorso Operaio Svizzero, sezione Ticino, Agenzia Derman	50'000
D2-04-0730	VD	D2	Programme de coordination des interprètes communautaires (VD)	Appartenances	150'000
D2-04-0737	ZH	D2	Kompetenzzentrum medios ZH	Verein medios	140'000
E-07-2155	AG	E	DIE AUTONAUTEN	Verein Social Input	25'000
E-07-2424	BB	E	Kicken Sie Deutsch! Deutsch-Fussball-EM 08 in Basel	DeutschimPuls	8000
E-07-2385	BE	E	Public Paradise	Public Paradise	10'000
E-07-2423	BE	E	Erweiterung Online-Handbuch Planet 21	Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie, Universität Bern	10'351
E-07-2407	BS	E	Tagung Religionsfreiheit	IRAS COTIS	10'000
E-06-2112	CH	E	Grundlagenmaterial und Stellungnahmen zu aktuellen Integrationsfragen	FIMM	128'000
E-06-2125	CH	E	Generationenwechsel. Leben und Schreiben fremdsprachiger AutorInnen	SFM	3'500
E-06-2128	CH	E	Mandat Schwerpunkteprogramm	Zielpunkt AG	141'100
E-06-2129	CH	E	"Journée d'information et d'intégration: enjeux, acteurs"	Forum pour l'Intégration des Migrants et des Migrants (FIMM - SUISSE)	55'000
E-06-2135	CH	E	Datenbank FIMM - Vernetzung der Migrantenorganisationen in der Schweiz	Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten - FIMM Schweiz	40'000
E-06-2249	CH	E	Bedürfnisabklärung 'ausländische Religionsverantwortliche'	IRAS COTIS	10'000
E-06-2387	CH	E	Soutien aux petites associations des migrants	Forum pour l'Intégration des Migrants et des Migrants (FIMM - SUISSE)	58'000
E-07-2149	CH	E	Netzwerke von MigrantInnen	Forum Suisse pour l'étude des migrations et de la population (SFM)	50'000
E-07-2384	CH	E	Integrative Deutschkurse planen und leiten	Verband der Schweizerischen Volkshochschulen VSV	5'000
E-07-2397	CH	E	Broschüre Alter - Migration - englische Version - Druck	Projektgemeinschaft Alter und Migration/ Pro Senectute Schweiz	9'000
E-07-2400	CH	E	Zivildienstleistende für Frieden und Sicherheit	Gemeinschaft Schweizer Zivildienstleistender (GSZ)	20'000
E-07-2405	CH	E	Evaluation Schwerpunkteprogramm 2004 bis 2007 Synthesenbericht	INFRAS	50'000
E-07-2413	CH	E	Integrationspreis 2007	Sekretariat EKA	70'000
E-07-2425	CH	E	MUSIK-LIEBEN	RECK Filmproduktion	10'000
E-07-2434	CH	E	Integration durch Förderung der Grundkompetenzen	Schw. Verband für Weiterbildung SVEB/ FSEA	65'000
E-07-2443	CH	E	Secondo Theaterwettbewerb	Albamig	100'000
E-07-2736	CH	E	Accompagnement du FIMM Suisse dans le développement organisationnel	socialdesign	47'000
E-07-2431	SO	E	Zusammen leben-Ich mische mich ein Publikation	Stiftung Erziehung zur Toleranz (SET)	24'000
E-04-0989	TI	E	Il ponte, programma televisivo settimanale sull'integrazione	Tele Ticino SA	40'000
E-07-2380	ZH	E	Fit für integrative Jugendarbeit	okaj zürich	25'000
E-07-2432	ZH	E	Ein Jahr Metropoly: Nationales Finale 2007	Verein Metropole Schweiz	25'000
E-07-2462	ZH	E	Sprachliche Kommunikation, Alter und Migration	Fachstelle für interkulturelle Kompetenz, Institut für Sprache in Beruf und Bildung Zürcher Hochschule Winterthur	10'000
E-07-2593	ZH	E	Family Literacy für Familien mit Migrationshintergrund	Schweizerisches Institut für Kinder- und Jugendmedien	20'000

